

03.01.1995: Die **Spaßbadpläne** von Bürgermeister Dr. Stephan sollen gerichtlich gestoppt werden. Der Streit um die Sanierung des Schwimmbades zieht immer weitere Kreise. Nach Magistrat, Stadtverordnetenversammlung und Bürgerinitiativen wird sich jetzt auch das Verwaltungsgericht Frankfurt mit dem Copla-Konzept und dem Bürgerbegehren befassen.

Rechtsanwalt Friedhelm Foerstemann hat im Auftrag des Aktionsbündnisses gegen die Spaßbad-Sanierungspläne seine Ankündigung „rechtlicher Schritte“ wahrgemacht und beim Verwaltungsgericht einen „Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung“ gestellt, „wegen: einstweiligen Rechtsschutzes für das Bürgerbegehren Hallen-Freibad“. Per Gerichtsbeschluss soll es der Stadt untersagt werden, „bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehren für die Erhaltung des Hallen-Freibades, keine Verträge über die Sanierung und Umgestaltung des Hallen-Freibades abzuschließen.“

Anlass für diesen Schritt ist der Brief, mit dem Bürgermeister Dr. Winfried Stephan auf die Forderung des Aktionsbündnisses reagierte, keine „vollendeten Tatsachen“ zu schaffen. Diese Erklärung verweigerte der Magistrat. „Indem der Magistrat die Abgabe der Unterlassungserklärung verweigert hat, hat er zugleich bestätigt, dass die Antragsteller und das von ihnen vertretene Bürgerbegehren jederzeit damit rechnen müssen, dass er Verträge oder Vorverträge abschließen wird, welche irreversible Verhältnisse schaffen und damit dem Bürgerbegehren die Grundlage entziehen werden“, schreibt Foerstemann in .seinen Antrag.

Knapp elf Seiten umfasst die schriftliche Begründung, beigefügt sind Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, des Haupt- und Finanzausschusses und der Betriebskommission, das Copla-Konzept, die Listen mit den bisher gesammelten Unterschriften und schließlich auch die Kopie eines detaillierten „Entwurfes für einen notariellen Entwicklungs- und Vorvertrag zwischen Stadt Kelkheim und Copla“.

Dieser Vertragsentwurf lasse befürchten, dass 14.000 Quadratmeter Liegewiese für das Bad „unwiederbringlich verloren sein“ werden. Zur Vorbereitung der Grundstücksteilung seien bereits Vermessungsarbeiten auf dem Schwimmbadgelände durchgeführt worden, stellt Foerstemann fest. Das Bürgerbegehren will unter anderem die Liegewiese in ihrem bisherigen Bestand für das Freibad erhalten.

Mit der Entscheidung über den Erlass einer einstweiligen Verfügung soll sich das Gericht möglichst nicht lange Zeit lassen. Außerdem müsse damit gerechnet werden, „dass der Magistrat einen positiven Beschluss der Stadtverordnetenversammlung umgehend vollziehen und einen Vertrag zur Realisierung des Copla-Konzeptes unterzeichnen wird“. Als Begründung für die besondere „Dringlichkeit“ verweist Foerstemann noch auf eine Praxis des Magistrats, die schon mehrfach von Parlamentariern kritisiert wurde: „Angesichts der Ladungspraxis zu Sitzungen der städtischen Gremien wissen deren Mitglieder nie, worüber genau in der anstehenden Sitzung entschieden werden soll.“

Die katholische **St. Dionysiusgemeinde** in Münster feiert in diesem Jahr ihr **1000jähriges Bestehen**. Aus diesem Grunde gab das Ehepaar Rolly ein Buch über die 1000jährige Geschichte der Kirchengemeinde heraus und untermalte ihre Forschungen mit einer entsprechenden Ausstellung vom Urkunden, alten Büchern und anderen Exponaten.

1000 Jahre sind eine gewaltige Zeit. So gibt es im Buch „1000 Jahre Pfarrei Münster“ auch kein Gründungsdatum als solches. Möglich ist, dass die Pfarrei ein paar Jahre älter als 1000 Jahre ist. Dr. Gertraude Rolly aus Münster berichtet deshalb mehr im Allgemeinen vom Mainzer St. Stephanstift (erbaut 990 bis 992) und Willigis, der 975 Erzbischof wurde. Die wirtschaftliche Basis des St. Stephanstiftes ist nicht genau bekannt. Im Main-Taunus-Gebiet wurden Münsterliedebach, damals schon im Besitz von Mainz, und Schloßborn, eine Neugründung des Willigis 980, dem Stift übertragen, 1008 kam noch Eschborn hinzu.“

Der Name „Münsterliedebach“ erscheint erstmals 1158 als „Ecclesiam Monsterliedebach“. Zur Namensgebung des Ortes merkte die Autorin an, es könnte der Name Münster = Monasterium als Bezeichnung für die Pfarrkirche entstanden sein. Da Münster die älteste und einzige Taufkirche in diesem Gebiet war, könnte der Name sich für den Ort eingebürgert haben.

Das heimatgeschichtliche Buch, Dr. Gertraude Rolly und ihr Ehemann Dr. Heinrich Rolly sind nicht nur Autoren sondern auch Herausgeber, beleuchtet eine Fülle kirchlichen Lehens in Vergangenheit und Gegenwart. Jakob Hartleib berichtet in dem Buch über „Alte Familien der Pfarrei Münster.“ Das Kapitel dürfte die Münsterer besonders interessieren; denn mancher Familienname ist noch heute existent.

So stellt Hartleib beispielsweise fest: „Am 2. Juni 1643 wurde ein Sohn des Georgius Schreiber auf den Namen Joannes getauft. Die Familie lebt heute noch hier.“ 1649 finden sich die Namen Trautmann, Löw, Steyer, Klarmann, Müller und andere. Auch diese Namen gibt es noch heute. Auch Herr und Pleines sind alte Namen, die man schon aus den Jahren 1650 und 1651 nachweisen kann.

Die Bürgermeisterwahl ist vorbei, Thomas Horn wird Nachfolger von Dr. Winfried Stephan und soll am 1. Juni offiziell die Amtsgeschäfte übernehmen. Bleibt es dabei oder kommt es vielleicht doch noch ganz anders? Der Wahlprüfungsausschuss, in dem alle Fraktionen vertreten sind, hat zwar inzwischen die Gültigkeit der Wahl festgestellt, doch der Kelkheimer Rechtsanwalt Rafael Wiegemann hat am 26. Dezember gegen die Gültigkeit der **Bürgermeisterwahl Einspruch** erhoben. Wiegemann begründet die

Anfechtung der Wahl mit dem Wahlwerbebrief von Bürgermeister Dr. Stephan an die Jungwähler: Der Bürgermeister habe damit unzulässige „amtliche Wahlwerbung“ betrieben, gegen die Neutralitätspflicht und das Recht auf Chancengleichheit für alle Bewerber verstoßen.

Sein Brief sei – entgegen den Beteuerungen des Bürgermeisters - kein Privatbrief, da Dr. Stephan „amtliche Bürgermeisterbriefbogen“ verwendet und als Adresse die des Rathauses angegeben habe. „Folglich ist jedem Empfänger des Briefes bei nur flüchtigem Lesen aufgefallen, dass Sie diesen in Ihrer amtlichen Eigenschaft geschrieben haben“, argumentiert Wiegelmann. Diese Briefbögen seien vermutlich auch „aus öffentlichen Mitteln“ bezahlt worden.

Ein weiterer Punkt: Als „Privatperson“ hätte es Dr. Stephan nicht zugestanden, die Adressdatei des Rathauses zu benutzen. Nach dem Meldegesetz dürfe die Behörde im Zusammenhang mit Landtages- und Kommunalwahlen Auskünfte nur an „Parteien, Wählergruppen und andere Träger von Wahlvorschlägen“ geben. Das gelte auch für den Wahlwerbebrief des ehemaligen Ersten Stadtrats Karlheinz Klug an die älteren Mitbürger. Ihm hätten die Adressen ebenso wenig zur Verfügung stehen dürfen.

Rechtsanwalt Wiegelmann verweist in seinem mehrseitigen Schreiben mehrfach auf das von ihm verfasste „Handbuch des Hessischen Kommunalverfassungsrechts“ hin und zitiert ein Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichts aus dem Jahr 1991, nach dem die Wahl in Bad Vilbel auch wiederholt werden musste.

Trotz alledem rechnet im Rathaus derzeit kaum jemand mit dieser Möglichkeit. „Es gibt keine Stellungnahme des Magistrats, das geht in die Tagesordnung ein und wird normal behandelt“, teilt Pressesprecherin Inge Voigt mit. Der Einspruch sei innerhalb der regulären Frist erfolgt. Und wie geht's weiter? Zunächst müssen die Stadtverordneten in ihrer Februarsitzung die Gültigkeit der Wahl feststellen und nach dem Kommunalwahlgesetz auch den Einspruch prüfen.

Wie aus dem Rathaus zu erfahren war, soll nach der Feststellung der Gültigkeit der Wahl die offizielle Ernennungsurkunde an Thomas Horn überreicht werden. Damit wäre Horn rechtlich neuer Rathaus-Chef. Nach Auskunft von Verwaltungsjuristen könnte Rechtsanwalt Wiegelmann Horns Ernennung auf dem Wege einer „einstweiligen Anordnung“ verhindern und die Wahlanfechtung vor das Verwaltungsgericht bringen. Die Richter werden dann - wie in Bad Vilbel – darüber urteilen müssen, ob die Gründe für den Einspruch so schwerwiegend sind, dass die Wahl wiederholt werden muss.

15.01.1995: Neujahrsempfang. Zum letzten Mal begrüßte Dr. Stephan gestern die Kelkheimer Bürger und Politiker zum traditionellen Neujahrsempfang im Rathaus. Doch wer sich von seiner Rede Besinnliches und Bilanzierendes erwartet hatte, hatte sich geirrt: Dr. Stephan redete nur übers Geld. Die Lage sei alles andere als rosig.

„Für 1995 ist eine neue Situation eingetreten. Durch die Erhöhung der Umlagen und die Halbierung der Schlüsselzuweisungen des Landes gibt es keine freien Mittel mehr aus dem Verwaltungshaushalt für Investitionen“, stellte Dr. Stephan fest. Auch werde die Stadt in diesem Jahr erstmals die Zuschüsse zu einigen Einrichtungen nicht mehr zahlen können, kündigte er an. Das betreffe vor allem das Hallen-Freibad, „die größte anstehende Strukturmaßnahme, die dringend zu einem Ergebnis gebracht werden muss - auch wenn der Beifall dafür ausbleibt“, sagte der Bürgermeister und kam damit am Ende seiner Rede auf das derzeit wohl umstrittenste Thema zu sprechen.

Erster Stadtrat und Kämmerer Hans- Dieter Schirmmacher setzte dann die Überlegungen des Bürgermeisters in eine andere Richtung fort. „Mehr Geld, mehr Personal, mehr Verschuldung“, so gehe es nicht mehr. Eine „effiziente Verwaltung“, die sich an Wirtschaftlichkeit und Kosten orientiert, müsse das Ziel sein, und dafür dürfe das „Anspruchsdenken“ bei den Bürgern nicht mehr im Vordergrund stehen.

„Solange wir nicht aufhören, alles hier ins kleinste Detail mit Vorschriften regeln zu wollen, werden wir nichts erreichen“, prophezeite er. Wie weit und wie schnell eine neue „Verwaltungsstruktur“ eingeführt werden kann, das wird auch vom neuen Bürgermeister abhängen, der am 1. Juni als oberster Verwaltungs-Chef im Rathaus einziehen wird.

Rudolf Trapp, CDU-Stadtrat im ehrenamtlichen Magistrat der Stadt Kelkheim, übernimmt zusätzlich zum Sozialdezernat noch das Verkehrswesen und ist somit Vorsitzender der Verkehrskommission.

Diese Änderung in der Dezernatsverteilung nahm Bürgermeister Dr. Winfried Stephan nach dem Tod von FWG-Stadträtin Doris Krampen in der letzten Magistratssitzung vor.

Für den Jugendbereich ist Erster Stadtrat **Hans-Dieter Schirmmacher** nun wieder allein zuständig. **Bernd Wellershaus** (SPD), der für **Manfred Herbert** in den Magistrat nachrückte, übernimmt das Dezernat Kultur.

Die **Kelkheimer Zeitung** wird **bald in Hofheim** gedruckt. Druckerei, Verwaltung und Verpackungsbetrieb ziehen nach 28 Jahren aus dem Gebäude am Großen Haingraben aus.

19.01.1995: Bürgerversammlung zum Thema **Schwimmbad**: Bürgermeister Dr. Winfried Stephan und die Mehrheitsfraktionen aus CDU, FDP und FWG verfochten ihren Sanierungsplan für das Schwimmbad gegen 350 Besucher, von denen kein einziger für den Plan der Mehrheit das Wort ergriff.

Kelkheimer Firmen: Die Antec GmbH hat ein neues Solarmodul entwickelt, mit dem der Einsatz der Sonnenenergie bei der Stromerzeugung erheblich billiger, werden soll. Die sogenannte CTS-Dünnschichtsolarzelle hat einen geringeren Wirkungsgrad als herkömmliche Siliziumzellen. Das von der Firma entwickelte Fertigungsverfahren führt aber nach Aussage von Geschäftsführer Michael Harr zu wesentlich günstigeren Herstellungskosten.

Die Module sollen in Formaten produziert werden, in denen sie auch als Fassadenelemente an Häusern verwandt werden können. Wenn, wie geplant, zum Jahresanfang 1997 CTS-Solarmodule auf den Markt kommen, sollen die Produktionskosten pro Watt bei etwa zwei Mark liegen. Bei Siliziummodulen sind die Kosten etwa fünfmal so hoch.

Wirtschaftsminister Lothar Klemm (SPD) lobte das Unternehmen bei der Vorstellung des CTS-Dünnschichtsolarzelle als Beispiel dafür, dass Hessen ein guter Ort für technologische Kreativität und Ideenreichtum sei.

In der ersten Kleinserie sind im Kelkheimer Entwicklungslabor der Firma Antec Cadmium-Tellurid-Sulfid-Module mit einer Fläche von 20 mal 30 Zentimetern angefertigt worden. Sie erreichen eine Ausgangsspannung von zwölf Volt. Der Wirkungsgrad liegt bei acht Prozent. Das von Antec vorangetriebene Verfahren eignet sich nach Aussage des Geschäftsführers für die Massenproduktion.

Innerhalb von drei Jahren soll eine Anlage entwickelt und aufgebaut werden, in der eine Jahresproduktion von CTS-Solarmodulen mit einer Fläche von 100.000 Quadratmetern (zehn Megawatt) möglich ist. Die „gerahmten Glasplatten“ mit den Modulen sollen im Format 50 mal 100 Zentimeter angeboten werden. Eine Einheit wird eine Spannung von 75 Volt, einen Wirkungsgrad von zehn Prozent und eine Spitzenleistung von 50 Watt haben.

Antec will noch im Frühjahr ein Gemeinschaftsunternehmen mit mehreren Partnern gründen. Um die Voraussetzungen für die Fertigung zu schaffen, sei ein Kapitaleinsatz von rund 50 Millionen Mark erforderlich, sagte Geschäftsführer Harr. Unter den Interessenten seien auch Unternehmen der Glasindustrie. Für die neue Technologie gebe es eine Reihe von Anfragen aus südlichen Ländern.

Antec steht für „Angewandte Neue Technologie“. Das junge Unternehmen ist aus dem Battelle-Institut hervorgegangen. Gesellschafter sind die Mitarbeiter. Antec ist auf den Feldern Solartechnik, Meß- und Oberflächentechnik tätig. Der Umsatz lag im Jahr 1994 bei sechs Millionen Mark, die Firma beschäftigt 32 Mitarbeiter.

In Kelkheim gibt es eine neue politische Gruppierung, das „**Kelkheimer Forum**“. Gründungsmitglieder sind Dieter Frank, Claudia Geissel, Marianne Kaross, Hubert Rauland, Ivaloo Schölzel-Dingeldein, Theresia Tisch und Rainer Tisch.

Im Parlament werden Dieter Frank – er kehrte der SPD am Wochenende den Rücken - und Rainer Tisch vertreten sein, der sich vor einiger Zeit von der UKW trennte. "Das „Kelkheimer Forum“ will eine bürgernahe Politik, frei von parteiideologischen Vorgaben machen.

Im Vordergrund soll eine Sachpolitik stehen, die sich an den Bedürfnissen der Kelkheimer Bürger orientiert.

31.01.1995: Was viele Bürger längst befürchtet und manche Politiker vage angedeutet haben, hat Bürgermeister Dr. Winfried Stephan gestern konkret bestätigt: Wird das Schwimmbad nicht nach dem Copla/Fiedler-Konzept saniert, muss das **Hallenbad zum 31. März 1996 geschlossen werden**. So steht es in der Beschlussempfehlung des Magistrats, die in den Ausschüssen beraten und über die der Parlamentssitzung am 20. Februar abgestimmt werden soll.

Trotz monatelanger Diskussion, harscher Kritik seitens der Vereine und einer Bürgerinitiative bleibt der Magistrat dabei für die Durchführung der Investitionen und der finanziellen Gesamtabwicklung soll der Vorschlag der Copla zugrundegelegt werden. Das heißt, die Stadt verkauft einen Teil (rund 14.000 Quadratmeter) der Liegewiese, dort wird dann eine Seniorenwohnanlage gebaut; das Schwimmbad wird zum Spaßbad umgestaltet und 25 Jahre vom Investor betrieben.

Der Spielraum für Änderungswünsche ist begrenzt: „Bei diesen vertraglichen Vereinbarungen sind alle notwendigen Details, so wie sie sich aus den Stellungnahmen und den in den städtischen Gremien geführten Diskussionen ergeben, mit zu berücksichtigen. Dies gilt auch für die Beachtung der schwimmsportlichen Belange“, lautet die Empfehlung. Zu diesen „Details“ gehöre etwa die Lage des Planschbeckens, die Ausgestaltung des Freibadbereich, „wo die Wasserdüsen gemacht werden“, erläuterte Dr. Stephan.

Fest stehe, dass das Becken im Hallenbad und das Außenbecken in Form und Größe erhalten bleiben. Fest stehe aber auch, dass es keinen freien Nachmittag mehr für die Vereine geben wird, wie DLRG und Schwimmclub unter anderem gefordert hatten. „Der Wunsch ist zwar verständlich, aber ein realisierbarer Finanzvorschlag ist nicht auf dem Tisch, also geht's so nicht“, stellt Dr. Stephan fest. Die günstigen Bedingungen, unter denen die Vereine derzeit das Bad nutzen könnten, ließen sich nicht aufrechterhalten, kündigte er an.

Auch die immer wieder kritisierte Verkleinerung der Liegewiese sei kein wirkliches Problem, rechnet der Bürgermeister vor: Es blieben nach dem Verkauf des Grundstücks noch 23.500 Quadratmeter übrig.

Dreieinhalb Monate sei das Freibad im Jahr geöffnet, an 12 bis 15 Tagen sei „richtiger Betrieb mit 3.000 bis 5.000 Besuchern, von denen hat jeder also sieben bis acht Quadratmeter für sich“.

Hauptargument für das Copla-Konzept bleibt, dass die notwendige Sanierung des Bades - „es ist fast ein Wunder, dass die gesamte Technik so lange gehalten hat!“ – nicht von der Stadt finanziert werden könne; das Gleiche gilt für den Zuschuss von rund 1,5 Millionen pro Jahr. Würde das Copla-Konzept umgesetzt, koste die Erhaltung des Bades die Stadt „höchstens 450.000 Mark Zuschuss“ im Jahr, verspricht Dr. Stephan. Den Grundsatzbeschluss, dass das Bad erhalten werden soll, hat das Parlament schon vor vier Jahren gefasst.

Für besondere Verdienste im Vereinswesen (Liederkrans Münster) wurden jetzt **Heinrich Müller** und **Erich Blees** mit dem **Ehrenbrief** des Landes Hessen ausgezeichnet.

31.01.1995: Der SPD-Stadtverordnete Jürgen Berndt hat mit sofortiger Wirkung sein Mandat niedergelegt. Für ihn rückte Frau Wiltrud Valentin in das Stadtparlament nach.

02.02.1995: Der erste Schritt zu einem **Bürgerentscheid über die Zukunft des Schwimmbades** ist getan: Am Mittwochabend übergaben DLRG-Vorsitzender Hans Valentin, Wolfgang Gerschler vom Schwimmclub Kelkheim und Manfred Guder, Vorsitzender des BUND-Ortsverbandes, 144 ausgefüllte Unterschriftenlisten an Bürgermeister Dr. Winfried Stephan. Der Optimismus der Initiatoren hat sich bestätigt, 2.609 Kelkheimer haben für das Bürgerbegehren unterschrieben. Es hätten sogar ein paar weniger getan: 10 Prozent aller Wahlberechtigten, in Kelkheim sind es knapp 20000, müssen den Antrag unterschreiben.

Die Frage, um die sich alles dreht, lautet: „Soll unser Hallen-Freibad auch in Zukunft der Bürgerschaft Kelkheims, den Vereinen und Schulen ohne Einschränkungen zur Verfügung stehen?“ Was sich so selbstverständlich anhört, das sehen viele gefährdet, wenn das vom Magistrat und Bürgermeister Dr. Stephan favorisierte Konzept der Copla/Fiedler-Planungsgruppe verwirklicht werden sollte.

Danach würde die Stadt 11 Millionen Mark in die Sanierung und den Umbau des 24 Jahre alten Sportbades stecken, das anschließend von einem privaten Betreiber als Spaßbad weitergeführt wird. Die Sanierung soll finanziert werden durch den Verkauf eines Teils der Liegewiese für den Bau eines privaten Seniorenwohnheims.

Für die Ablehnung dieses Vorschlags gibt es aus Sicht der Bürgerinitiative mehrere Gründe: Ein „gewinnorientiertes Freizeiterlebnisbad“ verlange voraussichtlich eine „drastische Verteuerung der Eintrittspreise“ und grenze dadurch „große Teile der traditionellen Benutzerschaft“ aus; Vereinsaktivitäten wie Schwimmunterricht, Kunstspringen, Versehrten und Behindertensport „fügen sich weder in die Neugestaltung der Wasserflächen noch in das profitorientierte Konzept der Anlage“, befürchten die Bürger.

Auch in finanzieller Hinsicht halten sie das Spaßbad-Konzept für wenig erfolgversprechend: Die städtischen Zuschüsse würden steigen, weil die Stadt den verlustbringenden Teil weiter mittragen müsste, „während der private Betreiber die Gewinne von Sauna und Gastronomie abschöpft“, argumentieren sie.

Das Hallen-Freibad soll nach dem Willen der Bürger in der jetzigen Form erhalten werden. Innen- und Außenbecken sollen unverändert bleiben, ebenso die Sprunganlage und die große Liegewiese, für viele das Attraktivste am Schwimmbad. Über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens - dabei geht es allein um die formalen Voraussetzungen - entscheidet am 20. Februar die Stadtverordnetenversammlung. Damit keine „vollendeten Tatsachen“ geschaffen werden und der Magistrat vor einer Entscheidung Verträge abschließt, haben die Initiatoren beim Verwaltungsgericht eine „einstweilige Verfügung“ beantragt.

Teile der alten Schule Kelkheim-Mitte werden jetzt mit Kosten in Höhe von 80.000 Mark saniert. Diese Gelder werden im Bereich der Musikschule, der Jugendpflege und des Übungsraumes für die Musikgruppen verwendet.

Fast eineinhalb Jahre war die Turnhalle der Max-von-Gagern-Schule geschlossen. Mit Kosten in Höhe von 880.000 Mark hat der Kreis sie von innen und außen saniert. Schule und Vereine sind froh, dass sie die Halle jetzt wieder benutzen können.

Nach fünfjähriger Amtszeit trat Josef Kilb als Wehrführer der FFW Fischbach nicht mehr zur Wahl an. Sein Nachfolger wurde Harald Metzler und Stellvertreter wurde Heinz Sauer.

In Fischbach formierte sich jetzt eine **Bürgerinitiative**, die **gegen den Bau von Mobilfunk-Sendeanlagen** protestiert. Sie befürchten Gesundheitsgefahren und haben mit einer Unterschriftenliste ihre Ängste und Befürchtungen zum Ausdruck gebracht und dem Magistrat übergeben.

20./21.02.1995: Stadtverordnetensitzung.

- Der Erhöhung der Hundesteuer ab 01.01.1995 von bisher 72 auf 96 Mark einheitlich für alle Hunde wurde mit 32 gegen 1 Stimme bei 10 Enthaltungen zugestimmt.
- Einstimmig wurde Frau Hilbert-Hübner als Schiedsfrau für den Bezirk Kelkheim III für fünf Jahre gewählt.

- Einstimmig wurde dem Bb.-Plan-Entwurf Nr. 16/13 „Staufenfeld“ in den Fluren 22 und 23 Gemarkung Fischbach zugestimmt.
- Einstimmig stimmte das Stadtparlament dem Bau einer Lärmschutzwand an der B 455 zu den Wohnhäusern an der Eppsteiner Straße zu.
- Einstimmig wurde einem Zusatzantrag (Nr. 75) SPD betreffend der Einrichtung einer zweiten Notrufleitung zur Leitstelle nach Hofheim zugestimmt.

Die **Bürgermeisterwahl ist gültig**, der **Einspruch** des Rechtsanwaltes Raphael Wiegelmann wird **zurückgewiesen**. So beschloss es die CDU/FWG/FDP-Mehrheit gegen die Stimmen von SPD und UKW bei der heutigen Stadtverordnetensitzung.

Bis es soweit war, wurde die Geduld der zahlreichen Besucher auf eine harte Probe gestellt: Knapp zwei Stunden dauerte die Debatte, von beiden Seiten mit viel Polemik geführt und immer wieder von wütenden Zwischenrufen unterbrochen - ohne dass am Ende die Vorgänge um die Wahlwerbebriefe von Bürgermeister Dr. Winfried Stephan und Ex-Stadtrat Karlheinz Klug restlos aufgeklärt, der Verdacht der „Unregelmäßigkeiten“ im Zusammenhang mit der Herausgabe der Adressen ausgeräumt werden konnte.

Im Gegenteil. Kurz vor der Parlamentssitzung hatte sich der Haupt- und Finanzausschuss getroffen, um über den Wahleinspruch des Kelkheimer Rechtsanwaltes Rafael Wiegelmann zu beraten.

Kurz vor zehn war die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl gefallen, gegen die der Kelkheimer Rechtsanwalt Rafael Wiegelmann Einspruch erhoben hat. Der offiziellen Ernennung des künftigen Bürgermeisters stand damit nichts mehr im Wege.

Der Verwaltungsjurist **Thomas Horn**, vor zwei Wochen 35 Jahre alt geworden, ist der erste **direkt gewählte Bürgermeister in Kelkheim**. Er wird sein Amt am 1. Juni antreten, bis zum 31. Mai 2001 dauert die Amtsperiode. Erster Stadtrat Hans-Dieter Schirrmacher nahm anschließend die Vereidigung vor und überreichte die Ernennungsurkunde, die Stadtverordneten standen Schlange und gratulierten dem neuen Rathauschef. Bürgermeister Dr. Winfried Stephan wird dies später nachholen: Er hatte einen Unfall und konnte deshalb an der Parlamentssitzung nicht teilnehmen.

Mit einem Blick auf die Uhr und die zahlreichen Besucher begann Thomas Horn seine Dankesrede. Sein primäres Ziel sei, „ein Bürgermeister mit Bürgernähe zu sein, Kommunalpolitik leibhaftig, unverkrampft zu vermitteln und den Sachverstand der Bürger in die parlamentarische Diskussion mit einzubeziehen.“ „Mit wenigen, einfachen Mitteln kann man das hier entkrampfen“, setzte Horn mit viel Optimismus dagegen.

Wie der Haupt- und Finanzausschuss nach der Schwimmbad-Sondersitzung mehrheitlich empfohlen hatte, so beschloss erwartungsgemäß das Parlament: Mit den Stimmen von CDU, FDP und FWG wurde die Vorlage des Magistrats angenommen, das Kelkheimer **Schwimmbad auf der Grundlage des Copla-Konzepts umzubauen**. Ob später die Copla auch das „freizeitorientierte Erlebnisbad“ als Betreiberin übernimmt, darauf wollten sich die Parlamentarier allerdings noch nicht festlegen.

Sie akzeptierten den Änderungsvorschlag von Rainer Tisch (Kelkheimer Forum), der Magistrat solle auch „mit der Firma Monte-Mare und eventuell anderen privaten Schwimmbadbetreibern“ verhandeln.

Mit dem Beschluss hat der Magistrat nun den Auftrag, Vertragsentwürfe auszuarbeiten für den Verkauf von 14.000 Quadratmetern Liegewiese (auf der das Seniorenwohnheim gebaut werden soll), für das „Erbbaurecht zum Bau der Sauna-Anlage“ und schließlich für die „Betriebsführung des im Eigentum der Stadt Kelkheim verbleibenden Hallen-Freibades“. Festgelegt ist auch, was passiert, „sollte die angestrebte Umstrukturierung - aus welchen Gründen immer - nicht durchgeführt werden“: Dann wird das Hallenbad zum 31. März 1996 geschlossen.

Bevor abgestimmt wurde, zählten die Politiker von Koalition und Opposition noch einmal die bekannten Argumente auf.

Einen Tag nachdem der Copla-Entwurf für die Sanierung des Schwimmbads abgesegnet wurde, beschloss das Parlament, auch für das Seniorenwohnheim auf der Liegewiese den Weg zu ebnen. Für das Gelände wird das Bebauungsplanverfahren eingeleitet. Zum Preis von 600 Mark pro Quadratmeter verkauft die Stadt rund 14.000 Quadratmeter an einen Investor, der dort eine Altenwohnanlage errichten wird. Mit dem Erlös wird die Schwimmbadsanierung finanziert.

Zwar hatte sich der Ausschuss für Stadtplanung und Verkehr mehrheitlich dagegen ausgesprochen - aber an Ausschussempfehlungen sind die Parlamentarier nicht gebunden.

Im vergangenen Jahr hatten sich mehrere Bürgerinitiativen zusammengetan und einen Vorschlag dazu gemacht, die sogenannte „**Nordumgehung**“, eine Verbindung von der B 8 zur B 455. Mit großer Mehrheit beschloss das Parlament, die Nordumgehung prüfen zu lassen. Dagegen stimmte nur die UKW aus prinzipiellen Gründen. Vielleicht wäre die Nordumgehung „eine realistische Alternative“, sie wäre gewiss ein großer ökologischer Eingriff. Die Pläne für die Gagernspange, einer Verbindung zwischen der Fischbacher Straße und dem Gagernring/Mörrikestraße, werden dafür erst mal wieder in der Schublade verschwinden, „eine Option für den Bau zu einem späteren Zeitpunkt bleibt offen“, heißt es in der Beschlussvorlage des Magistrats. Der Antrag der SPD-Fraktion, die Gagernspange gleich ganz abzulehnen, fand keine Mehrheit - obwohl die FDP in dieser Frage mit der Opposition stimmte.

Bei der **Erschließung des Baugebiets Hühnerberg** wird es auf die vom Magistrat vorgeschlagene Kreisellösung hinauslaufen. Die Mehrheit der Stadtverordneten entschied sich für die Unterstützung dieses

Vorschlags. Auch in diesem Punkt entschied sich die FDP anders als CDU und Freie Wähler und lehnte ab. Die SPD hatte sehr viel stärkere Bedenken gegen die verkehrsplanerischen Vorschläge. Doch, der Hühnerberg müsse bald Baugebiet werden, schon wegen der städtischen Finanzen, betonte Stadtkämmerer Hans-Dieter Schirrmacher. Und da müsse auch bald was geschehen. Das sah auch die Mehrheit und beschloss: Die Erschließung des Hühnerbergs wird vorangetrieben.

Wie viele Gauben darf ein Haus haben? Sind blaue Dächer schöner als rote? Um wenigstens die schlimmsten Auswüchse in Zukunft zu verhindern, wurde im Mai des vergangenen Jahres der Entwurf für eine „**Gestaltungssatzung**“ vorgelegt. Der Auslöser war, dass 65 alte Bebauungspläne aus der Zeit vor 1974 nicht rechtskräftig sind. In den alten Bebauungsplänen seien auch Gestaltungsregeln enthalten gewesen, die nun wegfallen.

Monatelang hatte ein Unterausschuss über die Details des umfangreichen Entwurfs beraten, zahlreiche Änderungen eingearbeitet, sich zur Besichtigung „problematischer Fälle“ getroffen. Jetzt fragt sich, wofür die ganze Mühe war: Bei der Sitzung am Dienstag lehnte die Mehrheit im Parlament das komplette Werk ab - es sei überflüssig und unnötig.

„**Grünes Licht**“ gab es bei der Stadtverordnetensitzung für den **Bebauungsplanentwurf „Waldwiese“**. Der Tennisclub darf dort jetzt ein Clubhaus bauen und einen fünften Platz einrichten. Auch wenn einige Nachbarn davon gar nicht begeistert sind. Die Aufstellung des Bebauungsplanes sei beschlossen worden, um eine Erweiterung der illegal errichteten und genehmigten Tennisanlage zu Lasten der Anlieger zu ermöglichen. Im Flächennutzungsplan sei die geplante private Grünfläche (Tennisanlage) als „Gemeinbedarfsfläche“ ausgewiesen, argumentieren die Anwohner.

09.03.1995: Der seit sechs Jahren bestehende Verein „**Indienhilfe**“ konnte jetzt eine sehr gute Bilanz vorlegen: Rund 2 Millionen Mark erhielt der Verein, unter der Leitung von Professor Dr. Hainz aus Eppenhain, an Spenden. Mit diesem Geld wurden bisher 17 Dörfer mit 870 Häuser für rund 5.000 Menschen gebaut.

03.03.1995: Oberstaatsanwalt Hans-Walter Müssig ist zum Vorsitzenden des SPD-Stadtverbandes gewählt worden.

Nach mehr als 30 Jahren Schiedsmanns-Tätigkeit in Ruppertshain will Heinz Seibert jetzt sein Amt in jüngere Hände legen lassen.

Vor zehn Jahren wurde der „**Förderkreis Handwerk**“ als Verein zur Planung und Errichtung eines Handwerksmuseums in Kelkheim unter dem Dach der Kulturgemeinde gegründet. Doch sein Ziel hat der Zusammenschluss, der inzwischen 47 Mitglieder zählt, bisher nicht erreicht.

Vier Kelkheimer Ruheständler waren es, die sich im August 1985 zur „Bürgerinitiative Kelkheimer Heimatmuseum - ein Haus für Vergangenheit und Zukunft“ zusammenschlossen. Stadtbaumeister Franz Ball, Schreinermeister Karl Wiesemann, Innungsehrenobermeister Gregor Wolf und Diplomingenieur Günter Stempel begeisterten sich für die Idee von Bürgermeister Dr. Winfried Stephan, der ein Handwerksmuseum angeregt hatte. Die Stadtverwaltung, die die Initiative von Anfang an unterstützte, stellte das sogenannte Waldhaus zwischen dem Hallwielweg und dem Reitplatz an der Jahnstraße als erstes Lager zur Verfügung. Im September 1985 benannte die Initiative sich um in „Förderkreis Handwerk in der Kulturgemeinde Kelkheim“, denn die fand die Museumsidee ebenfalls förderungswert. Schon bald engagierten sich 17 Mitglieder, und im Holunderhof renovierten sie von Mitte 1986 an mit viel Mühe eine leerstehende Werkstatt, um sie als Museum herzurichten.

Der Förderkreis sammelte derweil eifrig Exponate von Zimmermannswerkzeugen bis hin zu antiken Kelkheimer Möbeln. Die brachte er im Waldhaus provisorisch unter bis der Bau im August 1986 abgerissen wurde und alles in den städtischen Bauhof transportiert werden musste.

Als eigenständiger Verein „Förderkreis Handwerk“ ließen die Museumsfreunde sich im Februar 1987 eintragen, sind aber bis heute Mitglied in der Kulturgemeinde Kelkheim geblieben. Ihre gesammelten Werke lagerten sie im Mai 1987 bei der Schreinerei Sieder an der Pestalozzistraße ein, wo die Stadt einen Raum mietete.

Den Holunderhof öffnete der Förderkreis von Dezember 1987 an zweimal wöchentlich, zeigte dort einen Teil der Exponate und richtete eine Handwerks-Fachbibliothek ein. Doch musste wegen einer Eigenbedarfskündigung im Juni 1989 die Schließung erfolgen. Seitdem konnten die Stadt und der Förderkreis sich trotz einiger Vorschläge und Angebote nicht auf einen Standort einigen, wo das Handwerkermuseum eingerichtet werden könnte.

Dennoch ist der Verein, an dessen Spitze seit März 1994 Achim Hoos steht, sehr aktiv. Er organisiert fürs Wochenende 1./2. Juli 1995 die fünften Handwerkeritage auf dem Rettershof und engagiert sich bei der alljährlichen Möbelausstellung. Auch initiierte der Förderkreis im Vorjahr erstmals in der Stadthalle zwei Handwerker-, Kunsthandwerker- und Hobbymärkte, die guten Anklang bei Ausstellern und Bürgern fanden.

Das Bürgerbegehren gegen die Pläne der Stadt, das Hallen-Freibad zum Teil zu privatisieren, droht baden zu gehen. Erwartungsgemäß hat die Mehrheit des Magistrats in der Sitzung am Donnerstag beschlossen, das **Bürgerbegehren als unzulässig** abzulehnen, weil das Aktionsbündnis keine Vorschläge gemacht hat, wie künftig die jährlichen Betriebskosten des Schwimmbades getragen werden sollen.

Zudem fehlten Hinweise darauf, wie der millionenschwere Umbau und die dringend notwendige Sanierung des Bades bezahlt werden sollen, lautete ein weiteres Argument aus den Reihen der Mehrheit aus CDU, FDP und FWG. Sie hält an den Plänen fest, dem Berliner Investor Copla rund 14.000 Quadratmeter der Liegenschaft zum Bau eines Altenheimes zu verkaufen und mit dem Erlös das Bad zu sanieren.

11.03.1995: Der mehrfach mit internationalen Preisen ausgezeichnete **Pianist Thomas Duis** gab ein hochkarätiges Konzert im vollbesetzten Plenarsaal des Rathauses. Der 1958 geborene Pianist spielte ausschließlich Werke des 19. Jahrhunderts.

15.03.1995: Die seit 1967 in Kelkheim lebende Ärztin, **Frau Dr. med. Ingrid Gräfin zu Solms-Wildenfels**, die sich seit Jahrzehnten für ältere Menschen Frauen engagiert, wurde jetzt mit dem **Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet**.

Das **Bürgerbegehren** zur Schwimmbadsanierung **sollte** „aus politischen Gründen“ **zugelassen werden**. So fordern es nicht nur sämtliche Oppositionsparteien im Parlament, diese Meinung vertritt auch der künftige Bürgermeister **Thomas Horn**. „Der Bürger sollte das letzte Wort haben“, stellt Horn fest, er habe „uneingeschränktes Vertrauen in die Bürgerschaft und in deren verantwortungsvolle Beurteilungs- und Entscheidungskompetenz“. Bei einer Bürgerentscheidung über die Zukunft des Hallen-Freibades seien sich die Bürger nämlich „sehr wohl der generationenübergreifenden Tragweite ihrer Entscheidung bewusst“, glaubt Horn.

Schon im Wahlkampf hatte sich Horn zwar für eine Neugestaltung des Schwimmbads ausgesprochen. Aber auch er hält das umstrittene Sanierungskonzept der Copla/Fiedler Planungsgruppe nicht für „das Gelbe vom Ei“. Richtig sei das Sanierungskonzept aber „in seinem Grundansatz, dass hohe städtische Defizite zu reduzieren“.

25.03.1995: Der NPD-Stadtverordnete **Günter Seiffert** (64) wurde gestern vom Landgericht Frankfurt wegen Volksverhetzung zu einer **Geldstrafe von 4.800 Mark** verurteilt. In erster Instanz war Seiffert noch freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt. Seiffert hatte nach Ansicht des Gerichts durch krasse Diskriminierung der Minderheit Sinti und Roma den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt.

Vor den Kommunalwahlen im Februar 1993 hatte Seiffert als Postwurfsendung einen Brief verschickt. Darin hatte er sich über die angeblich berechtigte Angst der Bürger vor den Sinti und Roma geäußert und diese Volksgruppen mit „Mafia, Asylbetrüger und Ganoven“ gleichgesetzt. Genau solche Äußerungen seien im Strafgesetz gegen Volksverhetzung gemeint, urteilte das Gericht. Der Text ziele darauf ab, bei den Lesern Hassgefühle gegen eine bestimmte Minderheit zu erregen.

Seiffert stritt dies zwar ab, hatte aber Schwierigkeiten zu erklären, was mit dem Text sonst gemeint sein könnte. Richter Hoheisel redete ihm ins Gewissen, wies auf den Massenmord an Sinti und Roma während der NS-Zeit hin und resignierte am Ende: Der Angeklagte sei „unbelehrbar“. Eine empfindliche Geldstrafe sei erforderlich.

27.03.1995: Stadtverordnetensitzung

- Einstimmig wurde der SPD-Antrag (Nr. 84), betreffend Ablehnung von Mobilfunk-Anlagen in Wohngebieten, angenommen.
- Die Koalition aus CDU, FDP und FWG blieb bis zum Schluss dabei: Das **Bürgerbegehren** zum Schwimmbad ist in der heutigen Parlamentssitzung für **nicht zulässig** zu erklären. Die UKW hatte eine namentliche Abstimmung beantragt. Als Stadtverordnetenvorsteher Dr. Klaus Fischer anschließend jeden Stadtverordneten einzeln aufrief und die Ja/Nein- Antworten notierte, war das Ergebnis für niemanden mehr überraschend. Die Stadtverordneten von SPD, UKW, Kelkheimer Forum und NPD stimmten geschlossen für das Bürgerbegehren, FDP, CDU und FWG dagegen. Ein einziger Parlamentarier enthielt sich: Detlef Reckhard (FDP).

Zuvor hatten alle Fraktionen noch einmal die Gelegenheit wahrgenommen, ihren Standpunkt in aller Ausführlichkeit vorzutragen - sie schoben sich gegenseitig die Schuld an der Schwimmbadmisere in die Schuhe, betonten immer wieder ihre guten Absichten, beklagten die „Kelkheimer Verhältnisse“.

Ganz so schnell wird's nun doch nicht gehen, mit dem Baurecht für die geplante Seniorenwohnanlage auf der Schwimmbadliegenschaft. Zwar hatte der Haupt- und Finanzausschuss schon empfohlen, dem vorgeschlagenen „Satzungsverfahren“ zuzustimmen, aber dazu kam es nicht. Dafür hatte die SPD gesorgt, nämlich Planungsexperte Bernd Wellershaus. Er hatte sich nämlich die Mühe gemacht und die Copla-Pläne einmal genau nachgemessen. Das Ergebnis: Die eingezeichneten Gebäude passen gar nicht auf die 14.000 Quadratmeter, die die Stadt an Copla verkaufen will.

Nachdem im Ausschuss die Aufstellung eines Bebauungsplans abgelehnt worden sei, hatte das Parlament im allgemeinen Chaos zwar die Empfehlung abgelehnt, aber vergessen, den positiven Beschluss zu fassen.

Die Auskunft von Bürgermeister Dr. Winfried Stephan, es werde zweieinhalbgeschossig gebaut, und im Übrigen seien die Hinweise auf die falschen Darstellungen „schwach“, überzeugte die Mehrheit nicht. Einstimmig beschlossen die Parlamentarier, die aufgedeckten „Schlampereien“ weiter im Ausschuss zu beraten.

Das **Kino Kelkheim** soll von der Alten Schule Hornau in den kleinen Saal der Stadthalle umziehen. Davon hätten einmal die Kinobesuchern einen Vorteil, weil ihnen dann die unzumutbaren Toilettenanlagen in der Alten Schule Hornau erspart blieben; die Stadtmitte hätte einen Publikumsmagneten und die Stadt käme finanziell besser weg, weil die Änderung der Pläne für die Stadthallen-Sanierung billiger wäre, als der Umbau eines zweiten Klassenraums in der Alten Schule. So sieht es zumindest die CDU, die diesen Vorschlag auf die Tagesordnung gebracht hatte.

Doch ganz so einfach und schlau sei das alles nicht, meinten die Politiker der anderen Fraktionen. Vor allem wäre es keine „gerechte“ Lösung. Es gibt ja auch andere Vereine in der Alten Schule. Auch für sie seien die Bedingungen in der Alten Schule schlecht; außerdem schätzten viele Besucher gerade die Atmosphäre des kleinen Kinos. In einem größeren Kino könnten Eltern beispielsweise ihre Kinder nicht mehr allein in die Vorstellung schicken.

Die FDP die Ablehnung des Antrages, weil dadurch die Stadthalle ein weiteres Jahr als Schandfleck erhalten bleibt und zusätzliche Kosten entstünden, die nicht gedeckt wären. Die Freien Wähler wollten sich an diesem Abend weder dem einen noch dem anderen Koalitionspartner anschließen, sie hätten noch erheblichen Informationsbedarf. Wenn der Standort in der Alten Schule bleibe, sei die Zukunft des Kinos nicht mehr gewährleistet, warnte die CDU zum Schluss.

Stefan Müller löste Walter Elzenheimer als neuer Wehrführer der FFW Hornau ab. Stellvertreter ist Thomas Müller.

08.04.1995: Morgen ist für die Kirchengemeinde Heilige Dreifaltigkeit in **Fischbach** ein ganz besonderer Palmsonntag. Nach mehr als einem halben Jahr kann die Gemeinde den Gottesdienst wieder in ihrer **Kirche** feiern. So lange hatte es gedauert, bis die **Sanierung und Renovierung** der mehr als 200 Jahre alten Kirche abgeschlossen war.

In der Zwischenzeit mussten; die Gemeindemitglieder ins Gemeindehaus ausweichen. Als im September 1994 mit den Arbeiten begonnen wurde, war zunächst nur eine Grundrenovierung vorgesehen. Immerhin, mehr als 25 Jahre lag die letzte Generalüberholung schon zurück. Der Innenputz an den Wänden musste erneuert werden, die Bänke frisch gestrichen und auch ein neuer Holzfußboden war fällig. Im Zuge der Renovierungsarbeiten wurde auch der Kreuzigungsraum neu gestaltet.

20.04.1995: Nach fast zwei Jahren Bauarbeiten ist nun alles fertig: Der Katholische **Kindergarten St. Georg** ist frisch **renoviert** und hat ein Dachgeschoss bekommen. Ab Juni ist die Einrichtung gleichzeitig Kindertagesstätte – 20 Knirpse bleiben zum Mittagessen. In jedem Gruppenraum gibt's jetzt eine Spiel-Etage mit Leiter, das finden die Kleinen natürlich ganz toll. Unterm Dach sind neben einem Zimmer fürs Personal zwei Intensivräume zur Arbeit mit Kleingruppen entstanden. Der Keller war ursprünglich das Revier der Senioren, die sich jetzt im Pfarrzentrum der Gemeinde St. Dionysius treffen. In Zukunft wird im Keller geturnt und gewerkt.

Die **Spaßbadpläne sind vom Tisch - Copla legte ein neues Konzept** für die Sanierung des Schwimmbades **vor**. Von einer Spaßbad-Landschaft mit Säulen und Tempelchen ist nichts mehr zu sehen und die drei Schwimmbecken bleiben in ihrer jetzigen Form erhalten. Der neue Copla-Vorschlag für die Sanierung des Schwimmbads ist ein Kompromiss zwischen der „Spaßbad“-Idee und dem Wunsch vieler Bürger, das Bad zu lassen, wie es ist.

Das alte Hallenbad soll komplett abgerissen und neu gebaut werden; beide Becken bleiben in der jetzigen Größe erhalten; das Freibadbecken bleibt wo und wie es ist und wird repariert; in einem einzigen Gebäudekomplex im Nordbereich sollen künftig die Technik, Umkleiden, Vereinsräume, Cafés und der zentrale Eingangsbereich für Bad und Sauna untergebracht werden. Es gibt zwar eine großzügige Sauna-Anlage, aber der „Spaßbad-Teil“ wird sehr viel kleiner, als ursprünglich vorgesehen.

Noch nicht festgelegt ist, wo das Planschbecken sein wird und ob eine Sprunganlage hinzukommt. Das „im Zuge der Durcharbeitung“ von Copla neu entworfene Konzept bietet eine Reihe von Vorteilen, erklärte Bürgermeister Dr. Winfried Stephan. Der Investitionsaufwand bei dieser Variante erhöhe sich nur um knapp 300000 Mark von 10,6 auf 10,9 Millionen. Für die Kosten steht Copla ja gerade. Würde die Stadt dem Monte-Mare-Vorschlag folgen, müssten rund 15 Millionen investiert werden, die Stadt allein hätte das Risiko für Sanierungs- und Betriebskosten zu tragen.

Der städtische Zuschuss soll nach den Copla-Berechnungen jährlich rund 450.000 Mark betragen. Vorausgesetzt die Besucherzahlen erhöhen sich - wie angenommen - von derzeit rund 60.000 auf knapp 100.000 im Jahr. Oder anders gerechnet: Statt bisher 3.000 bis 4.000 Kelkheimer Bürger, die das Bad nutzen, müsste das neue Bad künftig 800 bis 1000 weitere Bürger anlocken.

Mit dem zweiten Copla-Vorschlag gibt es jetzt insgesamt drei Sanierungsversionen: das Bad so wie es ist zu reparieren; ein neues „kombiniertes Sport/Erlebnisbad“ zu bauen; oder mit großen Investitionen ein „überregionales Erlebnisbad“ zu schaffen. Eine Entscheidung soll in der Stadtverordnetenversammlung Anfang Juli fallen.

Die **neuen Pläne** für die **Seniorenwohnanlage auf dem Schwimmbadgelände** sind da: maßstabsgetreu, mit Höhenplan und Seitenansichten. Und ein Modell gibt's auch. Wie berichtet, hatte das Parlament die Entscheidung über den Aufstellungsbeschluss vertagt, nachdem die SPD gravierende Fehler in den Plänen moniert hatte. „Das waren nur Vorpläne“, erklärte Bürgermeister Dr. Winfried Stephan denn auch gleich zu Beginn der Sitzung des Stadtplanungsausschusses.

Die vorliegenden Pläne gäben Auskunft über Grundstücksausnutzung und Geschossfläche. Die Detailplanung könne erst gemacht werden, wenn feststünde, dass die Stadt das Verfahren einleitet. Niemand könne verlangen, dass Copla noch 600.000 Mark Planungskosten investiere.

Insgesamt 240 Wohneinheiten sollen auf dem 14.000 Quadratmeter großen Gelände am Waldrand entstehen; zwei bis vier Stockwerke sollen die Häuser haben - viel zu hoch, viel zu groß, findet die Opposition. Mit 6 zu 5 Stimmen beschloss der Ausschuss die Empfehlung, das weitere Verfahren einzuleiten.

Die **Sanierung der Stadthalle** wird teurer als geplant. Und zwar nicht ein bisschen, sondern mehr als doppelt so teuer: Zwischen 4,5 und 4,6 Millionen kostet die Erneuerung, vorgesehen - und finanziert - waren nur 2,1 Millionen Mark. Der wesentliche Unterschied gegenüber den Annahmen hänge unter anderem mit der Dachkonstruktion zusammen, erklärte Erster Stadtrat Hans-Dieter Schirmmacher in der jüngsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Das Dach werde komplett neu eingedeckt, von der alten Stadthalle bleiben am Ende nur die Außenmauern und die Dachbalken stehen, ansonsten werde praktisch alles neu.

Die Stadthallen GmbH habe einstimmig beschlossen, dass dies so geschehen soll, ergänzte Bürgermeister Dr. Winfried Stephan. Dann haben wir eine fast neuwertige Stadthalle für die nächsten drei oder vielleicht vier Jahrzehnte. Fragt sich nur, wo kommen die zusätzlichen 2,5 Millionen her? Die bisherige Finanzierung erfolgt über einen Zuschuss der Stadt in Höhe von 1,6 Millionen und die Eintragung einer Eigentümergrundschuld über 500.000 Mark für die Stadthallen GmbH, eine 100prozentige „Tochtergesellschaft“ der Stadt. Diese Grundschuld soll um 2,5 Millionen erhöht werden, auf die Stadt käme eine jährliche Mehrbelastung von rund 200.000 Mark zu. „Wenn wir die 2,5 Millionen Grundschuld eintragen, dann können kurzfristig die Aufträge vergeben werden, die Ausschreibung ist abgeschlossen und damit wäre Ende 96 der Ausbau sichergestellt“, sagte Schirmmacher.

Gegen die Stimmen der SPD beschloss die Mehrheit im Ausschuss, so vorzugehen, wie es der Magistrat vorschlägt. Am 15. Mai müssen die Stadtverordneten noch ihre Zustimmung geben.

Die **Bäckerei Dorn** in Münster feiert dieser Tage **ihr 90jähriges Geschäftsjubiläum**.

Die **Arbeiterwohlfahrt wird das Altenheim St. Viktor** am Kloster als Seniorenzentrum **übernehmen**. Die Schwestern des Ordens „Haus der barmherzigen Dienerinnen des Herzens Jesu“ müssen aus Altersgründen aufgeben, und so wurde das Gebäude an die „Mainblick GmbH“ verkauft.

Dahinter verbirgt sich ein Privatinvestor, der das Haus nach umfangreicher Sanierung – in zwei Jahren rund 20 Millionen Mark - an die Arbeiterwohlfahrt vermieten wird.

Das Altenheim, in dem derzeit noch zehn ältere Menschen von den Ordensschwestern betreut werden, wird nach der Sanierung - das Haus soll vollkommen entkernt und umgebaut werden – von der Arbeiterwohlfahrt als Träger übernommen. Entstehen sollen bis 31. Dezember 83 Wohnplätze. Übernommen werden von der AWO sowohl die zehn Pflegebedürftigen, als auch die acht Mitarbeiterinnen im Kranken-, Pflege- und Hauswirtschaftsbereich.

Für die Einrichtung der neuen gemeinsamen **Sozialstation** in der Frankfurter Straße 9, hat der Magistrat inzwischen Aufträge im Wert von mehr als 100.000 Mark vergeben. Die größten Posten sind die Elektroarbeiten mit rund 22.800 Mark und die Maler- und Tapezierarbeiten, die knapp 36.800 kosten werden. Der Großteil der Aufträge ging an Kelkheimer Firmen. Innerhalb der nächsten acht Wochen sollen die Arbeiten ausgeführt werden.

15.05.1995: Stadtverordnetensitzung. Mit 36 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen die Stadtverordneten, den scheidenden Bürgermeister Dr. Stephan mit der Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette in Gold auszuzeichnen.

Die Entscheidung ist gefallen. **Das Seniorenwohnheim auf der Schwimmbad-Liegewiese wird weiter geplant.** In der heutigen Sitzung stimmte die Mehrheit dem Aufstellungsbeschluss zu. So lautete auch die Empfehlung des Stadtplanungsausschusses.

Außen soll sie bleiben, wie sie ist. Nur ein neuer Putz und frische Farbe sollen genügen. Innen jedoch soll sie sich in ein Schmuckstück verwandeln. Ein Parkettboden für die Tänzer, großzügige Umkleieräume für die Gymnastikleute und eine Bühne, die den Wünschen der Kulturschaffenden entspricht: die in die Jahre gekommene Kelkheimer **Stadthalle soll sich zum modernen Treffpunkt wandeln.** Waren zunächst von rund zwei Millionen Mark Sanierungskosten die Rede, sind jetzt 4,6 Millionen Mark beisammen.

Mit der Generalsanierung soll im August begonnen werden. Nach eineinhalb Jahren Bauzeit soll das Juwel den Vereinen und anderen Nutzern präsentieren.

Die Mehrheit der Stadtverordneten beschloss mit den Stimmen von CDU, FDP und FWG, dass zur Finanzierung eine Eigentümergrundschuld in Höhe von 2,5 Millionen Mark auf dem Stadthallengrundstück eingetragen wird. Dadurch ist es möglich, den Umbau durch Kreditaufnahmen zu finanzieren.

Das Kino soll bleiben wo es ist: nämlich in der **Alten Schule Hornau.** Und über den Umzug in die Stadthalle muss nicht noch einmal im Ausschuss diskutiert werden. So beschloss es die Mehrheit in der heutigen Sitzung gegen die Stimmen der CDU, die den Umzug vorgeschlagen hatte.

Nachdem das Straßenbauamt beschlossen hat, die Planung eines kombinierten Fuß- und Radwegs zwischen Fischbach und Eppstein einzustellen, wurde der Magistrat einstimmig aufgefordert, sich für eine weitere Planung einzusetzen.

Der Entwurf einer neuen Stellplatzsatzung wurde mehrheitlich als Satzung beschlossen.

Das Verwaltungsgericht Frankfurt hat entschieden, dass die **Mufflons am Staufen** zwischen Eppstein und Kelkheim **nicht abgeschossen werden dürfen.** Ein Formfehler des Regierungspräsidiums (RP) Darmstadt hat dem Muffelwild das Leben verlängert. Das RP als Obere Jagdbehörde hatte versäumt, die Untere Naturschutzbehörde anzuhören.

Das Schicksal der Schafe ist nicht erst Staatssache, seitdem sich die Eppsteiner und Kelkheimer Obrigkeit für die Schafe einsetzt. Die Habsburger Monarchen retteten den Tieren, die damals beinahe ausgestorben waren, Anfang des 18. Jahrhunderts das Überleben. Sie siedelten die Schafe unter anderem in Österreich und Jugoslawien wieder an - doch nur, damit den Fürsten etwas vor die Flinte laufe. Solche Hintergedanken hat die demokratische Obrigkeit heutzutage nicht. Sie will die Tiere einfach schützen.

Um dieses Ziel zu erreichen, fährt sie schweres Geschütz auf. Der Abschuss der Schafe, so heißt es in der Klage der Städte gegen die Verfügung des Regierungspräsidiums, verstößt neben den Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Verhältnismäßig sei es eben nicht, durch den Abschuss nur verhindern zu wollen, dass die Schafe weiterhin Baumrinde abschälen. Denn die Bäume können nach Ansicht der Städte auch auf andere Weise geschützt werden, etwa durch mehr Grünflächen für die Schafe oder Gatter. Der Streit wird das Gericht weiter beschäftigen.

19. – 23.05.1995: 130 Jahre Chorvereinigung Fischbach. 130 Jahre Männerchor und zehn Jahre Frauenchor, dieses Jubiläum wird bei der Chorvereinigung Fischbach zurzeit groß gefeiert. Der Festkommers im Zelt auf dem Bürgerhausplatz war die Auftaktveranstaltung und gleichzeitig der Rahmen, treue Mitglieder zu ehren. Frauen und Männerchöre aus dem Main-Taunus-Kreis und dem Frankfurter Westen überbrachten musikalische Geburtstagsgrüße.

Der Vorsitzende des Sängerkreises Main-Taunus, Karl Zengeler, ehrte die aktiven Sänger mit Urkunde und Ehrennadel. 40 Jahre singen Hubert Buchhorn und Egon Neussin in der Chorvereinigung. Auf 60 Jahre aktive Mitgliedschaft hat es Gottfried Gottschalk gebracht. Karl Zengeler heftete ihm die Goldene Ehrennadel mit Schleife des Deutschen Sängerbundes an.

Vereinsvorsitzende Eva Ohlenschläger dankte den fördernden Mitgliedern für ihre Treue. Sie übergab Urkunde, Ehrennadel und Blumengebinde für 25 Jahre Vereinszugehörigkeit an Anna Usinger, Walter Lotz und Hans Abt. Seit 40 Jahren unterstützen Leo Mader, Norbert Schmitt und Ewald Wittekind (er war viele Jahre auch Sänger) die Chorvereinigung. Josef Westerwerfer hält seit einem halben Jahrhundert dem Verein die Treue.

Die Kanalrohre in der Hauptstraße und in der Fischbacher Straße werden saniert. Der Magistrat hat die Aufträge im Wert von 930.000 Mark inzwischen vergeben. Ein Ingenieurbüro wird die Bauleitung für beide Projekte übernehmen, der Auftrag in Höhe von 100.000 Mark ist eben falls vergeben worden.

21.05.1995: Dietrich Kleipa führte wieder einmal eine geschichtliche Wanderung durch Kelkheim durch. Treffpunkt war der Sportplatz Taunusblick an Gundelhardtstraße. Ziel der Wanderung war der historisch bemerkenswerte Kapellenberg bei Hofheim. Interessierte Bürger konnten folgende historische Stätten kennenlernen:

- Vorgeschichtliche Hügelgräber im Wald der Gundelhardt
- Spuren des Eisenbergbaus um 1860 am Lorsbacher Kopf,

- Reste eines römischen Wachturms
- Wallfahrtskapelle (Innenbesichtig.),
- Aussichtsturm Meisterturm (1895)
- Frühgeschichtliche Ringwallanlage

22.05.1995: Sportlerehrung 1995: Für die Erfolge, die sie auf Bundes- oder Landesebene im vergangenen Jahr erzielt haben, hat die Stadt Kelkheim Sportlerinnen und Sportler geehrt. 56 an der Zahl waren es, die 1994 in Veranstaltungen einen ersten, zweiten oder dritten Platz belegten. Sie allen wohnen entweder in Kelkheim oder gehören einem Kelkheimer Verein an. Die Ehrung erfolgte durch den Ersten Stadtrat Hans-Dieter Schirmmacher und dem Sportdezernenten Stadtrat Othmar Nicolaus.

Name	Verein
<i>Schwimmen</i>	
Verena Gutjahr	KSC 70
Katrin Mehler	KSC 70
Wilhelm Hufer	KSC 70
Doris Hannesen	KSC 70
Bernd Keidel	KSC 70
Dr. G. Kubiczak	KSC 70
Frank Rogner	KSC 70
Kurt Hannesen	KSC 70
Ulf Kühne	KSC 70
Ronald Hannesen	KSC 70
Anja Fuchs	SV Delphin Wiesbaden
Sönke Schaler	Hofheimer SC
Steffen Söffner	Hofheimer SC
Sabrina Niewerth	KSC 70
Philipp Bühring	KSC 70
<i>Schwimmen und Kunstspringen</i>	
Saskia Willich	Höchster SV
Felicia Willich	Höchster SV
<i>Rudern</i>	
Dr. Günt. Röscher	RC N. Höchst 1881
Frithjof Thiele	RC N. Höchst 1881
Holger Guckes	RC N. Höchst 1881
Katrin Buchholz	FRV Freiweg
<i>Turnen und Leichtathletik</i>	
Thomas Rieß	TG Höchst 1847
Bernhard Zipfel	TSG Sulzbach
Dr. Stefan Oelting	TSG Sulzbach
Kathrin Hedegger	TSG Münster
Simon Kahn	TSG Münster
Willi Herr	LG Bad Soden/N
Torsten Kleipa	LG Frankfurt
Annemarie Reng	SV Fischbach
Dr. L. Aderhold	Spiridon Frankfurt
<i>Motorsport</i>	
Harald Tausch	MSC Kelkheim
Marion Tausch	MSC Kelkheim
Erwin Kaekel	MSC Kelkheim
Manfred Pohl	MSC Kelkheim
Heinz Kilp	ADAC Königstein
Jochen Kilb	K.V. Oppenrod
<i>Skisport</i>	

Anke Bind	SC Kelkheim
Jochen Bind	SC Kelkheim
Alfred Kerrmann	SC Kelkheim
Ute Diel	SC Kelkheim
Marion Blichholz	SC Kelkheim
Waltraud Kleemann	SC Kelkheim
Fritz Manthey	SC Kelkheim
Renzo Albanese	SC Kelkheim
Kl.-Dieter Schulz	SC Kelkheim
Bernhard Döring	SC Kelkheim
Norbert Kroger	SC Kelkheim
Schieß-Sport	
Christian Besier	SG 1963 Münster
Sven Georg	SV Ruppertshain
Ju Jutsu	
Achim Berger	SG Kelkheim
Kristian Fliko	SG Kelkheim
Andreas Conrad	SG Kelkheim
Badminton	
Klaus - Torsten. Winter	VfN Hattersheim
Golf	
Dino Oliver Braack	G.-C. Main-Taunus

Am 31. Mai gibt der „Hornauer Bub“, Dr. Winfried Stephan, nach 29 Amtsjahren als Dienstältester Bürgermeister im Kreis das Zepter in die Hand seines Nachfolgers Thomas Horn, der am 18. Dezember 1994 direkt von der Bevölkerung gewählt wurde.

Man schrieb den 1. April 1938. Im Kelkheimer Gasthaus „Zum Wiesental“ wurde die Stadtwerdung besiegelt. Die Gemeindevertretung feierte die Eingemeindung von Hornau und Münster im feuchtfröhlichen Rahmen. Klein-Winfried kümmerte sich nicht darum. Der knapp Dreijährige hatte anderes im Sinn als Eingemeindungsverträge, Paragraphen und offizielle Festreden. Dass sich das später entscheidend verändern sollte, wusste Klein-Winfried damals noch nicht.

Geboren war er am 27. Juni 1935 in Hornau, 31 Jahre später sollte er Bürgermeister von Kelkheim werden. Doch wie gesagt, damals, als im „Wiesental“ gefeiert wurde, hatte Winfried noch nichts am Hut mit Festreden und dem obligatorischen Umtrunk. Er wuchs heran und besuchte die Volksschule, natürlich in Hornau.

Dem Taunusdorf war zwar die Selbständigkeit genommen, es nannte sich jetzt selbstbewusst Stadtteil; die Schule war ihm aber geblieben. Vier Jahre lang bis zum Kriegsende 1945 drückte Stephan die Schulbank. Den Sprung in den Nachbarkreis machte Stephan als Dreikäsehoch mit zehn Jahren. Im Realgymnasium Königstein bildete er sich fort und hatte 1955 das Abitur in der Tasche.

Jetzt lockten größere Städte, andere Orte. Frankfurt und München waren die Stationen seines Studentendaseins, in nur vier Jahren wickelte er ab, wozu andere zweistellige Semesterzahlen benötigen. 1959 legte er die erste juristische Staatsprüfung ab. Dann folgte die Zeit als Referendar beim Land Hessen. Auch als wissenschaftlicher Assistent an der Uni Frankfurt büffelte der Kelkheimer weiter, bis er im Sommer 1964 das große juristische Staatsexamen ablegte.

Nur eineinhalb Jahre später hatte er seine Promotion in der Tasche, dazwischen gab es eine dreimonatige Stippvisite als Richter am Landgericht Hanau. Längst war er Mitglied der Jungen Union geworden und verdiente seine Brötchen als Verwaltungsjurist in der Kreisverwaltung des Main-Taunus-Kreises.

Am 1. Juli 1966 trat der 31jährige sein Amt als Bürgermeister seiner Heimatstadt an.

Die Kelkheimerinnen und Kelkheimer mussten sich gar nicht erst an einen neuen Namen gewöhnen, seit 1946 gaben die Stephans in der Stadt den Ton an. 20 Jahre lang saß Onkel Wilhelm auf dem Chefsessel im Rathaus, bis Neffe Winfried ihn beerbte. Schon damals wollte Stephan gestalten, nicht verwalten. Und das ist für den Vater von vier Töchtern bis heute so geblieben.

Nach 29 Dienstjahren gibt der Jurist am 31. Mai das Zepter aus der Hand. Sein Nachfolger Thomas Horn teilt mit ihm die Parteizugehörigkeit und die Profession. Dr. Winfried Stephan verlässt den Chefsessel am Gagernring nach fast drei Jahrzehnten politischen Gestaltens freiwillig. Er hatte sich im Dezember vergangenen Jahres aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr der Direktwahl gestellt. Vielleicht mag sich der Bürgermeister auch gedacht haben, dass 29 Jahre genug sind.

29 Jahre, in denen sich die Stadt nach der Gebietsreform durch die Eingemeindung von Eppenhain, Ruppertshain und Fischbach 1977 auf etwa 26000 Bürgerinnen und Bürger vergrößert hatte; Jahre, in denen mit der Stadt der Gestaltungsbedarf gewachsen war. Dr. Stephan krempelte stets die Ärmel hoch, ohne hemdsärmelig aufzutreten. Das Volkstümelnde war seine Sache nicht. Stets lehnte er sich mit der generösen Festigkeit des Wissenden zurück, wenn er im Stadtparlament gescholten wurde. Stets behielt er die Oberhand. Das war beim Erwerb des Rettershofes so und auch im Streit um den Gimbacher Hof, das war bei der Gestaltung der Stadtmitte so und auch beim Knatsch um die geplante Müllumladestation in Münster. Die Kommunalwahl 1981 und der kreisweite Minusrekord von mehr als zwölf Prozentpunkten CDU-Stimmenverlust sowie das Auftauchen des Stadtverbandes der Freien Wähler, die nach den Worten von Karl Heinz Moormann angetreten waren, um die „Diktatur der Mehrheit“ zu brechen, kosteten ihn nicht den Kopf. Zwar wirbelten SPD, FWG und die Unabhängigen Kelkheimer Wähler fortan viel Staub auf, doch Stephan führ seinen Kurs unbeirrt weiter.

Selbst 1983, als ein Abweichler aus der CDU/FDP-Koalition seine Wiederwahl vereitelte, er erst im zweiten Anlauf das Rennen machte, fiel er wieder auf die Füße. 1990 gelang ihm sogar der Coup, die SPD auf seine Seite zu ziehen und zur punktuellen Kooperation zu bewegen. Politische Weggefährten werden sich in die Schlange der Gratulanten einreihen, wenn aus Anlass seines Ausscheidens am Montag, 29. Mai, im Rathaus eine feierliche Stadtverordnetensitzung beginnt.

Wenn am 1. Juni Thomas Horn die Amtsgeschäfte als der erste direkt gewählte Bürgermeister der Möbelstadt übernimmt, tritt er die Nachfolge eines Mannes an, der 29 Jahre lang nicht nur seiner Heimatstadt den Stempel aufgedrückt hat. Seit 1968 CDU-Kreistagsabgeordneter und bis 1989 Vorsitzender der Kreistagsfraktion, Mitglied des Präsidiums des Hessischen Städtetages, einer der Manager der Main-Taunus-Recycling GmbH, Mitglied in der Verbandsversammlung des Umlandverbandes, Geschäftsführer der Rettershof GmbH und Aufsichtsratsvorsitzender der Kelkheimer städtebaulichen Entwicklungsgesellschaft (STEG): Die Liste seiner Ämter und Posten ist lang - und mit der Aufzählung noch nicht komplett. 29 seiner 59 Lebensjahre widmete der Hornauer Bub der Gestaltung seiner Heimatstadt, der Interessensicherung in seinem politischen Umfeld.

Was ihm nicht gelang, muss nun sein Nachfolger, der 34 Jahre alte Jurist Thomas Horn, anpacken. Der ist bereits nach Kelkheim übergesiedelt, fiebert seinem ersten Arbeitstag entgegen. Probleme erwarten ihn zuhauf. Erste Vorstöße via Bonn hat Stephan noch unternommen, um auf höchster Ebene im Bundesverkehrsministerium zu klären, wie die Chancen für den Weiterbau der B8 stehen. Hier will auch Horn ansetzen. Denn die Verkehrsprobleme in Kelkheim sind ungelöst. Täglich branden mehr als 15.000 Autos allein durch die Fischbacher Ortslage, quälender Durchgangsverkehr von Taunusbewohnern, die zu ihrer Arbeitsstätte nach Frankfurt wollen.

Sorgen bereitet auch der stadteigene Rettershof, der Jahr für Jahr hohe Defizite einfährt. Ob sich jemals gutbetuchte Golfspieler auf dem weitläufigen Areal verlustieren und die Kasse zum Klingeln bringen werden, steht noch in den Sternen. Eisern kämpfte Stephan für das Golfplatz-Projekt, scheiterte letztlich an der harschen Ablehnung des Regierungspräsidiums.

Auch vor Ort sind nicht alle Golf-Gegner befriedet, wittern die Naturschützer Gefahr für die Landschaft und den Verlust des beliebten Naherholungsgebietes.

Gimbacher Hof und kein Ende. Der nächste Sommer kommt bestimmt und mit ihm Scharen motorisierter Ausflüglern. Wie Thomas Horn den Interessenkonflikt zwischen ruhesuchenden Anliegern entlang des Zufahrtsweges und unternehmungslustigen Ausflügen lösen wird - darauf sind nicht nur die Anwohner gespannt. Noch schwelt der juristische Streit zwischen dem scheidenden Bürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung um die Frage des richtigen Weges - und das im doppelten Wortsinn.

Hohe Wogen der Empörung wird es auch weiterhin um den Dauerbrenner Schwimmbad geben. Zwar ist es Dr. Stephan noch gelungen, den Vorhaben- und Erschließungsplan auf den Weg zu bringen, der die Stadt ein Stückchen näher mit dem Berliner Investor Copla verbindet, jedoch ist noch immer ungeklärt, ob die Behörden überhaupt Baurecht für die Liegewiese des Freibades am Waldrand schaffen werden. Auch hier verlangt das hohe jährliche Defizit nach einer schnellen Lösung.

Das Aktionsbündnis zur Rettung des Schwimmbades hat Klage beim Verwaltungsgericht eingelegt, um grünes Licht für das Bürgerbegehren zu erhalten. Jurist contra Jurist: Dr. jur. Stephan und die Kelkheimer Koalitionäre CDU, FDP und FWG lehnten die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens ab, Jurist Horn entpuppte sich als Fan des Bürgerbegehrens, empfahl sogar dessen „politische Zulassung“. Als direktgewählter Bürgermeister sieht sich Horn indes stärker dem direkten Bürgerwillen verpflichtet. Mit diesem Slogan ist er in die Wahl gegangen und mit diesem Slogan hat er sich gegen seinen schärfsten Konkurrenten, den parteilosen Werner Bleker, in der Stichwahl im Dezember schließlich auch durchgesetzt. Horn will kommunizieren, nicht demokratische Prozesse konterkarieren.

Dr. Stephan fühlte sich stets einer anderen Maxime verpflichtet: „Ich muss nicht tausend Überschlüge machen. Ich sage: Das will ich. Wie viel kostet es? Das mache ich. Und nicht täglich die Meinung wechseln. Ich unterhalte mich am liebsten mit sachkundigen Leuten, weil mit ihnen der argumentative Austausch von Gedanken am besten funktioniert. Was das gesamte Verwaltungsgeschäft angeht, da bin ich am liebsten in kleinen bis mittleren Runden. Außerdem ist die Mitwirkungsbereitschaft anderer viel größer im vertraulichen

Gespräch, nicht vor dem Forum der Öffentlichkeit", sagte der scheidende Bürgermeister in einem Interview aus Anlass seines 25jährigen Bürgermeisterjubiläums.

Worte, die bis zum letzten Tag Gültigkeit haben. Dr. Stephan denkt und lenkt. Und das tut und tat er stets souverän, immer das feste Ziel vor Augen, zu gestalten und nicht bloß zu verwalten. Zu agieren und nicht bloß zu reagieren. Auf die Rolle der Reagierenden hat er immer die anderen reduziert; die, die mit ihrer Stimme seinen politischen Weg ermöglicht haben. Und das waren in festen und weniger festen Koalitionen im Stadtparlament nicht nur CDU, FDP und FWG. Auch die SPD ging 1990 ein Stück des Weges mit dem Verwaltungsfachmann zusammen. Ein Weg, der die SPD rein wahltaktisch betrachtet ein Stückchen näher an den 20-Prozent-Abgrund herangeführt hat. Ein Weg, den Winfried Stephan indessen unbeschadet verkraftet hat.

27.05.1995: Dr. Winfried Stephan verabschiedet sich im Amtsblatt von den Bürgern der Stadt:

Liebe Kelkheimer Bürgerinnen und Bürger.

Ich möchte mich mit Ihnen erinnern - einige sind unter Ihnen, die mit mir diesen langen Weg gingen - an den Ausgangspunkt meiner Amtszeit im Jahre 1966 als Bürgermeister dieser Stadt.

Es sind gute Jahre gewesen, in einer Zeit mit wachsendem Wohlstand, großen Gestaltungsmöglichkeiten und mit einer bis jetzt noch nie dagewesenen Daseinsvorsorge für den Einzelnen. Die Fülle der Aufgaben erforderten es, meine Kraft voll zum Wohle unserer Stadt einzusetzen.

Kelkheim hat sich während dieser Zeit zu einem wohlgeordneten und wohlhabenden Gemeinwesen entwickelt. Ich habe es immer als eine reizvolle Aufgabe betrachtet, ein städtisches Gebilde dieser Größenordnung als Ganzes zu erfassen und dabei Stadtplanung und Stadtentwicklung in allen Bereichen gestaltend zu beeinflussen.

Neben der Schaffung der notwendigen Infrastruktur für ein angenehmes Wohnen in unserer Stadt war es auch wichtig, die geschaffenen Einrichtungen auf kulturellem, sportlichem und sozialem Gebiet mit Leben zu erfüllen.

Die Rahmenbedingungen waren meine Arbeit und die der städtischen Gremien, doch die inhaltliche Ausgestaltung geschieht in einem hohen Maße durch den Einzelnen und in der Gemeinschaft der Vereine, Verbände und Organisationen mit den dort tätigen Menschen.

Anspruchsvoll und motivierend war für mich die gestalterische und kreative Arbeit in den Vernetzungen der unterschiedlichsten Strukturbereiche. Dazu gehört auch das Mitwirken in überörtlichen Gremien. Fakten, die von außen auf die Stadt einwirken, beispielsweise den Kreis, den Umlandverband oder die Region betreffend. Es war für mich immer wichtig, auch dort zum Wohle von Kelkheim mitzuarbeiten. Viele gesetzliche Vorgaben, die eine Kommune umsetzen beziehungsweise ausführen muss, kommen von der Landes- oder Bundesebene und entziehen sich dadurch jeglichem Einfluss, auch dem der Stadtverordnetenversammlung.

Mein größtes Anliegen zum Ende meiner Amtszeit ist es, allen, die mich in den fast 30 Jahren in meiner Arbeit unterstützten, begleiteten und nie den Glauben an das gemeinsame Ergebnis „liebenswertes Kelkheim“ verloren, ganz herzlich zu danken.

Bei meiner Antrittsrede 1966 im Stadtparlament beendete ich diese mit einem Sinnspruch, den ich gerne wiederhole: - wer sich mit Stolz nennt Bürger dieser Stadt, dem gilt ihr Name schon als Zier und Würde; wer dieser Stadt sein Glück zu danken hat, der trage gern zum Dank auch ihre Bürde.

Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit, der Stadt Kelkheim eine segensreiche Zukunft und meinem Nachfolger ein gleichermaßen erfolgreiches Wirken für unsere Stadt. Mit den besten Grüßen.

*Dr. Winfried Stephan
Bürgermeister*

28.05.1995: Straßenfest in der Neuen Stadtmitte. Vor zehn Jahren rückten die Bagger zum ersten Mal an. Jetzt ist die Neue Stadtmitte Süd fertig. Stadtbücherei, Hotel, Wohn- und Geschäftshäuser, ein Parkplatz und eine Tiefgarage mit 50 Plätzen wurden in einem Jahrzehnt aus dem Nichts erschaffen. Insgesamt wurden 12.833 Quadratmeter Grundfläche von der Städtebaulichen Entwicklungsgesellschaft (Steg) bebaut. Eine imposante Bilanz.

Mit dabei beim Straßenfest zum letzten Mal als Bürgermeister der Möbelstadt: Dr. Winfried Stephan. In seiner Amtszeit wurde die Idee der Neuen Stadtmitte geboren und rechtzeitig, bevor Nachfolger Thomas Horn die Amtsgeschäfte am Donnerstag übernimmt, beendet. „Es ist schön, dass ich dies selbst noch zu Ende bringen darf. Vor allem deshalb, weil wir auf das Ergebnis wirklich stolz sein können. Auch wenn es vielleicht noch ein wenig dauert, bis die Menschen dieses neue Zentrum annehmen werden“, erklärte der Rathauschef zufrieden.

Für eine Akzeptanz bei den Bürgern haben sich die Planer etwas Besonderes einfallen lassen. Der Künstler Ralph Dingeldein entwarf einen Brunnen, der so recht nach dem Geschmack der Kelkheimer sein dürfte. Stellte er doch eine Kommode mit geöffneten Schubladen in den Mittelpunkt. Ihm gelang es, eine unverkennbare Verbindung zu Kelkheim zu schaffen.

Doch es gab noch eine zweite Enthüllung. Wenige Meter vom Brunnen entfernt schuf Johannes Norbert Klarmann eine Figur - den Kelkheimer „Hochsaacher“. Zu Zeiten nach der Jahrhundertwende, in denen die Kelkheimer ihre Möbelherstellung intensivierten, wurde mit diesem Namen die „Angeberei“ auf die Schippe genommen. Kurz, mit der Aufstellung der Figur zeigten die Kelkheimer wahre Größe.

Bei aller Größe jedoch kamen beim Fest die Kleinen keineswegs zu kurz: Da lockten Kutschfahrten, Touren auf einer Mini-Eisenbahn und die Kindergärten St. Georg und St. Adelgundis sorgten für Abwechslung. Während der Nachwuchs aktiv war, stärkten sich die Großen mit Bratwurst oder Lachs auf Krebssoße.

Zum guten Schluss - die vom RMV überreichte Torte war längst verteilt und gegessen – heizten „The Barons“ mit Oldies aus den 60ern kräftig ein.

29.05.1995: Es war **Bürgermeister Dr. Stephans** ganz persönlicher Wunsch, sich von den **Vereinen** seiner Heimatstadt zu **verabschieden**. So kam es, dass sich drei Tage vor Ende seiner Amtszeit, Vorstandsmitglieder aus 127 Vereinen und Organisationen im Rathaus zu einer Matinee versammelten.

Die Gäste vertraten fast 17.500 Mitglieder. Das Kammerorchester umrahmte die Feierstunde musikalisch. Ein Leckerbissen für die Freunde des Männergesanges bot ein Chor, der sich aus Mitgliedern aller fünf Kelkheimer Gesangsvereine gebildet hatte.

Vereinsdezernent Othmar Nicolaus dankte als erster dem scheidenden Bürgermeister und führte durchs Programm. Für die kulturellen Vereine sprach Heinz Krämer, für die Sportvereine ergriff Wolfgang Zengerling das Wort. Dann dankte Dr. Stephan für die vergnügliche und schöne Atmosphäre, in der er sich sehr wohl fühle. Schließlich stellte er fest, er könne auf eine kontinuierliche und fruchtbare Zusammenarbeit mit den Vereinen zurückblicken.

Die Luft im Plenarsaal des Rathauses war stickig, die Reden fielen doch nicht so kurz wie gewünscht aus, und manchem fehlte beim Stehempfang das nötige Standvermögen - doch Bürgermeister Dr. Winfried Stephan, der nach fast 29jähriger Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand geht, war bei der festlichen Stadtverordnetensitzung frohgelaunt.

So hatte er nicht nur fast 400 Hände geschüttelt, große, kleine, leichte und schwere Geschenke entgegengenommen - die CDU überreichte ein napoleonisches Gesetzbuch von 1808, die SPD Frankenwein und die FDP ein Buch über die Baukunst -, sondern tauschte mit einigen Weggefährten auch Erinnerungen aus.

Ehefrau Doris, die als Dank für ihr jahreslanges Verständnis für den zeitaufwendigen Beruf ihres Mannes mit roten Gerbera und weißen Lilien bedacht wurde, stand im bunten Seidenblazer eher im Abseits.

Gekommen waren zur Verabschiedung nicht nur Vertreter von Kirchen, Schulen, Polizei, Feuerwehr usw., sondern auch Bürgermeister der Nachbargemeinden, ehemalige Stadtverordnete und Magistratsmitglieder. Sie alle ließen sich gestern Abend nicht nur das gefüllte Rinderfilet, die Hummerkrabbenschwänze, den Seeteufel auf Dillschaum und Grönlandcrevetten schmecken, sondern sie lauschten aufmerksam den Reden.

So lobte Stadtverordnetenvorsteher Dr. Klaus Fischer: „Dr. Stephan hat die Geschicke der Stadt entscheidend und sehr erfolgreich bestimmt.“ Als Abschiedsgeschenk überreichte er Dr. Stephan die „Sängerin“. Das ist eine Skulptur eines tschechischen Künstlers, die die Stadt 1986 kaufte und seither auf dem Schreibtisch des Rathauschefs gestanden hatte.

Die höchste städtische Auszeichnung, die Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette in Gold, überreichte Erster Stadtrat Hans-Dieter Schirmmacher dem scheidenden Bürgermeister als Dank für seine besonderen Verdienste und für das von ihm Erreichte. Er nannte Dr. Stephan ein Arbeitstier, das sich nicht in ein Zeitschema pressen lasse. Und der zweite Mann im Rathaus wusste auch, dass der erste Mann ein unbequemer Gesprächspartner sein konnte. Doch die fast 20jährige Zusammenarbeit wollte er nicht missen. Die Bürgermeister der Partnerstädte hatten ihre Dankes- und Lobesworte in teilweise recht gutes Deutsch gepackt und auch Landrat Jochen Riebel hatte für die Verabschiedung seines Kollegen und Freundes die passenden Worte gefunden. Er versuchte Dr. Stephan mit wenigen Strichen zu zeichnen, ohne ihn zu bewerten. Und so erfuhren die Gäste auch, dass der Rathauschef stets ein „besonderes Näschen“ für Prognosen gehabt habe. Vom Kreisausschuss überreichte er einen Gutschein für eine Figur der Höchster Porzellanmanufaktur.

CDU-Fraktionschef Wolfgang Männer wies darauf hin, dass Dr. Stephan viele Ministerpräsidenten und Landräte überdauert habe und Eckhart Hohmann (SPD) meinte, dass der Opposition nun ein Hauptgegner verloren gehe und die SPD mit Stephan den Anlass ihrer Gründung verliere.

31.05.1995: Auch von seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wollte sich nach knapp 29jähriger Amtszeit Bürgermeister Dr. Winfried Stephan verabschieden. Seiner Einladung waren gestern Nachmittag mehr als 200 Bedienstete in den Plenarsaal des Rathauses gefolgt.

Nach dem Eintrag ins Gästebuch gab's bei Kaffee und Kuchen viel zu plaudern. Die Grüße, Dank und beste Wünsche des Noch-Rathauschefs gingen an „seine Leute“, die zum Teil eine lange Zeit ihres Arbeitslebens mit ihm „gegangen“ seien. Um Nachsicht bat er, denn es sei unmöglich gewesen, in all den Jahren, es immer jedem recht zu machen.

„Vielen Dank, lieber Chef“, sagte Personalratsvorsitzender Emil Beuth. Dank für die Fürsorge und die gut ausgestatteten Arbeitsplätze. An die Zukunft des Pensionärs habe man beim Kauf des Abschiedsgeschenkes gedacht, verkündete Beuth. Seitens des Personalrates und im Namen der Belegschaft überreiche er daher eine Tennisausrüstung, die einem Dr. Stephan aus Pappe übergezogen war. Mit dabei ein Gutschein für einen Tenniskurs.

Schale und Kerzenständer aus Höchster Porzellan fürs private Büro gab's von der Amtsleiterrunde. Sprecher Toni Schmitt lobte die gute Zusammenarbeit mit Dr. Stephan und dessen Toleranz.

01.06.1995: Gestern Nachmittag gegen 16.30 Uhr war es soweit: **Bürgermeister Dr. Stephan** hatte alle Schlüssel abgegeben und verließ das Rathaus zum letzten Mal als Verwaltungschef - ab heute ist er Privatmann. Und gerade in dieser „schweren Stunde“ hatte er seinen treuen Freund Jochen an seiner Seite. Kein anderer als Main-Taunus-Landrat Riebel war es, der dem „Doktor“ den Übergang **in den Ruhestand** erleichtern wollte.

So stand MTK-Fahrer Klaus Becht an Stephans letztem Arbeitstag mit einem Dienstwagen des Kreises - nicht etwa mit Riebels schmuckem BMW, sondern mit einem Opel Astra - bereit und kutscherte den Hornauer und Riebel zu Stephans Haus in der Heinrich-von-Kleist-Straße. Für die beiden, bisher mit teuren Dienstwagen verwöhnten, Herren mal ein ganz anderes Fahrgefühl.

Mit dem Abgang von Dr. Stephan nach 29 Jahren von der kommunalpolitischen Bühne, ging eine Ära in der noch jungen Geschichte der Stadt Kelkheim zu Ende. Diese Ära soll mit dem nachfolgenden Bericht noch einmal kurz skizziert werden.

Mit 31 Jahren war er einer der jüngsten unter den 46 Bürgermeistern im Main-Taunus-Kreis. Schon lange ist er der Dienstälteste unter nur noch zwölf Kollegen. Als einziger konnte er am 1. Juli 1991, ein wahrlich seltenes Jubiläum feiern: 25 Jahre Bürgermeister, und das auch noch in seiner Heimatstadt. Fast drei Jahrzehnte übersteht in Zeiten wechselnder Mehrheiten so leicht kein kommunaler Wahlbeamter mehr.

In Kelkheim allerdings scheinen es die Bürgermeister etwas länger auszuhalten. Seit 1903 der erste hauptamtliche Bürgermeister, Philipp Kremer, ins Rathaus der damals noch kleinen Gemeinde einzog, gab es bis zum Amtsantritt von Dr. Winfried Stephan nur vier Bürgermeister mit zusammen 57 Dienstjahren. Doch runde 30 Jahre auf dem Chefsessel im Rathaus hatte vor dem gestern ausgeschiedenen Amtsinhaber keiner durchgestanden.

Wie schafft das ein Mann, der in Kelkheim großgeworden ist, dessen Werdegang Nachbarn und Mitbürger bis in die Kindheit zurückverfolgen können? Der zudem in so vielen Dienstjahren unvermeidlich dem einen oder anderen auf die Füße treten musste. Konnte sich Stephan etwa auf satten Mehrheiten ausruhen? Nichts dergleichen! Er trat 1966 als Bürgermeister an, gestützt auf eine knappe Mehrheit von CDU und FDP. Doch als ihn die Stadtverordnetenversammlung 1972 auf zwölf Jahre wiederwählte, fand sich in der Urne nur eine einzige Gegenstimme.

Die SPD glaubte ihre Oppositionsrolle durch Stimmenthaltung ausreichend dokumentiert, und ihr Sprecher gratulierte mit zwölf roten Rosen.

So harmonisch sollte der Umgangston nicht bleiben. Als die Gebietsreform 1977 vorzeitig eine Neuwahl mit sich brachte, gab es Gegenstimmen von der SPD. Und sechs Jahre später schien sich Dr. Stephan sogar auf die zum Minimum einer einzigen Stimme geschrumpfte CDU/FDP-Mehrheit nicht mehr verlassen zu können.

Doch gerade die spektakuläre Panne des Jahres 1983 machte deutlich, dass die Stadtverordneten von Kelkheim die Ablösung ihres langjährigen Bürgermeisters nicht einer Zufallsmehrheit überlassen wollten. Wie konnte damals der Wiederwahantrag scheitern und nur 14 Tage später eine unerwartete Mehrheit finden? Angeblich soll sich ein CDU-Stadtverordneter beim ursprünglichen, mit 22 gegen 23 Stimmen abgelehnten Antrag vertan haben. So jedenfalls erklärte der Fraktionssprecher die Panne und gab sich zuversichtlich, sie werde sich nicht wiederholen. Im zweiten Anlauf verbuchte Dr. Winfried Stephan dann überraschend sogar 24 Stimmen für sich, eine mehr, als von CDU und FDP allein hätten kommen können. Mindestens ein Stadtverordneter aus gegnerischen Reihen muss für Dr. Stephan mitgestimmt haben.

Auch bei der Wiederwahl am 19. Dezember 1988 gab es noch einmal Schützenhilfe von unerwarteter Seite. Wieder fand sich in der Urne eine Stimme mehr für den Bürgermeister, als es nach der Stimmenzahl von CDU und FDP hätten sein müssen. Mit 26 gegen 19 Stimmen ist Dr. Winfried Stephan zum Bürgermeister der Stadt Kelkheim auf weitere sechs Jahre bis zum 31. Mai 1995 gewählt worden.

Für 29 Jahre kontinuierliche Arbeit als Bürgermeister braucht es nicht nur die Gunst parteipolitisch stabiler Verhältnisse. In jüngster Zeit und in engster Nachbarschaft häufen sich die Beispiele, dass Bürgermeister auch bei anscheinend sicheren Mehrheiten ihr Amt nicht behalten. Das Erfolgsgeheimnis des Dr. Winfried Stephan ist die glückliche Kombination solider Ausbildung, vielseitiger Erfahrung und nützlicher Ortskenntnis. Am 27. Juni 1935 im damals noch selbständigen Stadtteil Hornau geboren, besuchte er über die Hornauer Grundschule, dann bis zum Abitur das Realgymnasium Königstein und studierte anschließend in Frankfurt und München die Rechtswissenschaften.

Bei seiner Bewerbung um das Bürgermeisteramt der Heimatstadt konnte Stephan im Jahre 1965 nicht nur mit beiden juristischen Staatsprüfungen und mit der Promotion für sich werben, sondern auch mit Verwaltungserfahrung und Rückhalt im zuständigen Landratsamt.

Nach wissenschaftlicher Assistententätigkeit und der Referendarzeit im Landesdienst war Dr. Stephan 1964 einige Monate lang Richter am Landgericht Hanau gewesen, bevor ihn Landrat Dr. Wagenbach im Juni 1964 als Verwaltungsjuristen in die Rechtsabteilung des Main-Taunus-Kreises holte.

Die Herkunft als *Horner Bub* und das Aufwachsen in vertrauter Umgebung hat den Kelkheimer Bürgermeister davor bewahrt, seiner Stadt vorschnell stürmisches Wachstum zu verordnen, wie es einigen Nachbargemeinden im Main-Taunus-Kreis nicht unbedingt zu harmonischer Entwicklung verholfen hat. Dr. Stephan hatte die Schwierigkeiten der 1938 verfügten und bis zu seinem Amtsantritt keineswegs bewältigten Zusammenlegung von Münster, Kelkheim und Hornau zur Stadt persönlich miterlebt. Das half ihm, Augenmaß zu bewahren und schaffte ihm das Rüstzeug, den für 1977 vom Gesetzgeber verordneten Zusammenschluss von Kelkheim mit Fischbach und dem kurz zuvor erst aus Ruppertshain und Eppenhain gebildeten Rossert auszuführen.

Mit Seelenmassage stimmte Dr. Stephan schon zwei Jahre vor dem Eingliederungstermin die Stadtverordneten und Gemeindevertreter auf das Unabänderliche ein. Den künftigen Kelkheimern konnte er die alte Stadt als verständnisvolle Partnerin mit schmerzlichen Zusammenschluss-Erfahrungen andienen.

1938 sei man in Hornau über den Anschluss ans benachbarte Kelkheim so erbost gewesen, erfuhren die Neuen, dass man die Akten aus dem Fenster geworfen und angezündet habe. In Münster dagegen habe man sich darauf verlegt, nach 1945 den Zusammenschluss als nationalsozialistische Untat anzufechten und die Ausgliederung zu betreiben. Die Stadt Kelkheim sei trotzdem zusammengewachsen.

Aus solcher Erfahrung ergebe sich das Prinzip künftiger Einbindung: so viel Selbständigkeit wie möglich für die neuen Stadtteile und so viel Integration wie notwendig. Das Rezept hat sich seitdem insbesondere in der Pflege lebendigen Vereinslebens bewährt, nicht zuletzt in der Förderung ortseigener Feuerwehren in allen Stadtteilen.

Mit den ziemlich einflusslosen Ortsbeiräten in ringsum schon früher fusionierten Gemeinden vor Augen, hat Bürgermeister Dr. Winfried Stephan in den Jahren 1975 bis 1977 den künftigen Stadtteilen mit Erfolg diese Institutionen ausgedredet. Die jeweils ortsspezifischen Fragen könnten mit geringerem Aufwand gelöst werden, wenn dies den Parteien überlassen bleibe, gab der Pragmatiker zu bedenken. Die Verwaltung müsse sich auch ohne Ortsbeirat dem direkten Gespräch mit den Bürgern stellen.

Dr. Stephan hat damals sicher nicht übersehen, dass Ortsbeiräte auch Spielfelder politischer Eitelkeiten sein können. Er wollte erreichen, dass die einzelnen Parteien bei der Aufstellung ihrer Kandidaten den örtlichen Gegebenheiten Rechnung tragen.

Dass die Zusammenlegung 1938 aus den drei langgestreckten Straßendörfern Münster, Kelkheim und Hornau noch kein städtisches Gebilde gemacht hatte, stand dem hier aufgewachsenen Bürgermeister Dr. Winfried Stephan deutlich vor Augen, als er 1966 damit begann, Kelkheim all das zu verschaffen, was Bürger von ihrer Stadt erwarten.

Baulich locker zusammengewachsen waren die drei Gemeinden schon vor dem Krieg. Siedlungsaufgaben bei der Eingliederung von Evakuierten und Vertriebenen waren ohne Schaden für die Stadtentwicklung gelöst. Doch der Mangel an ausreichenden Wasservorkommen drohte selbst die damals noch wesentlich kleinere Stadt in Schwierigkeiten zu bringen.

Die von Dr. Stephan ausgehandelten Lieferverträge mit der Stadt Frankfurt, damals umstritten, haben sich als Modell für viele Nachahmer erwiesen. Ebenso der Anschluss an das Frankfurter Klärwerk in Sindlingen. Die Voraussetzungen für neue Siedlungsgebiete waren damit geschaffen, bevor die Bagger anrückten.

Der Bau überörtlicher Straßen rings um die Stadt musste erreicht werden, bevor der stürmisch zunehmende Individualverkehr zum Infarkt auf den Ortsstraßen geführt hätte. Heute genießt Kelkheim den Vorzug leistungsfähiger Bundes- und Landesstraßen im Süden und Osten. Einzig die Vollendung der B-8-Neubaustrecke von Kelkheim über Königstein nach Glashütten ist ins Stocken gekommen.

Dr. Winfried Stephan gehörte zu den unbeirrbar Verfechtern dieser Straße. Ihr Fehlen belastet die Stadt Kelkheim nach wie vor mit außerordentlich starkem Durchgangsverkehr. Dass die Lösung nicht, wie ursprünglich einmal geplant, im Bau einer leistungsfähigen Parallele zur engen Frankfurter Straße gesucht wurde, ist einer Idee Stephans zu danken: Der Verkehr sollte auf kürzesten Wegen aus der Stadt heraus zu einer neuen Tangente geleitet werden, regte er schon kurz nach seinem Amtsantritt an. Der Plan ist heute teilweise verwirklicht.

Die freigehaltene Trasse durch die Sindlinger Wiesen hat sich anschließend für die Stadt Kelkheim als ein kaum hoch genug zu bewertender Schatz erwiesen. Zu einer Zeit, da Nachbargemeinden schon über die Fehler ihrer Entwicklung nachdenken, verfügt Kelkheim über Entwicklungsgelände im Filetstück der bebauten Ortslage. Ein vorausschauender Bürgermeister hat es verstanden, den Mangel aus der Zeit der ersten Zusammenlegung 1938 zum Vorzug umzumünzen.

Kelkheims neue Mitte ist bestens erschlossen. Sie könnte sich im Verhältnis zur absehbaren, endgültigen Stadtgröße entwickeln. Die Stadt Kelkheim braucht eine Mitte, sie braucht eine Zone, wo sich ihre Bürger zum Einkaufen, zu kulturellen Veranstaltungen, zu geselligem Leben treffen. Diese Erkenntnis war für Bürgermeister Dr. Winfried Stephan in langen Amtsjahren Richtschnur, jeder Planung.

Die nützlichen und wünschenswerten Angebote eines Gemeinwesens beschränken sich nicht auf Straßen, Wasserleitungsnetz und Kanalisation. Auch nicht auf Schulen, Kindergärten, Altenwohnheime,

Versammlungsräume, Sportstätten und Schwimmbäder. Vieles davon fehlte vor 29 Jahren. Heute bleibt kaum ein Wunsch offen.

Schulen führen bis zum Abitur, das Hallen-Freibad steht mit seiner teleskopartig aufschiebbaaren Schwimmhalle unverwechselbar unter den Bädern der Umgebung, bereitet aber den Stadtvätern seit einigen Jahren wegen der hohem Zuschüsse richtige Kopfschmerzen. Die Lösung dieses Problems konnte Dr. Stephan in seiner Amtszeit leider nicht mehr lösen.

Die Stadthalle reiht sich nicht in die phantasielose Betonwürfel-Architektur vieler Bürgerhäuser ein. Sie bewahrt vielmehr, aufwendig saniert, was als Kelkheimer Vereins-Initiative schon kurz nach der Währungsreform entstanden ist.

Das benachbarte neue Rathaus, 1974 seiner Bestimmung übergeben, war der erste Kristallisationspunkt für die Identifikation mit einer Stadt, die sich ein eigenes Gesicht zu geben versucht. Aber auch hier hat der Zahn der Zeit seine Spuren hinterlassen. Die Marmorfassade ist mittlerweile marode und auch alle Installationen müssen baldigst mit hohen Kosten saniert werden. Ein Problem für den Nachfolger.

Aus den spärlich gesäten Schätzen schützenswerter Bausubstanz ließ sich kein Stadtkern entwickeln. Sie liegen verstreut als belebende Tupfer in allen Stadtteilen: das dominant platzierte, stadtbildprägende Kloster, das Münsterer Alte Rathaus, das Hornauer Martinskirchlein und das Gagernhaus, die Fischbacher Dreifaltigkeits-Kirche, Hofgut und Schloss Retters.

Die eindrucksvolle, überlebensgroße Bronzeplastik des Heinrich von Otterdingen vor dem Kelkheimer Rathaus, ein Werk der begabten Bildhauerin Gertrud Angelika Wetzels, zeugt von der beharrlichen Anstrengung des Kelkheimers Bürgermeisters, den alten und neuen Mitbürgern die Identifizierung mit ihrer Stadt zu erleichtern.

Der Minnesänger Heinrich soll sich einer Sage zufolge im 13. Jahrhundert nach dem verlorenen Sängerkrieg auf der Wartburg in einer Höhle am Liederbach verborgen haben. Der Bach verdanke ihm seinen Namen, meint die romantische Deutung. Heute zieht sich der Liederbach, auf weiten Strecken renaturiert, als lebendiges Bindeglied durch die drei ursprünglichen Stadtteile. Das Aufgreifen der Otterdingen-Sage zeugt von der Sensibilität Bürgermeister Stephans für die Atmosphäre, die eine Stadt liebenswert macht.

Die Wetterfahne auf dem Schlauchurm der Feuerwehr geht auf eine Anregung des Bürgermeisters zurück. Ein vergoldetes Wirtshauschild, zu dem Handwerker des städtischen Bauhofs Hand anlegten, ließ vor einigen Jahren die Wellen der Polemik hochgehen, weil Kommunalpolitiker ein Geschenk aus dem Steuersäckel vermuteten.

Das alljährliche Stadtfest (von 1974 – 1991), anstelle der früheren Kelkheimer Kirchweih als Volksfest eingeführt, brachte Kelkheimer aus allen Stadtteilen zusammen. Die Kulturwochen geben dem Publikum und vielen Ortsvereinen Gelegenheit, sich als Bürger ein- und derselben Stadt zusammenzufinden.

Kelkheims Traditionshandwerk war und *ist* die Möbeltischlerei. Die Umsätze des Möbelhandels und der wenigen heute noch produzierenden Kleinbetriebe sind aber schon lange nicht mehr ausschlaggebend für die städtischen Finanzen. Die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe im verkehrsgünstig gelegenen Kelkheim schlägt stärker zu Buche. Doch ortsprägend bleiben die Schaufensterfronten der Frankfurter Straße, und für Bürgermeister Stephan ist das Beiwort von der *Möbelstadt* ein unverzichtbares Stück Kelkheimer Identität.

Der als Bürgerinitiative gegründete Förderkreis Handwerk hilft diese Tradition weiter zu pflegen. Einen ungeahnten Ansturm erleben die Handwerkerfeste auf dem Rettershof. Brauchte es eine Bestätigung, ob die seinerzeit umstrittene Entscheidung richtig war, das 110 Hektar große, einzigartige Hofgut für neun Millionen Mark zu kaufen und weitere 16 Millionen Mark dort für Sanierung und Hotelbau auszugeben, die Liebe der Kelkheimer zu *ihrem* Rettershof wäre Beweis genug.

Dass die regionale Entwicklung der Grundstückspreise damalige Bedenken gegenstandslos machen würde, konnte auch Bürgermeister Dr. Stephan 1979 kaum voraussehen. Ihm ging es darum, ein wertvolles Ensemble als Ausflugsziel für die Bewohner der Region und als Naherholungsgebiet für die Kelkheimer unzerstört zu bewahren.

Aber auch hier hat sich ein Wermutstropfen in die ursprünglichen Absichten eingeschlichen. Der jährliche städtische Zuschuss für die Rettershof GmbH (für Landwirtschaft, Zinsen und Tilgung der Kredite) in Höhe von fast 1 Million Mark, zwingt die Verantwortlichen, neue Konzepte für die Erhaltung des Rettershofes zu erarbeiten. Auch dieses Problem wird Bürgermeister Horn lösen müssen.

Als krönender Abschluss für das Lebenswerk von Bürgermeister Dr. Winfried Stephan sollte die Neue Stadtmitte entstehen. Die Stadtmitte Süd ist mittlerweile fertiggestellt, aber der Beginn der Stadtmitte Nord lässt noch auf sich warten. Parallel dazu kommt die optische und ästhetische Aufwertung der alten Ortskerne voran.

Die neue Mitte der Stadt hat alle Chancen, sich als urbanes Einkaufszentrum und künftiger Treffpunkt aller Kelkheimer zu bewähren. Die eigens gegründete Städtebauliche Entwicklungsgesellschaft - auch sie eine Idee von Bürgermeister Dr. Stephan - hat für die Neue Stadtmitte seit 1972 rund 25.000 Quadratmeter Gelände zwischen Frankfurter Straße und Liederbach, Töpferstraße und Sindlinger Wiesen zusammengekauft.

Nach Entwürfen eines Frankfurter Architekten, der aus dem Ideenwettbewerb als Sieger hervorging, entstand hier seit 1985 ein Ensemble, das sich in Form und Gliederung, in Abmessungen und natürlichen

Materialien harmonisch den angrenzenden Wohn- und Geschäftsvierteln anfügt. Auch für die Großmärkte, die nebenan auf dem Grundstück der ehemaligen Furnierfabrik Dichmann entstanden sind, hat Bürgermeister Stephan es verstanden, den Handelsketten eine angepasste Bauweise mit Ziegeldächern anstelle der üblichen Schuhkarton-Einheitsmärkte abzugewinnen.

Die Aufregung des örtlichen Handels wegen der vermeintlich übermächtigen Konkurrenz hat sich gelegt. Kelkheim beginnt als Einkaufsstadt für Kunden aus der Umgebung interessant zu werden. Nach Fertigstellung der Stadtmitte Süd haben private Investoren, darunter auch viele Kelkheimer, hier für rund 50 Millionen Mark Wohnungen und Geschäfte finanziert. Die Märkte am Liederbach und die Tankstelle repräsentieren weitere 20 Millionen Mark Investitionssumme.

Inzwischen haben zwar schon die vorbereitenden Arbeiten für den nördlichen Teil der Neuen Stadtmitte begonnen, aber die städtischen Gremien konnten sich bis heute (2003) auf keine einheitliche Linie für die Gestaltung der Stadtmitte Nord festlegen.

Ein Bürgermeister, dessen Horizont sich auf die eigene Stadt beschränkte, müsste sich Kirchturmspolitik vorhalten lassen. Dass Dr. Winfried Stephan das vielfältige Beziehungsgeflecht des Rhein-Main-Gebietes nicht aus den Augen verliert, dafür bürgt seine politische Aktivität im Main-Taunus-Kreis und in der Region.



**Dr. Winfried Stephan
(CDU)
3. Bürgermeister der Stadt Kelkheim (Taunus)
vom 1. Juli 1966 bis 31. Mai 1995**

Dr. Winfried Stephan wurde am 27.06.1935 in Hornau geboren. Er ist verheiratet und hat vier Kinder. Nach dem Abitur begann Winfried Stephan das Studium der Rechtswissenschaften. Nach der 1. und 2. Staatsprüfung war er von 1964 bis zum 30. Juni 1966 zuerst Richter am Verwaltungsgericht und danach Verwaltungsjurist beim Main-Taunus-Kreis. Am 1. Dezember 1965 promovierte Winfried Stephan zum Doktor der Rechtswissenschaften. Seinen Dienst als Bürgermeister der Stadt Kelkheim (Taunus) trat er am 30. Juni 1966 an.

Während seiner fast 29jährigen Amtszeit wurden neue Baugebiete ausgewiesen, die Wasser- und Abwasserversorgung gesichert, neue Schulen, das Hallen-Freibad, das Rathaus, der städtische Bauhof und der neue Hauptfriedhof gebaut.

Die Stadt Kelkheim (Taunus) erwarb Stadthalle und Rettershof. Sein besonderes Anliegen, die neue Stadtmitte für Kelkheim wurde geplant und mit dem Ausbau begonnen.

Neben seinen Tätigkeiten als Bürgermeister der Stadt Kelkheim (Taunus) war Dr. Stephan noch in zahlreichen anderen Gremien tätig. So von 1966 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Dienst zunächst Präsidiumsmitglied des Hessischen Städtebundes und seit April 1971 Präsidiumsmitglied des Hessischen Städtetages. Seit Gründung des Umlandverbandes Frankfurt 1975 war er Mitglied des Verbandsausschusses, vom Mai 1977 bis Dezember 1979 deren ehrenamtlicher Verbandsdirektor und seit März 1981 Mitglied des Verbandstages.

Mitglied des Kreistages des Main-Taunus-Kreises war Dr. Winfried Stephan seit 1968 und bis März 1989 Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion.

Für seine zahlreichen kommunalpolitischen Tätigkeiten wurden Dr. Stephan hohe Ehrungen zuteil:

1980: Bundesverdienstkreuz am Bande

1995: Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette in Gold

1996: Bundesverdienstkreuz 2. Stufe

Als er 1968 in den Kreistag gewählt wurde, machte ihn die CDU-Kreistagsfraktion auf Anhieb zu ihrem Vorsitzenden, und Dr. Stephan hatte mit diesem Amt mehr als zwei Jahrzehnte lang eine Schlüsselstellung inne, bevor er es 1989 an einen jüngeren Kreispolitiker übergab.

Als Präsidiumsmitglied des Hessischen Städtetages vertrat der Kelkheimer Bürgermeister die Interessen seiner Stadt im kommunalen Spitzenverband. Das Verhältnis der Stadt Frankfurt zu ihrem Umland und damit auch zu Kelkheim ist heute geprägt vom Bemühen um fairen Interessenausgleich. Vergessen ist das noch in den siebziger Jahren diskutierte Ansinnen, die Nachbarn in eine große Regionalstadt Frankfurt aufzusaugen. Dr. Winfried Stephan hat damals durch ein eigenes Gegenmodell und durch harten politischen Einsatz dazu beigetragen, die Eingemeindungsgefahr zu bannen. Die Kommunalpolitiker der Region honorierten seine Leistung, indem sie ihm das Spitzenamt des Umlandverbandes übertrugen. Dr. Winfried Stephan war dessen Verbandsdirektor von 1977 bis 1979, auf eigenen Wunsch ehrenamtlich, nicht als Nutznießer eines hochdotierten Verwaltungspostens.

Wenn sich heute die Rhein-Main-Region auf ihre Rolle als Wirtschaftsfaktor in einem künftig einigen Europa vorbereitet, dann hat Kelkheim seinen Platz darin schon gefunden. Das Bewusstsein, in dieses Europa

eingebunden zu sein, wird durch das rege Interesse der Bevölkerung über die Vereine zu den Städtepartnern Saint-Fons und High Wycombe dokumentiert.

Dr. Winfried Stephan, der für sein vielfältiges Engagement in Politik und Kommunalverbänden 1980 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde, stand in langen Amtsjahren einige Male vor der Entscheidung, Kelkheim mit einem wesentlich größeren Wirkungsbereich zu vertauschen und dort Karriere zu machen.

Aussichtsreiche Kandidaturen um Oberbürgermeisterämter, die Parteifreunde ihm nahegelegt hatten, schlug Dr. Stephan aus. Er zog es vor, beharrlich die selbstgesteckten Ziele in seiner Heimatstadt weiter anzusteuern.

Heute, am Ende seiner Amtszeit, sieht Bürgermeister Dr. Winfried Stephan seine Vorstellungen weitgehend Gestalt gewinnen: Aus einem 1938 verfügt und 1977 erweiterten Kunstgebilde wandelt sich die Stadt Kelkheim zum Gemeinwesen von unverwechselbarer Identität.

Obwohl er seinem Nachfolger, Bürgermeister Thomas Horn, einige schwerwiegende Probleme hinterlassen hat, (Stadtmitte Nord, Hallen-Freibad, Rettershof, Sanierung Rathaus), kann „Altbürgermeister“ Dr. Winfried Stephan auf eine sehr erfolgreiche Tätigkeit für die Stadt Kelkheim zurückblicken, und die Stadt Kelkheim und ihre Bürger können stolz und froh sein, was dieser Bürgermeister für sie in 29 Jahren angepackt und geschaffen hat.

03.06.1995: Grußworte an die Kelkheimer Bevölkerung vom Bürgermeister Thomas Horn im Amtsblatt:

Liebe Kelkheimer Bürgerinnen und Bürger,

mit viel Freude richte ich heute das erste Mal als Ihr neuer Bürgermeister das Wort an Sie. Auf meine Arbeit mit Ihnen hier in Kelkheim freue ich mich.

Ich verstehe mich als Bürgermeister aller Bürgerinnen und Bürger, der sich darum bemüht, Zeit für Sie zu haben, für Ihre Vorschläge, Sorgen und Nöte. Obwohl viele Verpflichtungen und Termine den Tagesablauf eines Bürgermeisters bestimmen, werde ich versuchen, für Sie sprechbereit zu sein. Um trotz der Terminzwänge die Möglichkeit zu haben, mit Ihnen persönlich Gespräche zu führen, biete ich Ihnen - wie bisher schon praktiziert - feste Sprechstunden an. Diese werden im Amtsblatt veröffentlicht.

*Darüber hinaus bin ich für Sie zu festen Zeiten, **direkt** am Telefon im Rathaus zu sprechen. Das erste Mal ist am Freitag, dem 9. Juni, von 09.00 bis 10.30 Uhr, Telefon 803300. Außerdem haben Sie jederzeit die Gelegenheit im Rathaus bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anzuregen, dass ich mich persönlich um diese oder jene Sache kümmern sollte.*

Mit „Augenmaß und Leidenschaft“ will ich gemeinsam mit den parlamentarischen Gremien und Magistrat die vielfältigen, anspruchsvollen Aufgaben meistern. Dies erfordert auch eine frühzeitige Einbindung der Bürgerschaft durch Information und Erörterung auf dem „öffentlichen Meinungsmarkt“.

Alternative Lösungsansätze sind auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen und durch die parlamentarischen Gremien zu entscheiden. Die Beschlüsse im Parlament folgen indes nicht objektifizierbaren Wahrheitskriterien, sind keine „Letztwahrheiten“, sondern sind im demokratischen Verfahren zustande gekommene Mehrheitsmeinungen.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid bieten „Korrekturmöglichkeiten“, doch sollte dieses Instrumentarium verantwortlich verwendet werden. Ein ausufernder Gebrauch bedeutete; „Vetokratie“ statt Demokratie. „Neu Maßnahmen“ in bezug auf das Mögliche und Machbare wird die Politik zur Schwelle zum 21. Jahrhundert prägen. Auch die Politik in unserer Stadt wird - angesichts finanzieller Sparzwänge - von einer „neuen Sicht der Dinge“ bestimmt sein. Lassen Sie uns gemeinsam dafür die „neuen Rezepte“ entwickeln.

Mit den besten Grüßen

Ihr

*Thomas Horn
Bürgermeister*

03.-06.06.1995: Wäldchesfest in Ruppertshain. Mit dem Bieranstich am Pfingstsonntag eröffnete Horst Löw das traditionelle Ruppertshainer Wäldchesfest.

Zurzeit wird der Kanal in der Fischbacher Straße in Höhe der Altkönigstraße auf einer Länge von 200 Metern saniert.

Anfang Juni fand in **High Wycombe die Feierlichkeit zum 10jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft** mit Kelkheim statt. Eine Delegation aus Kelkheim nahm unter der Führung von Bürgermeister Horn, es war sein Antrittsbesuch in der englischen Partnerstadt, an den Feierlichkeiten teil.

„Wir dürfen nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, müssen unsere Partnerschaft ausbauen und sie auch den Menschen deutlich machen“, sagte David Letheren, Vorsitzender des Partnerschaftskomitees in High Wycombe in seiner Festrede und versprach: „Bürgermeister Horn, Sie können sicher sein, dass wir in High Wycombe alles tun werden, um die Verbindungen zwischen, uns auszubauen“.

Während manche andere Städtepartnerschaft mit der Zeit einschläft blüht und gedeiht die Partnerschaft zwischen Kelkheim und High Wycombe seit dem ersten Tag. Und dieser liegt schon eine Weile zurück. Seit

zehn Jahren hat Kelkheim eine „Schwester“ in England, und dort wurde das Jubiläum jetzt mit einem großen Fest, vielen Reden, Chorkonzerten und einem abwechslungsreichen Programm gefeiert.

Für die musikalische Gestaltung der Feierlichkeiten hatte das Festkomitee nicht nur den Orpheus Chor aus der englischen Heimatstadt eingeladen, sondern auch den Kirchenchor St. Franziskus Die Kelkheimer Sänger wiederum luden einige Mitglieder des Kirchenchors Hornau zur Verstärkung ein, und schließlich beschloss der ganze Chor, seinen Jahresausflug gleich nach High Wycombe zu machen.

So standen dann zuweilen gut 120 Sänger auf der Bühne der High School in High Wycombe und gaben unter der Leitung von Dirigent Wolfgang Jacob einen Querschnitt aus ihrem Repertoire zum Besten. Ein Bläserchor aus Würzburg war ebenfalls mit von der Partie, das Programm reichte von Händel über Grieg bis zu italienischen Madrigalen.

Unter den Gästen aus Kelkheim waren auch Vertreter der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats und der Vereine. Horst Weber, Vorsitzender des Vereinsrings, erinnerte daran, wie viele Gruppen und Vereine sich in den vergangenen Jahren in der Partnerschaft engagierten.

Viel Beifall gab es auch, als Thomas Horn das Gastgeschenk an Bürgermeister Alan Hill überreichte: Einen schweren, aus Holz gearbeiteten „Amtsschimmel“. Die Idee dazu hatte „Altbürgermeister“ Dr. Winfried Stephan, und Horn erläuterte augenzwinkernd, dass wohl in beiden Städten die Bürger unter der Bürokratie der Beamten zu leiden hätten. Mit einem Dankgottesdienst und einem Auftritt der drei Kirchenchöre ging der offizielle Teil der Reise zu Ende. Mit stehendem Beifall wurden die Sänger gefeiert.

09.06.1995: Thomas Michael Horn, seit sechs Tagen neuer Bürgermeister der Stadt Kelkheim, fühlt sich sichtlich wohl. Den Schreibtisch des Vorgängers hat er schräg in den Raum gestellt, die Bilder sind abgehängt, ein Beistelltischchen wanderte in den Keller, denn das Telefon wollte er immer in greifbarer Nähe haben. Das braucht er auch.

So kamen in der gestrigen ersten Sprechstunde nicht nur einige Kelkheimer vorbei, sondern vor allem Ältere erzählten dem neuen Rathauschef am Telefon von ihren Sorgen und Nöten. Die Telefonsprechstunde ist zwar erst am Freitag, doch viele wollten gestern mit dem „Neuen“ einfach mal reden.

Und der hat viele Pläne. So wird er neben einer Sprechstunde für Berufstätige ein Bürgertelefon einrichten. Wer als Ansprechpartner(in) dann für die Kelkheimer dort sitzt, steht noch nicht fest. Horn bat die Amtsleiter – ihnen steht seine Tür übrigens immer offen - um Vorschläge. Entscheiden wird aber letztlich der neue Chef, wer diese Aufgabe, die nicht nur Fach- und Sachkompetenz, sondern auch Fingerspitzengefühl im Umgang mit kritischen Bürgern erfordert, übernimmt. Ausschalten will Horn mit dieser Anlaufstelle eine „Behördenrallye“, denn nichts ärgere einen Anrufer mehr, als oft weiterverbunden zu werden.

Erkannt hat Horn schon vor Beginn einer Amtszeit die beiden sensiblen Bereiche der Stadt: den Bausektor und Verkehrsangelegenheiten. So wird er schon bald ein Gespräch mit allen Kelkheimer Architekten führen. Davon erwartet er Aufschlüsse darüber, wie einiges reibungsloser gestaltet werden kann und wo die Stadt, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, unterstützend wirken kann. Von den Architekten hofft er auch, mehr über mögliche Schwachstellen beim „Baulückenparagrafen 34“ zu erfahren.

Thema Verkehr: Zum Weiterbau der B 8 verwies er auf ein Gespräch mit Bundesverkehrsminister Wissmann und berichtete von einer geplanten Unterhaltung Ende des Monats zwischen Vertretern des Landes und der Städte Kelkheim und Königstein. Horn will keine Taunusautobahn, aber eine Lösung in einem überschaubar und erlebbaren Zeitraum. Der jetzige Stop-and-go-Verkehr sei auf jeden Fall nicht mehr länger tragbar.

Im Spätsommer - nach einjähriger Probephase - will der neue Rathauschef eine Auswertung der, vom Parlament beschlossenen, Tempo-30-Zonen. Man müsse sehen, was sich bewährt habe, wo Korrekturbedarf bestehe.

Nicht konform geht er mit der Auffassung des Verkehrstags, der bei der Tagung in Gießen darauf hingewiesen hatte, dass das Aufstellen von Schildern allein nichts bringe, sondern die Straßen baulich verändert werden müssten. Das will Horn nicht: „Wir können nicht für zigtausende von Mark unsere einst teuer gebauten Straßen zurückbauen, um sie vielleicht später wieder in den ursprünglichen Zustand zu versetzen“.

Die Sicherheit von Kindergarten- und Schulkindern liegt dem 35jährigen besonders am Herzen. So wird es Rasern auch mal in unmittelbarer Nähe von Fußgängerüberwegen an den Kragen gehen. Auch nachts soll das Radargerät öfters eingesetzt werden. Doch das „scharfe Schwert der Ordnungsverwaltung“ will Horn nicht schwingen. Sein Ziel ist es die Verkehrssicherheit erhöhen. Und um dieses Ziel zu erreichen, will er auch auf Vertrauen setzen. So werden die Kelkheimer erfahren, wo und wann geblitzt wird.

Nicht glücklich ist er über die Verkehrsregelung in der Bahnstraße - dort darf nur Schrittgeschwindigkeit gefahren werden, und die ist nicht auf dem Tacho ablesbar: „Man kann von den Bürgern nichts verlangen, was technisch nicht machbar ist“. In Gesprächen mit den Gewerbetreibenden will Horn nach einer Lösung suchen.

Der Mann, der in „wahlkampflosen Zeiten“ mit einer Abiturklasse diskutieren und für alle Generationen da sein will, berichtete über eine geplante Probephase für den Jugendtreff Münster. So sollen gemäß einer Vereinbarung zwischen ihm und dem Magistrat die Jugendlichen schon bald nicht mehr mit ihren Autos über die Jahnstraße, sondern über den Bereich der Südkasse am Schwimmbad anreisen. Die Anwohner würden

somit von den Geräuschen der an und abfahrenden Autos und Motorräder nicht mehr gestört. Thomas Horn hält die Lösung für kostengünstig, einfach und sozialverträglich.

Gefragt wurde der neue Verwaltungschef öfter, wann und wie die marode Rathausfassade erneuert werde. Sein Ziel wäre bei der dringend notwendigen Sanierung unter der 1,7 Millionen-Marke zu bleiben. Dieses Geld steht im Etat bereit. Die Verwaltung wird bald Vorschläge unterbreiten, dann soll über Putz, Keramik, Alu oder Naturstein entschieden werden. Ästhetik und Funktion sollen erhalten bleiben.

Und die Stadthalle: Die wird ab August in 18monatiger Bauzeit saniert. Ab Februar/März 97 wird Kelkheim dann eine „Gud Stubb“ haben, in der auch einmal größere gesellschaftliche Veranstaltungen stattfinden können.

Bürgerbefragung in Kelkheim. Die Kelkheimer wünschen sich ein Fischgeschäft und mehr Schuhläden. Wenn sie woanders einkaufen als in ihrer Heimatstadt, dann fahren sie meistens ins Main-Taunus-Zentrum (54 Prozent).

Der Unternehmensberater Harald Lezius präsentierte der Vereinigung Kelkheimer Selbständiger (VKS) vor kurzem im Gimbacher Hof die Ergebnisse einer Umfrage zum Käuferverhalten; mehr als 70 VKS-Mitglieder kamen.

Warum wandern so viele Kunden zum Shopping ins MTZ, nach Frankfurt oder Wiesbaden ab? In Kelkheim fehle eine schöne Einkaufspassage, lautete die häufigste Kritik der Passanten, außerdem seien die Parkmöglichkeiten unzureichend. Acht Prozent wünschen sich freundlichere Bedienung, 23 Prozent ein großes Kaufhaus erklärte Lezius. Nur sieben Prozent der Befragten beurteilten die Einkaufssituation als „sehr gut“.

Hauptproblem Kelkheims ist die Zergliederung: Die Geschäfte liegen weit auseinander. Deshalb fahren auch ungewöhnlich viele Kunden (60 Prozent) mit dem Auto zum Einkaufen. Vielleicht hat mancher den Laden, den er in Kelkheim vermisst, wegen der fehlenden Zentralisierung auch einfach nicht gefunden.

Lebensmittel kaufen die Kelkheimer fast alle zu Hause (82 Prozent), ungewöhnlich hoch ist mit 72 Prozent die Bindung an die Branche Bücher/Schreibwaren. Obwohl Kelkheim die Möbelstadt ist, kauft nur jeder dritte Einwohner seine Schränke und Tische direkt vor der Haustür.

Die Befragung wurde vom 14. Bis zum 22. Mai an fünf verschiedenen Standorten zu unterschiedlichen Tageszeiten durchgeführt. Die Anzahl von 150 Befragten - das ist weniger als ein Prozent der Einwohner Kelkheims - ist freilich wenig repräsentativ, dennoch, lassen sich aus den Ergebnissen viele wertvolle Anregungen entnehmen.

Weitere Verbesserungsvorschläge der befragten Passanten: Günstigere Busverbindungen zwischen den Stadtteilen schaffen, öffentliche Toiletten anbieten und die Atmosphäre verbessern. Bürgermeister Thomas Horn war bei der Präsentation dabei.

Das Aktionsbündnis „Unser Schwimmbad“, das sich für eine Sanierung des Hallen-Freibades ohne Änderungen am bisherigen Konzept einsetzt, hat den neuen Bürgermeister Thomas Horn in einem offenen Brief zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen aufgefordert. Horns Amtsantritt werde als Neuanfang in der Auseinandersetzung um die Zukunft des Bades angesehen, heißt es in dem Schreiben. Die Stadt solle jetzt unter Beteiligung von Bürgerinitiativen, Vereinen und anderen Interessenten neue Rezepte entwickeln.

Der Bürgermeister erklärte sich inzwischen zu einem Treffen mit den Vertretern der „Schwimmbadinitiative '92“ und den Initiatoren eines Bürgerbegehrens gegen das Sanierungskonzept bereit, für das sich der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich ausgesprochen hatten. Der von Horns Amtsvorgänger Dr. Winfried Stephan vorbereitete Vorschlag sieht eine Verknüpfung der Sanierung mit dem Bau eines privaten Saunabetriebes und einer Altenwohnanlage auf einem Teil der bisherigen Liegewiese des Schwimmbades vor. Die Kosten für die Modernisierung oder den Neubau der Badeanlagen sollen nach dem Konzept zum größten Teil mit den Einnahmen aus dem Grundstücksverkauf finanziert werden.

Nach 73 Jahren verlassen die Ordensschwestern Kelkheim. Ende des Monats verlassen die Schwestern des Ordens der „Dienerinnen des heiligsten Herzens Jesu“ die Möbelstadt. Nach 73-jähriger segensreicher Arbeit wird mit Ehrfurcht und Dankbarkeit auf diese Jahre zurückgeblickt.

Die katholische Pfarrgemeinde wird die Schwestern am Sonntag, 25. Juni, mit einem Fest- und Dankgottesdienst um 10.30 Uhr in der Klosterkirche verabschieden. Grund für den Abschied: Den Schwestern, die zuletzt jahrelang die Bewohner des Altenheims St. Viktor am Kloster betreuten, fehlte der Nachwuchs. Das Haus wurde verkauft, wird nun umgebaut und als Altenpflegeheim mit Sozialstation von der Arbeiterwohlfahrt übernommen.

Pater Ivo Trauscheidt, der erste Pfarrer der damals jungen Pfarrgemeinde, im Dezember 1922 die Schwesterngemeinschaft - nach Überwindung vieler Schwierigkeiten - in Kelkheim einführen. Lange zuvor war ein „Schwesternhaus-Bauverein“ gegründet worden und so konnten die Schwestern das 1908 von dem Kelkheimer Adam Grill gebaute Gasthaus erwerben.

Als Aufgabe haben sich die Schwestern, seit Gründung ihrer Gemeinschaft, der Krankenpflege angenommen und hier Opfermut und Nächstenliebe beweisen. Sie übernahmen die ambulante Krankenpflege, den Kindergarten und eine Nähsschule in der Pfarrgemeinde.

Viele Kelkheimer erinnern sich vielleicht auch daran, dass ab 1974 das deutsche Noviziat der Gemeinschaft in Kelkheim untergebracht war, bis es 1982 nach Niederfell an der Mosel verlegt wurde. In das dortige Herz-Jesu-Haus Kühr werden Oberin S. M. Egbertine Hildebrand und ihre Mitschwwestern auch zurückkehren. Die Schwestern gaben 1964 in Absprache mit der Pfarrgemeinde den Kindergarten auf, nachdem St. Franziskus am Pfarrzentrum in der Feldbergstraße einen eigenen Kindergarten eröffnet hatte. Von 1972 bis 1974 wurde das St. Viktor-Altenheim im Mainblick 49, das übrigens nach dem Stifter der Kongregation Abbe Peter Viktor Braun benannt wurde, erweitert. Im Februar 74 wurde es in Betrieb genommen. Hier fanden die älteren Bewohner ein stilles Plätzchen und konnten ihren Lebensabend in landschaftlich schönere Umgebung genießen. Fünf Jahre später baute die Ordensgemeinschaft eine neue Hauskapelle. Eine Stätte des Gebets und der Meditation war geschaffen. Mit der Einrichtung der Sozialstation gaben die Schwestern die Krankenpflege in St. Franziskus auf.

23.06.1995 Kelkheim und Königstein wollen die B 8-Umgehung in eigener Regie weiterplanen. Der Weiterbau der Bundesstraße 8 als Umgehung für Kelkheim und Königstein wird von der Landesregierung nicht mehr kategorisch abgelehnt, aber mangels Planungskapazitäten auch nicht vorangetrieben. Wenn die beiden Städte in eigener Regie planen wollen, wird ihnen das Land nichts in den Weg legen. Diese schon früher bekundete Auffassung hat der hessische Verkehrsminister Lothar Klemm (SPD) am Donnerstag im Gespräch mit den Bürgermeistern von Königstein und Kelkheim, Bertram Huke und Thomas Horn (beide CDU), noch einmal bekräftigt.

Für innerörtliche Umbauten zur Verbesserung des Verkehrsflusses sicherte Klemm Landeshilfe zu. Huke und Horn sehen ungeachtet der voraussichtlich siebenstelligen Kosten kommunale Planungsaufträge als die einzige Möglichkeit an, den Bau der Umgehung „in einem erlebbaren Zeitraum“ zu verwirklichen.

Alle bisher unter erheblichem Aufwand vom Land betriebenen Planungen für das noch fehlende Teilstück der neuen B 8 zwischen Kelkheim und der zwischen Königstein und Glashütten seien inzwischen reif für den Papierkorb. Darüber sei kein Zweifel geblieben, sagte der Kelkheimer Bürgermeister Thomas Horn nach dem Gespräch in Wiesbaden. Angesichts der naturschutzrechtlichen Konflikte und verschärfter Gesetze beginne alles wieder von vorn.

Man lasse sich jedoch nicht entmutigen, versicherte sein Königsteiner Kollege Bertram Huke. Der erste Schritt werde sein, das bisher nur nachrichtlich vermerkte Straßenbauvorhaben fest im Regionalen Raumordnungsplan zu verankern. Dazu ist das Einverständnis der Landesregierung erforderlich. Der Minister sah sich nicht imstande, vorweg Zustimmung zu signalisieren. Die Chancen des Vorhabens würden zu gegebener Zeit im regulären Verfahren abgewogen.

Der Königsteiner Bürgermeister Huke warnte vor übertriebenen Hoffnungen auf schnelle Erfolge der kommunalen Planung. Aber den Städten bleibe keine andere Wahl, wenn der als notwendig erachtete und von den städtischen Gremien geforderte Bau der Umgehung überhaupt in Gang kommen solle. Warten auf freie Planungskapazitäten des Landes würde das Vorhaben um Jahrzehnte hinausschieben.

Übereinstimmung wurde im Gespräch mit dem Minister über die Notwendigkeit von Umbauten am Königsteiner Kreisel und innerhalb der Königsteiner Ortsdurchfahrt erzielt. Nur so seien die Verkehrsverhältnisse zu verbessern.

Der Königsteiner Verkehrsdezernent Klaus Deher (SPD) sieht den „Umbau im Bestand“ als die vordringliche Aufgabe an. Zwar könne auf diese Weise die Verkehrsbelastung nicht verringert, aber erträglicher gestaltet werden.

26.06.1995: 40 Jahre Kulturgemeinde in Kelkheim. Vieles im Kreis ist geprägt von der Kulturgemeinde Kelkheim. So waren die Möbelstädter Geburtshelfer beim Kulturkreis Eppstein und zudem Vorreiter in Sachen musische Kurse für Kinder und Kindertheater.

Die Kulturgemeinde feierte gestern im Plenarsaal ihren 40. Geburtstag. Seit Goethe weiß man, dass Theorie grau ist. Deshalb gab's im Foyer des Rathauses eine zweigeteilte Ausstellung. Plakate und Bilder künden von Veranstaltungen vergangener Jahre, Kunstgewerbliches - von Buchbinderei über Seidenmalerei bis hin zur Keramik - gibt Auskunft über die Kurse.

Dr. Hartmut Bock, Vorsitzender der Kulturgemeinde konnte Vertreter des öffentlichen Lebens und der Volksbildungsvereine begrüßen. Auch Mitglieder des Magistrats mit Bürgermeister Thomas Horn an der Spitze waren gekommen. Bock führte aus, dass die Kulturgemeinde gegenwärtig zu etwa 60 Einzelveranstaltungen im Jahr lädt. Rund 200 Kurse werden für Kinder und Erwachsene angeboten.

Als sich der Verein am 6. Oktober 1954 gründete, war man zunächst so etwas wie ein Theaterverein. Mit der Zeit weiteten und veränderten sich die Aufgaben. An dieser Ausgestaltung hat Friedrich E. Rosenberg wesentlichen Anteil; er war 17 Jahre Vorsitzender. Vor allem tragen die Tage Alter Musik seine Handschrift. Eine andere Handschrift ist den Kelkheimern ebenfalls vertraut: die gesamte grafische Gestaltung von Programmen und Plakaten ist von Claus Nothdurft.

Die Kulturgemeinde arbeitet ehrenamtlich und professionell, das macht die Kosten unschlagbar günstig.

Die offizielle Laudatio aufs Schaffen der immens regen Kulturgemeinde hielt der Frankfurter Kulturhistoriker Dr. Andreas Hansert. Die musikalische Gestaltung übernahmen Christa Keding (Flöte), sowie Christoph Seidel und Gert Bettner von der Musikschule, einem Partnerverein der Kulturgemeinde.

Die Max-von-Gagern-Grundschule feierte dieser Tage mit einem Sommerfest ihren 25. Geburtstag.

Beim diesjährigen **Hornauer Pfingsbörnchenfest** wurde auch wieder das traditionelle Schubkarren-Rennen durchgeführt. Neun Mannschaften hatten in diesem Jahr ihre Teilnahme gemeldet. Beim Frühschoppen sorgten das Blasorchester Hornau und der Gesangverein Euterpe für die musikalische Unterhaltung.

28.06.1995 Im **Verwaltungsstreitverfahren über die Gültigkeit der Bürgermeisterdirektwahl** hat der Anwalt der Stadtverordnetenversammlung beantragt, die Klage des Kelkheimer Rechtsanwalts Rafael Wiegelmann vom 2. April dieses Jahres zurückzuweisen.

In der Klageerwiderung heißt es, die Wahl am 4. und 18. Dezember 1994, mit der Thomas Horn (CDU) ins Amt gekommen ist, sei ordnungsgemäß verlaufen. Es habe keine Unregelmäßigkeiten gegeben, die auf das Ergebnis Einfluss gehabt haben können. Die Stadtverordnetenversammlung hatte schon im Februar die Einwendungen von Wiegelmann zurückgewiesen und Horn drei Monate vor seinem Dienstantritt offiziell in sein Amt eingeführt.

Der Kläger hatte beim Verwaltungsgericht Frankfurt unter anderem moniert, dass Horns Vorgänger Dr. Winfried Stephan in einem sogenannten Jungwählerbrief für den Kandidaten der CDU geworben hatte. Der Briefkopf enthielt auch die Angaben „Bürgermeister“ und die Postanschrift des Rathauses. Wiegelmann wertete die Mailing-Aktion als Verstoß gegen den Grundsatz der Chancengleichheit für die Kandidaten.

Das die Stadt Kelkheim vertretende Rechtsanwaltsbüro Pünder, Volhard, Weber und Axster kommt in der Klageerwiderung zu der Einschätzung, dass nur dann von einer Beeinflussung gesprochen werden könnte, wenn Dr. Stephan seine Wahläußerung in amtlicher Eigenschaft, „unter Ausnutzung einer obrigkeitlichen Stellung“, gemacht hätte. Das sei aber nicht geschehen. Dr. Stephan habe sich als Privatmann geäußert. Es habe ihm zugestanden, seine Amtsbezeichnung außerhalb des Dienstes, auch bei privaten Korrespondenz, zu führen. Die Verwendung der Rathausadresse sei nicht unzulässig gewesen. Selbst wenn man Dr. Stephans Verhalten als Beeinflussung ansehen wolle, hätte das nach Ansicht der Anwälte keinen spürbaren Einfluss auf das Ergebnis gehabt.

Wenn alle 800 Empfänger der Jungwählerbriefe für den gleichen Kandidaten gestimmt hätten, wäre es ihnen nicht möglich gewesen, das Ergebnis der beiden Wahlgänge zu ändern. Der Abstand zwischen den Kandidaten sei dafür zu groß gewesen. Die Adressen, die für den Versand der Jungwählerbriefe, benötigt wurden, seien auch nicht rechtswidrig beschafft worden. Sie seien regulär vom CDU-Stadtverband angefordert und übernommen worden.

Als anzutreffend bezeichnete die Kanzlei auch Wiegelmanns Einschätzung, ein sogenannter Seniorenbrief, den der ehemalige Erste Stadtrat Karlheinz Klug (CDU) unterzeichnet hatte, habe zu Unregelmäßigkeiten bei der Wahl geführt.

Dass die Adressaufkleber das gleiche Schriftbild wie die städtischen Abgabebescheide aufwiesen, sei nicht verwunderlich, weil sie tatsächlich von der Stadtverwaltung gedruckt worden seien. Die Stadt habe diesen Service wie schon bei früheren Kommunalwahlen der CDU und auch der SPD auf Antrag gewährt. Den Parteien sei es nicht versagt, Adressen an Mitglieder weiterzugeben, die Wählerbriefe verfassten und unterzeichneten.

01.-02.07.1995: Handwerkertage auf dem Rettershof. Seit zehn Jahren veranstaltet der Förderkreis Handwerk die Handwerkertage. Und auch in diesem Jahr bot der Rettershof wieder einmal einen eindrucksvollen Rahmen. 20 Aussteller waren gekommen, um ihre handwerklichen Fähigkeiten sowie die durchweg gelungenen Endprodukte bewundern zu lassen.

Das bunte Angebot im Innenhof war beeindruckend, so blieben viele bei Glasbläser Wolfgang Ewald, der aus Frauenwald in Thüringen gekommen war, stehen, um sich die ausgefallenen Kunstwerke anzuschauen. Kleine Modelle seiner großen Angebotspalette hatte Kaminbauer Ernst Schmidt aus Hornau mitgebracht. Bei ihm werden Kamine und Kachelöfen noch ohne Fertigteile und auf die Wünsche des Verbrauchers abgestimmt, gebaut. Ansonsten gab es wunderschöne Keramik, unter anderem in geometrischen Formen von Christa Steinmetz, gelungene Blumengestecke, Klöppelarbeiten und hübsches Holzspielzeug.

Auch die Specksteinarbeiten von Peter Jodeit fanden viel Beifall. Anziehungspunkt war der Christuskopf des Kunstschmiedes Måre Stora, der aus der Partnerstadt St. Föns in Frankreich, auf Einladung des Fördervereins, angereist war. Das Baugewerbe hatte kurzfristig komplett abgesagt. Alles in allem wieder einmal ein gelungenes Fest. Für die Musik sorgten übrigens die Blasorchester aus Hornau und Münster.

03.07.1995: Stadtverordnetensitzung. Es war Bürgermeister Horn erste **Bürgerfragestunde** vor der Stadtverordnetensitzung und er war bemüht, auf jede Frage eine Antwort zu geben.

So wollte beispielsweise Willi Hackel wissen, ob sich der neue Rathauschef bei der Kommunalwahl in zwei Jahren als Kandidat für den Kreistag aufstellen lassen wird. Er gab zu bedenken, dass der Bürgermeister dann mindestens einen Tag in der Woche für Kelkheim ausfalle.

Der Fischbacher erfuhr: Thomas Horn will sich ein, zwei Jahre konzentriert um die Möbelstadt kümmern, und dann - wie alle anderen Bürgermeister des Kreises auch - sicher auch in den Kreistag einziehen. Wenn er

sich für diesen Posten nicht zur Verfügung stelle, werde man ihn fragen, warum ausgerechnet der Bürgermeister der zweitgrößten Stadt im Kreis in diesem Gremium nicht vertreten sein will. Horn betonte zudem, dass viele Entscheidungen im Kreistag enorme Auswirkungen auf Kelkheim haben. In anderen Gremien, wie beispielsweise beim Umlandverband, will er sich nicht in den Vordergrund drängen.

Auf die Frage, wann in der Neuen Stadtmitte endlich eine Toilette installiert werde, antwortete Horn das sind Fragen mit dieser beschäftigt sich zur Zeit die Verwaltung." Ob der Wochenmarkt bald in die Neue Stadtmitte verlegt werde, wollte ein weiterer Kelkheimer wissen. Hier hätten die Überlegungen der Verwaltung schon konkrete Formen angenommen, ließ Horn wissen. Man wolle schon in Kürze einen Probelauf in Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr starten. Gedacht ist an eine Simulation mit Pappbauten. Um die Neue Stadtmitte zu beleben, hat sich der neue Verwaltungschef gestern mit den fünf Restaurant-Betreibern an einen Tisch gesetzt. Gemeinsam wollte man überlegen, was man tun kann, um die Möbelstädter nicht nur bei großen Festen in ihre Neue Stadtmitte zu locken.

Tiefer in die Tasche greifen müssen die Kelkheimer ab 1. Oktober beim **Trink- und Abwasser**. Nach einem Beschluss der Stadtverordneten kostet der Kubikmeter Trinkwasser statt bisher 3,82 Mark dann 4,30 Mark - eine Erhöhung um 48 Pfennige. Das Abwasser wird pro Kubikmeter um 38 Pfennige teuer. Nicht mehr mit 5,32 Mark wie bisher, sondern mit 5,70 Mark werden die Bürger dann zur Kasse gebeten. Bei dieser Entscheidung ging eine Debatte über die Kostenentwicklung bei den Abwasserverbänden voraus.

Teurer wird ab 1. August der Besuch der **städtischen Kindergärten**. Mussten die Eltern bisher für den Vormittagsplatz 200 Mark zahlen, so sind es bald sieben Mark mehr. Bei der Ganztagsbetreuung schlägt die Erhöhung mit zehn Mark zu Buche (310 statt bisher 300 Mark). Für Kinder, die den Eppenhainer Kindergarten nur nachmittags besuchen, muss künftig statt 125 Mark 129,50 Mark gezahlt werden.

In der heutigen Sitzung wurde die Erhöhung mit 24:16 Stimmen angenommen, wobei SPD und UKW gegen die Anhebung stimmten. Der Vorschlag von Rainer Tisch (Kelkheimer Forum) die Kindergartengebühren auf dem Stand vom 1. Januar 1995 „einzufrieren“ fand keine Mehrheit.

Im Stadtparlament war die Sache klar, mehrheitlich - nur zwei Abgeordnete enthielten sich - fiel der Beschluss, den **Jugendtreff von der Stadthalle in Block V der ehemaligen Pestalozzischule** umzusiedeln. Da bekanntlich im August mit dem Umbau und der Sanierung der Stadthalle begonnen werden soll, stand diese Entscheidung jetzt an.

Allen Grund zum Feiern hatte das Team des **Kinderhauses „Rosa Raupe“**. Das Parlament hatte für den An- und Umbau des ehemaligen Teils der Pestalozzischule (Block V) mehrheitlich mit 28:11 „grünes Licht“ gegeben – lediglich die SPD und zwei CDU-Stadtverordnete stimmten dagegen.

Aus den früheren Klassenräumen wird schon bald der zweite, integrative Kindergarten der Stadt. Träger ist der Verein zur Förderung selbstverwalteter Kindergruppen. Die „Rosa Raupe“ wird dort in vier Gruppen 18 bis 20 Plätze anbieten. Architekten ermittelten Gesamtkosten von 2,75 Millionen Mark und im Vorfeld wurde darauf hingewiesen, dass der Landeszuschuss von 600.000 Mark bereits genehmigt sei und die Stadt maximal 1,5 Millionen bereitstellen müsse.

Ungeklärt ist immer noch, wo die Vereine, die derzeit die ehemaligen Schulräume nutzen, unterkommen. Bürgermeister Thomas Horn versicherte: „Kein Verein bleibt auf der Straße sitzen“, Die Opposition forderte ein Raumkonzept.

Im Parlament hatte Wolfgang Meyer (FPD) darauf hingewiesen, dass jedes Kind zwischen drei und sechs Jahren ab 1. August 1996 einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz habe. Da man die Gruppenstärke nicht erhöhen könne, müsse man Um- oder Neubauen. Da ein Neubau in den Sindlinger Wiesen in absehbarer Zeit wohl nicht genehmigt würde, der Umbau in der Pestalozzischule zudem 400.000 Mark billiger sei und dort die Küche für die Betreute Grundschule mitgenutzt werden könne, sprach er sich für den Um- und Ausbau der Schule als Kindergarten aus. Nachteil wäre, für die Vereine müsse eine neue Unterkunft gefunden werden.

Bürgermeister Thomas Horn machte keinen Hehl daraus, dass ihm ein Neubau lieber gewesen wäre, aber die schnelle Schaffung von weiteren Kindergartenplätzen habe Priorität. Und so habe auch der Magistrat entschieden. Er wies darauf hin, dass noch in diesem Jahr mit dem Umbau begonnen werden könne. Der Kindergarten in Massivbauweise stehe dann im nächsten Jahr.

Ein klares **Votum für den Bestand der Staufenschule** in Fischbach gab es in der heutigen Sitzung. Ohne Aussprache - es war schon nach 23 Uhr - sprachen sich die Parlamentarier mit Nachdruck für den Erhalt der Schule in ihrer bisherigen Form als additive Gesamtschule mit Förderstufe aus.

Entsprechend dem UKW-Antrag wurden der Main-Taunus-Kreis als Schulträger und der Kultusminister aufgefordert, umgehend eine klare Entscheidung für den Fortbestand der Schule in ihrer bisherigen Organisationsform zu treffen.

Ausgelöst durch die Diskussion im Kultur- und Sportausschuss des Kreises entschieden sich nun auch alle vier Gremien der Staufenschule einstimmig für die Beibehaltung der jetzigen Form. Die Lehrer hatten in zwei Konferenzen eine Resolution vorgelegt, die sich strikt gegen eine Veränderung der Organisationsform wandte und von Elternbeirat und Schülervertretung unterstützt werde. Direktor Alexander Willich betonte, dass die Schule seit 20 Jahren in allen Bereichen erfolgreiche, pädagogische Arbeit geleistet habe.

Dies zeige sich durch steigende Schülerzahlen, die besondere Förderung der Schüler (Förderstufe), die hohe Anzahl der qualifizierten Abschlüsse im Haupt- und Realschulzweig, die problemlosen Übergänge an weiterführende Schulen, die hervorragenden Ergebnisse der Schüler des Gymnasialzweiges in der gymnasialen Oberstufe und in beruflichen Gymnasien. Die Schule könne nachweisen, dass durch zusätzliche Förderstufen für schwache und gute Schüler oft eine größere Anzahl von Kindern in einen höheren Zweig der Klasse 7 eingeschult werden könne, als Grundschulen allgemein vorsehen.

Die Schule im Grünen Weg werde von weiten Kreisen der Eltern befürwortet und müsse als alternatives und wohnortnahes Bildungsangebot erhalten bleiben. Auch fürs kommende Schuljahr hätten Eltern aus allen Stadtteilen Kelkheims, Liederbach, Schloßborn und Schneidhain ihre Kinder angemeldet. Die Schulkonferenz als oberstes Gremium der Staufenschule forderte den Kreis auf, in allernächster Zeit eine klare Garantie zu geben, dass die Schule wie bisher weiterarbeiten kann. Zugleich will sich das Kollegium verstärkt mit der pädagogischen und organisatorischen Weiterentwicklung und Profilbildung der Schule auseinandersetzen.

04.07.1995: Mit dem heutigen Tag hat der CDU-Stadtverordnete Peter Herr, Zeilsheimer Straße, sein Mandat niedergelegt, für ihn rückt jetzt Thomas Piecha, Wilhelmstraße, in das Stadtparlament nach.

Nach über 5jähriger Planung und Bauzeit wurde jetzt die neue Mehrzweckhalle der SG Kelkheim auf dem Sportplatz Im Stückes ihrer Bestimmung übergeben.

Über 41.000 Mark kamen beim dritten Sommerfest der „Grünen Flaschen“ aus Münster zusammen. Die Veranstaltung wird alle zwei Jahre zugunsten krebskranker Kinder durchgeführt.

06.07.1995: Neuer Vorstoß in Sachen Hallenbad. Einen überraschenden „Denkanstoß“ hatte der Antrittsbesuch von Bürgermeister Thomas Horn bei seinem Hofheimer Amtskollegen Rolf Felix zum Ergebnis: Beide plädieren dafür, dass die Kreisstadt Hofheim, Kelkheim und Kriftel einen Zweckverband Bäderwesen bilden. Der solle die Freibäder in Kelkheim und Kriftel betreiben und ein neues Hallenbad in Hofheim bauen - an neuem Standort. Kelkheims Hallenbad würde abgerissen.

Wenn direkt gewählte Bürgermeister schon nicht mehr Rechte bekommen, dann müssen sie wenigstens das Recht haben, verstärkt nachzudenken. Mit diesen Worten rechtfertigte Bürgermeister Thomas Horn gestern am Ende seines Antrittsbesuchs beim Hofheimer Rathauschef Rolf Felix (CDU) seinen überraschenden Vorstoß in Sachen Schwimmbad. Zwar sei die Planung in Kelkheim nach zwei Jahren intensiver Verhandlungen schon sehr weit fortgeschritten, aber solange noch keine Verträge unter Dach und Fach sind, ist eben noch ein Spielraum drin so Horn.

Was die Bürgermeister während ihres Gesprächs ausheckten, hat Felix zufolge nur Vorteile. Ein ganz neues Hallenbad an neuer Stelle könne, werde es von einem Zweckverband gebaut und betrieben, viel mehr bieten als ein Bad, das Hofheim allein zu finanzieren habe. Und wenn Kelkheim kein eigenes Hallenbad mehr habe, nehmen wir uns auch nicht gegenseitig die Besucher weg. Ein Zweckverband Bäderwesen mit zwei Freibädern in Kelkheim und Kriftel und einem neuen Hallenbad in Hofheim sei wirtschaftlicher, da das Defizit auf mehrere Teilschultern verteilt werde. Auch könne der Neubau attraktiver ausfallen.

Felix verwies auf seinen parlamentarischen Auftrag, mit den Amtskollegen zu verhandeln. Er kündigte an, bald auch mit Kriftels Bürgermeister Paul Dünste (CDU) zu sprechen. Zwar plagen die Obstbaugemeinde keine Hallenbad-Probleme, weil es dort nur ein Freibad gibt, „aber über die Schulen partizipiert auch Kriftel am Hofheimer Hallenbad“. Und wenn die Kreisstadt das nicht mehr bezahlen könne und es dicht gemacht werden müsse, „dann findet Schulschwimmen auch für Kriftel nicht mehr statt“, sagte Felix. An einen Bäder-Pendelbus denkt Felix schon und sieht auch eine Lösung aller Personalprobleme bei einem Verband, der drei Bäder unterhalte.

Architektonisch habe der Abriss des Hallenbades am alten Standort für Hofheim ohnehin nur Vorteile, sei es doch kein Schmuckstück. Und für das Areal hat er bereits eine Idee: Anders als die CDU-Fraktion, die eine Ladengalerie vorschlug, wünscht Felix sich „endlich ein vernünftiges Hotel in zentraler Lage“. Wohin in Hofheim das neue Hallenbad gebaut werden könnte, dazu mochte Felix nichts sagen.

Für seinen Kollegen Horn, nicht minder angetan von der Verbandsidee, „geht es **aber nicht darum, eine zweite Taunus-Therme** zu bauen“, sondern vielmehr ein attraktives Familienbad mit regionalem Charakter. Und das Kelkheimer Freibad, so nannte Horn weitere Vorteile im Schwimmbad-Schulterchluss der Kommunen, könne attraktiver gestaltet werden.

Wie Horn Mehrheiten dafür gewinnen will, dass Kelkheim kein eigenes Hallenbad mehr hätte, sagte er nicht. Er kündigte an, allen Fraktionschefs zu schreiben und sie vom Ergebnis des Gesprächs mit Felix zu unterrichten. Immerhin wurde Kelkheims Magistrat beauftragt, die schon sehr weit fortgeschrittene Planung mit Neubau einer Sauna und einer Seniorenresidenz auf der Liegewiese voranzutreiben.

Horn: „Wir haben schon zehn Minuten vor zwölf, was die Verträge anbelangt.“ Knackpunkt bleibe der Lärm. Schließlich tummeln sich an heißen Tagen bis zu 4.000 Menschen auf der Liegewiese, ein Lärmgutachten soll klären, welche Folgen das für die Bewohner der Seniorenresidenz hätte. angenommen, wir kämen beim Lärmschutz nicht weiter“, sagte Horn, „dann können wir nicht weitere Jahre überlegen, was sinnvoll wäre,

sondern müssen handeln." Und ohne alternative Lösungen käme ein Jahrhundertprojekt wie das Schwimmbad da nicht aus.

Kein Aufschrei der Empörung, vielmehr Erstaunen und Verwunderung. Die Reaktionen auf den Vorschlag, das Kelkheimer Hallenbad abzureißen, mit Hofheim einen Bäderverband zu gründen und ein neues Hallenbad in Hofheim zu nützen sind, verhalten.

Den Vorsitzenden des mehr als 700 Mitglieder starken Kelkheimer Schwimmclubs (KSC), Wolfgang Gerschler, schockiert die Nachricht einen Tag vor seinem Urlaub nicht: „Ich kann dazu erst mal gar nichts sagen.“ Allzu glücklich dürften indes weder er noch die Mitglieder der Deutschen-Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) sein, die bislang vehement für den Erhalt des Kelkheimer Sportbads gestritten haben.

DLRG und KSC waren neben anderen Organisationen auch im Aktionsbündnis vertreten, das ein Bürgerbegehren forderte, nachdem Pläne bekannt geworden waren, dass der Investor Copla auf einem Teil der Liegewiese des Freibads eine Seniorenresidenz bauen will. „Spaß statt Sport“ hatte Copla als neue Devise für das Hallenbad ausgegeben.

Hans Valentin, Ex-Vorsitzender der DLRG, hält nicht viel vom Verband. „Wer kein Auto hat, ist aufgeschmissen. Wer jetzt vom Bäderebus spricht, stellt ihn später wegen der hohen Kosten wieder ein.“

Einzig Manfred Guder, für die Naturschutzverbände im Aktionsbündnis, reagiert freudig: „Der Verband wäre die kostengünstigste und die platzsparendste Lösung.“ Guder ist aus naturschutzrechtlichen Gründen die Seniorenwohnanlage am Waldrand ein Dorn im Auge. „Dort würde eine Splittersiedlung entstehen.“

Für Bürgermeister Thomas Horn gilt nach wie vor der Auftrag der Stadtverordneten, mit Copla weiter zu verhandeln. Am Montag wurde ein Lärmschutzgutachten beschlossen, das klären soll, wie viel Lärm vom Freibad ausgeht. „Nicht, dass wir später Klagen von den Bewohnern des Seniorenheims bekommen“, sagt Horn.

Viel wichtiger sei indes die Frage, ob am Wald überhaupt gebaut werden darf. Antworten erhofft sich Horn in der kommenden Woche in einem Gespräch mit Vertretern des Regierungspräsidiums und des Kreisbauamts. Sollte es kein Baurecht geben, dann wird der Bäderverband mit Hofheim realistisch. Erste Priorität genieße nach wie vor Copla, die Hofheimer Idee sei eine Feuerwehrlösung für den Fall der Fälle.

Silvia Legatis von der UKW wertet es als gutes Zeichen, dass sich die beiden Städte endlich ausgetauscht haben. „Das war immer unsere Forderung.“ Die UKW könnte mit einem Hofheimer Hallenbad leben, wenn es einen vernünftigen Pendelverkehr dafür gibt. Und auch CDU-Fraktionschef Wolfgang Männer hält die Verband-Idee „nicht für abwegig“. Erste Priorität hätten aber die Copla-Lösung und ein eigenes Hallenbad. Männer: „Thomas Horn wird die Aufgabe erfüllen müssen, mit Copla zu verhandeln.“

Alte Argumente gegen neue B 8-Pläne. Die Hütten sind weg, Schlaghosen nicht mehr „in“, aber die Argumente sind immer noch die gleichen. Die ehemaligen Dammbesetzer und B-8-Gegner trafen sich nach 16 Jahren an „historischer Stätte“ wieder, um ihrem aktuellen Protest gegen die B8-Initiativen aus Königstein und Kelkheim Ausdruck zu verleihen.

Ebenfalls anwesend waren die Anti-B-8-Politiker Veronika Winterstein und Hildegard Klär von der SPD-Landtagsfraktion sowie Frank Kaufmann von den Grünen. Außerdem zahlreiche Vertreter der Umweltverbände und der umliegenden Gemeinden.

„Weißt Du noch, da war die Feuerstelle“ - ein wenig Nostalgie schwingt in der Stimme von Albrecht Kündiger mit, der vom 5. Mai 1979 bis zum 12. Mai 1981 im Hüttendorf ausgeharrt hat: „Doch wir müssen in die Zukunft schauen.“ Wie die aussehen soll? Veronika Winterstein: „Auf jeden Fall ohne B 8!“ Da weder Land noch Bund die Mittel dafür hätten, sei die vierspurige Taunusautobahn eh in weiter Ferne. Da sind sich die Gegner nach wie vor ziemlich sicher.

Die Idee der Bürgermeister von Königstein und Kelkheim, die Planung über die Gemeinde zu finanzieren, hält die SPD-Politikerin „bei deren schlechter finanzieller Situation“ für „sehr gewagt“. „Heilfroh“ über das Treffen zeigte sich Hildegard Klär. Die Landtagsabgeordnete will weiterhin Flagge zeigen: „Sonst meinen die Befürworter, sie könnten hier den Durchmarsch machen.“ Deutliche Worte auch von Frank Kaufmann, dem verkehrspolitischen Sprecher der Grünen: „Die raumplanerischen Voraussetzungen sind einfach nicht gegeben.“

Um die ökologischen Aspekte des Ausbaus ging es Manfred Guth vom BUND. „Es kann nicht angehen, dass ein Kleeblatt von Anbindungsstraßen den letzten Kartoffelacker ruiniert“, so seine Meinung. Nur um täglich eine halbe Stunde zu sparen, könne man nicht die Quellgebiete gefährden, aus denen Glashütten seine Wasserversorgung bezieht. Dieses Stichwort nutzte Glashütten Gemeindevorstandsmitglied Rüdiger Rattay, um sich zu äußern: „Wir fühlen uns von den Vorstößen Kelkheims und Königsteins bedroht. Wenn es nach denen ginge, würde die B 8, genau durch unsere Ortsmitte führen.“

Nur kurz zu Wort kam Bürgermeister Thomas Horn. Als einer von zwei anwesenden B-8-Befürwortern verwies er auf Staus, lärmgeplagte Anwohner und überlastete Straßen. „Die Kinder sind wichtiger als die Neuntöter“ kontert er Hinweise auf die bedrohte Vogelart.

13.07.1995 Die Bauarbeiten beim **Umbau des Bahnhofs Münster** zu einem Kulturtreff gehen zügig voran. Im Herbst soll der 1,25 Millionen Mark teure Umbau fertig sein.

14.07.1995 Kelkheimer Sozialstation jetzt unter einem Dach. Seit kurzem ist die Sozialstation mit ihren drei Teilstationen (DRK, evangelische- und katholische Kirche) in die Frankfurter Straße 7 gezogen. „Hier wurden rund 250 Quadratmeter für 4.000 Mark angemietet. Alles ist frisch renoviert - neue Tapeten, neuer Bodenbelag“, erklärte Walter Jacob, Leiter des Kuratoriums.

Jede Teilstation hat ihr eigenes Büro im ersten Stock. Nur beim DRK fehlen noch einige Möbel, ebenso wie im großen Sitzungs- und Aufenthaltsraum und in der Geschäftsstelle im Erdgeschoss. Doch die Tische, Stühle und Schränke sind bestellt.

Es gibt ein Bad, eine Teeküche und im Keller eine Waschküche - dort werden die Betten, die man ausleihen kann, desinfiziert. Lagermöglichkeiten gibt es unterm Dach und in der großzügigen Garage. Und als Bonbon befinden sich in einigen Fenstern bleiverglaste Motive.

Für die 25 ausgebildeten Krankenschwestern, Altenpflegerinnen und Hauswirtschafterinnen, ist die Station jetzt zentrale Anlaufstelle. Von hier aus machen sie sich auf den Weg zu den 250 Alten, Kranken und Behinderten, die in der Möbelstadt und den Stadtteilen ambulant zu Hause betreut werden.

Da werden Verbände gewechselt und Spritzen gegeben; der Blutdruck wird kontrolliert und die von Ärzten verordneten Behandlungen fehlen nicht. Auch die sogenannte Grundpflege (Waschen, Betten, Lagern) wird angeboten. Zudem gehen die Helfer einkaufen, sie kochen, putzen die Wohnung oder fahren die Kranken zum Arzt.

27.07.1995: Erster Stadtrat a.D. Karlheinz Klug ist tot. Der ehemalige Erste Stadtrat, der vor acht Jahren pensioniert wurde, erlag auf dem Weg von Frankfurt nach Kelkheim einem Herzinfarkt. Der 65jährige soll einen Freund besucht, sich dann mit seinem Pkw auf den Heimweg begeben haben und unterwegs auf einen Lkw aufgefahren sein. Seinen Wagen habe er noch verlassen können. Doch dann kam jede Hilfe zu spät. Vermisst haben ihn am Abend Nachbarn, die ihn zur Gartenparty eingeladen hatten.

Seine Ausbildung begann er am 1. November 1945 im Kelkheimer Rathaus. Er stieg auf, wurde im Juli 1961 Beamter auf Lebenszeit und 1963 Amtmann. Als 27 Jahre alter Stadtsekretär übernahm Klug 1957 die Finanzverwaltung der Stadt. Sein Gehalt: 600 Mark. Hauptamtlicher Stadtrat wurde er 1971; Erster Stadtrat 1973. Bürgermeister war damals Wilhelm Stephan.

Der CDU-Mann Klug, der mit dem Bundesverdienstkreuz und der Heinrich-von-Gagernplakette in Gold ausgezeichnet wurde, war ein Mann, auf dessen Wort man sich verlassen konnte, er war ein sachkundiger Ansprechpartner für Vereine und ein Mann, der unter Bürgermeister Dr. Winfried Stephan oft die finanzielle Handbremse gezogen hat.

Vor acht Jahren nahm er aus gesundheitlichen Gründen seinen Hut. Sein Nachfolger wurde der heutige Erster Stadtrat Hans-Dieter Schirmmacher. Klug hinterlässt zwei Söhne: Hans-Josef ist Industriekaufmann, Eberhard arbeitet als Rechtsanwalt.

Die Stadt Kelkheim wird dem Ersten Stadtrat a.D. Karlheinz Klug immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

29.07.1995: Mit einem Fliegertreffen auf ihrem „Flugplatz“ in Münster feierte der Kelkheimer Luftsport-Club (Modellflugzeuge) sein 20jähriges Jubiläum.

30.07.1995 Country- und Western-Weekend: Feierlich wurde das Festival auf dem Festplatz Stückes eröffnet. Eine Parade zog durch den riesengroßen Biergarten – Bänke und Tisch für 3.000 Menschen standen bereit.

02.08.1995: Rathausfassade. 23 Jahre nach ihrem Bau wird die Fassade des Rathauses zur Bedrohung für Passanten. Die Kristallstruktur der Natursteinplatten löst sich auf, sie beginnen zu bröseln und drohen aus ihrer Verankerung zu brechen. Kein Wunder, dass der Magistrat seit längerem diskutiert, wie er des Problems Herr werden soll. Fachleute fordern in einem Gutachten die Totalsanierung der Fassade.

In den kommenden Wochen will der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung einen konkreten Vorschlag auf den Tisch legen. Zur Wahl steht entweder das Verputzen der Fassade oder aber eine Verschalung der Außenwände mit Keramikplatten (teilweise mit Solarzellen). Diese Lösung wäre mit Kosten von rund 1,7 Millionen Mark zwar die erheblich teurere; die aufwendige Unterhaltung der Putzfassade hätte jedoch eine Angleichung der Gesamtkosten im Laufe der Jahrzehnte zur Folge, wie Bürgermeister Thomas Horn gestern vorrechnete.

Die Unterschiede zwischen den beiden Alternativen sind aber nicht nur finanzieller Natur. Die Fassade zu verputzen, würde dem Rathaus ein neues Aussehen geben, argumentiert Horn, der wie der Magistrat zu einer Verschalung der Rathausfassade mit Keramikplatten tendiert. Außerdem denkt der Verwaltungschef an den Einbau von Solarzellen in die Südfassade, um einen Teil des benötigten Stroms im Verwaltungsgebäude zu produzieren.

05.08.1995: Abschied von Karlheinz Klug. Karlheinz Klug ist tot - gestern nahmen die Familie, Freunde und politische Weggefährten Abschied. Über 200 Trauergäste waren zur feierlichen Beisetzung auf dem Hauptfriedhof gekommen.

„Dass Kelkheim so liebenswert ist, ist mit sein Verdienst“, würdigte Bürgermeister Thomas Horn den Verstorbenen. Es sei unfassbar, dass der „Münsterer Bub“ Karlheinz Klug so plötzlich aus dem Leben gerissen worden sei. Über 40 Jahre lang habe er sich für die Stadt aufgegeben. Besonders die Sozialstation habe ihm am Herzen gelegen, sagte Bürgermeister Horn.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Klaus Fischer sprach wohl allen Parlamentariern aus dem Herzen, als er betonte, dass Karlheinz Klug den Menschen in Kelkheim fehlen werde. Auch Vertreter von CDU, SPD, FDP und die Feuerwehr erinnerten an eine der großen Kelkheimer Persönlichkeiten. Karlheinz Klug sei ein Mensch gewesen, der immer offen und gradlinig gewesen war, sich nie habe verbiegen lassen. Ein Vorbild an Zuverlässigkeit und Solidität.

Feuerwehr – Drehleiter. Seit Jahren kämpft er für eine Drehleiter, der ehemalige Stadtbrandinspektor Wilhelm Hoppe. Da die Stadt das „gute Stück“ immer noch nicht angeschafft hat, der Brandschutz für die Bewohner in rund 60 Gebäuden in Münster, am Berliner Ring, in der Neuen Stadtmitte, in der Altkönig- und Parkstraße seiner Meinung nicht gewährleistet sei, hat er eine Dienstaufsichtsbeschwerde bei Landrat Jochen Riebel gegen den Magistrat der Stadt Kelkheim eingereicht. Und damit auch der Innenminister darüber Bescheid weiß, hat auch er eine Kopie des Schreibens erhalten.

Hoppe erinnerte daran, dass bereits im Januar 1981 der Wehrführerausschuss einstimmig dafür plädierte, so bald als möglich eine Drehleiter anzuschaffen. Begründung: Ein schneller Rettungseinsatz sei nur durch ein, in Kelkheim stationiertes, „Hubrettungsfahrzeug“ möglich. Im Mai des gleichen Jahres habe es eine Übereinkunft mit dem damaligen und erst vor kurzem verstorbenen Ersten Stadtrat Karl Heinz Klug gegeben. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre sollte das Fahrzeug angeschafft werden.

1989 kam dann der Rückschlag. Das Stadtparlament lehnte erstmals ab. 1991 war das Thema wieder auf der Tagesordnung im Parlament. Damals, so Hoppe, wurde beschlossen, die Drehleiter 1994/95 zu kaufen. Auch die Zuschussanträge bei Kreis und Land wurden gestellt. Doch nach der Kommunalwahl 1993, so Hoppe, beschlossen CDU, FDP und FWG den Beschluss von 1991 auf 1997 zu vertagen, um dann erneut zu beraten. 600 000 Mark - bereits im Vermögenshaushalt eingeplant - wurden gestrichen. Und auch der Zuschuss des Innenministers wurde nicht in Anspruch genommen.

Der ehemalige Stadtbrandchef war sauer: „Alle bis dahin erzielten Einigungen wurden über Bord geworfen. Die Freien Wähler tragen die Verantwortung, denn bis die FWG als Regierungspartei in Kelkheim auftrat, waren alle anderen Parteien zuverlässige Partner im Brandschutz“.

Im Dezember 1994 gab es wieder einen Hoffnungsschimmer: Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss im 95er Etat 225.000 Mark zur Finanzierung der Anzahlung sicherzustellen und für 1996 eine „Ermächtigungsverfügung“ einzuplanen. Doch aus der Traum: Wenige Tage später stimmte das Parlament einem CDU-Antrag zu, wonach der Beschluss des Ausschusses abgelehnt wurde. Da war für Hoppe das Maß voll: Drei Monate später schickte er die Aufsichtsbeschwerde ab.

Seine Meinung: Brandschutz ist Pflichtaufgabe der Stadt. Das müsse Vorrang haben, vor allen anderen Wünschen. Dass die Stadt kein Geld habe, das will Hoppe nicht glauben. Immerhin sei die Einkommenssteuer in diesem Jahr auf 28 Millionen Mark geklettert. Und das Argument, die Wehren aus Bad Soden oder Hofheim könnten ihre Drehleitern schicken, ziehe auch nicht. So haben beide Städte bestätigt, dass es keinen Einsatzfall gegeben habe, wo die Kelkheimer nicht zuerst an Ort und Stelle waren.

Hoppe erklärte, dass die Bürger einen Rechtsanspruch auf Sicherheit haben. Zudem pocht er auf die Hessische Bauordnung. Hier steht, dass Gebäude mit mehr als fünf Geschossen nur errichtet werden dürfen, wenn für sie die erforderlichen Feuerlösch- und Rettungsgeräte bereitgestellt werden können.

Der Ex-Stadtbrandchef hofft nun auf eine bessere Zusammenarbeit mit dem neuen Bürgermeister in punkto Drehleiter.

Wer länger nicht in der Stadt war, staunt bestimmt nicht schlecht. **Es wurde viel gebaut in Kelkheim.** Beispielsweise entstanden in der Hornauer Straße 37 vier Häuser mit zwei schmucken Läden + einem Büro und 48 Eigentumswohnungen.

In der oberen Parkstraße, zwischen Hügelstraße und Taunushöhe wurden mehrere Häuser gebaut: 14 Wohnungen, teilweise Sozialwohnungen, entstanden hier.

Wer vom Großen Haingraben auf den neuen Gebäudekomplex an der Frankfurter Straße 1 blickt, der fühlt sich in eine Großstadt versetzt. Große Schaufensterfronten für die vier Läden und ein Glasdach fürs Restaurant bestimmen das Bild. Es entstehen 18 Mietwohnungen und ein Büro. Einige Läden sind bereits bezogen.

Viel gebaut wurde auch in der Straße „Am Waldeck“ in Münster. Dort wo einmal Gewächshäuser standen, sind heute vier schicke Mehrfamilienhäuser mit hellblau gedeckten Dächern zu bewundern. Entstanden sind 36 Eigentumswohnungen.

Bürgermeister Horn will sich in den Beratungen im Parlament dafür einsetzen, dass die Feuerwehr in zweieinhalb Jahren eine eigene **Drehleiter** bekommt. Im Entwurf des Haushaltsplanes für das nächste Jahr sei bereits eine Verpflichtungsermächtigung für die Anschaffung einer Drehleiter vorgesehen. Falls die Stadtverordneten dem Projekt zustimmen sollten, könnte das Fahrzeug 1998 an die Wehrleute übergeben

werden. Die Kosten: 750.000 Mark bis eine Million Mark, je nach Länge der Leiter. Mit etwa 20.000 Mark Unterhaltungskosten pro Jahr rechnet Horn.

„Die Drehleiter ist nach der neuen Bauordnung unverzichtbarer Bestandteil des städtischen Brandschutzes“ betonte Horn, der an eine parlamentarische Mehrheit für die Leiter glaubt.

Frau **Ines Flemming** ist die **neue Pfarrerin** in der evangelischen **St. Paulusgemeinde**. Sie teilt sich die Stelle mit Pfarrer Dr. Gerd Petzke.

26.-28.08.1995: Stadtfest. Die Kelkheimer haben ihr Stadtfest in diesem Jahr am ersten Tag in drei Etappen gefeiert und damit jedem etwas geboten. Trödler und Stöberer waren beim ökumenischen Flohmarkt gut aufgehoben. Sportler und Frankreichfreunde fühlten sich beim Bouleturnier wohl. Und die Jugend hat man auch nicht vergessen. Sie war bei der Beachparty völlig aus dem Häuschen.

Akt eins des Festes hat schon ein paar Tausend Leute angelockt. Vor dem Kelkheimer Rathaus boten zum 22. Mal die fünf katholischen und drei evangelischen Kirchengemeinden der Stadt Gebrauchtes, Nippes, Altes und vor allen Dingen Billiges an. Rund 400 ehrenamtliche Helfer, darunter auch der Malteser Hilfsdienst, das DRK, die Lebenshilfe und die Tanzsportfreunde boten an unzähligen Tischen feil, was die Mitglieder der Kirchengemeinden im Laufe des Jahres für ihren ökumenischen Flohmarkt gesammelt hatten. Die Waren waren bis zum Flohmarkttermin in etlichen Kelkheimer Kellern gelagert worden.

25.000 Mark sind im vergangenen Jahr bei dem Flohmarkt zusammen gekommen. Auf so eine hohe Summe hoffen die Veranstalter auch in diesem Jahr, denn der Erlös kommt sozialen Zwecken zugute, davon zur Hälfte dem Förderverein der Sozialstation.

Mit dem Stadtfest hat Kelkheim auch endlich einen Bouleplatz bekommen. Vor der alten Schule Hornau, am Rande des Parkplatzes, hat die Stadt ein Stückchen abgetrennt und beispielbar hergerichtet. Bislang war auf dem Gelände geparkt worden. Eine Weile lag auch ein Haufen Bauschutt darauf. Zur Einweihung spielten die Kelkheimer mit ihren Gästen aus den Partnerstädten Saint Föns und High Wycombe eine Partie. Wer Lust auf das Spiel bekommen, hat, kann sich der regelmäßigen Spielgruppe anschließen. Bis zum Ende der Sommerzeit spielt sie an jedem Donnerstag ab 19 Uhr auf dem Platz.

Abends gönnte die Stadt ihrem Nachwuchs die Party-Time. Mathias Münch und Markus Hertle von HR 3 standen schon nach nur einer halben Stunde Beachparty vor mehr als 2000 Besuchern im Schwimmbad. Die hatten sich mit Decken und dicken Jacken gegen ungemütliche 17 Grad gewappnet. Zwischen Hitparadensongs und Techno-Hits verlost die Moderatoren tolle Preise, die die Kelkheimer Geschäftsleute gestiftet hatten. Auf Baden im Mondschein hatte trotz des verheißungsvollen Titels der Veranstaltung „Beach Party“ bei dem Wetter aber niemand Lust. Dafür war die Tanzfläche vor der Bühne umso voller.

Im zweiten Teil des Kelkheimer Stadtfestes wurde der Rettershof zum Treffpunkt für Künstler des Spaßes aller Art. Gerardo, der Leierkastenspieler aus Hofheim, sang „Fidirullarullarulla“ und von Sabinchen, dem frechen Frauenzimmer, das so ein unrühmliches Ende nahm. Tine und Jule aus Kelkheim jonglierten. Und als die Musik aus der Dose versagte, da waren die „Liederlich Leut“ gleich an ihren altertümlichen Instrumenten und sangen den Besuchern fremde Lieder. „Flüssigen Applaus“ nahmen sie auch, betonten die Musiker und wiesen auf den hölzernen Bierhumpen.

Diesen Fingerzeig hatte Petrus wohl nicht gesehen und schicktet Regen. Trotzdem wurde weitergefeiert. Weit über 1.000 Besucher seien beim Fest der Gaukler und Spielleute gewesen, freuten sich die Veranstalter im Rathaus.

Ganz nebenbei wurde das Gauklertreffen auf dem Rettershof auch noch zum Treffen der Nationen. Jongleur Arthur aus der französischen Partnerstadt Saint-Fons stand ebenso auf der Bühne wie die Familie Thorne mit ihren historischen Instrumenten aus der englischen Partnerstadt High Wycombe. Und während die Kinder am Stand des Kinderhauses Rosa Raupe Hüte aus Stoff und Pappe bastelten, bei der Jugendpflege „Schleuderhexen“ ausprobierten oder den Rettershof für die selbstgemachten Buttons, malten, hatten auch die Eltern Spaß. Da sah man manchen Papa mit Luftballonhut oder rotgeschminkter Nase. Und Mama musste natürlich alles fotografieren.

Das **Lärmschutzgutachten zum geplanten Seniorenheim** auf der Schwimmbadwiese ist da. Es ist offenbar ein umfangreiches und vor allem kompliziertes Schriftstück. „In sehr technokratischer Sprache geschrieben“, verriet Bürgermeister Thomas Horn in der jüngsten Sitzung des Stadtplanungsausschusses. Viel mehr erfuhren die Politiker an diesem Abend nicht über den Inhalt des Gutachtens – es müsse jetzt erst einmal „ausgewertet“ werden, erklärte Horn.

Statt konkrete Zahlen zu nennen, zählte Horn eine Reihe allgemeiner Aspekte auf, die bei der „Nutzungsverträglichkeit“ zwischen Schwimmbad und Seniorenheim berücksichtigt werden müssen: So sei für die zulässigen, Lärmgrenzwerte entscheidend, ob das Gebiet als „allgemeines Wohngebiet“ oder als „reines Wohngebiet“ eingestuft wird. Im Fall der Seniorenwohnanlage am Waldrand müsse man eher von einem „reinen Wohngebiet“ ausgehen.

01.09.1995 Seit Jahren warten die **Fischbacher** auf die versprochene **Sporthalle** an der Staufenschule. Nach der neuesten Prioritätenliste des Kreises soll die Halle aber erst nach dem Jahr 2000 gebaut werden.

Damit wollen sich die Fischbacher nicht mehr einfach abfinden eine neugegründete „Sporthallen-Initiative Fischbach“, will sich jetzt dafür einsetzen, dass das Bauvorhaben noch vor der Jahrtausendwende realisiert wird.

Schon im Jahr 1992 wurden beim Kreis Planungskosten in Höhe von 600.000 Mark in den Haushalt eingestellt, im Jahr darauf eine Million für die erste Baustufe. Nach den ursprünglichen Planungen sollte die Halle in diesem Jahr fertig werden. Doch immer wieder wurde der Bau verschoben, auf der neuesten Liste ist inzwischen gar kein konkretes Jahr mehr angegeben.

08.09.1995: Bürgermeister Horn 100 Tage im Amt. „Es kommt mir so vor, als ob ich das schon wer weiß wie lange mache“, sinniert Bürgermeister Thomas Horn. Heute ist er seit genau 100 Tagen im Amt. Was er in dieser Zeit alles gemacht hat, liest sich tatsächlich so, als wäre er schon wer weiß wie lange im Amt: Bürgersprechstunden hat er eingeführt, Geschwindigkeitsmessungen und eine neue Geschenkregelung für die Verwaltung; dazu Empfänge ausgerichtet, Beach-Party und Gauklerfest organisiert; in Sachen Drehleiter, Schwimmbad, Jugendtreff und Polizeistation Entscheidungen vorbereitet, über das kommunale Abgabengesetz nachgedacht und und und....

Fünf Seiten lang ist die Bilanz - in Stichworten. Thomas Horn hat sich zweifellos mit viel Elan, Zeit und Einsatz in sein Amt gestürzt. Wenn der neue Bürgermeister auch vielen Kelkheimer Bürgern nach diesen 100 Tagen schon gut vertraut ist, so kommt das nicht von ungefähr. Horn hat die im Wahlkampf immer wieder versprochene „Bürgernähe“, das „Dienstleistungs-Rathaus“ umgesetzt: Seine Telefonsprechstunde, in der sich Bürger direkt mit ihrem Anliegen an ihn wenden können, wird rege in Anspruch genommen.

Ob es die fehlenden Bänke auf dem Friedhof sind oder der Lärm vom Musikfestival - der Rathauschef selbst hört sich die Sorgen an, versucht Lösungen zu finden, kontrolliert die Ergebnisse. „Das geht oft mit wenigen Mitteln“; sagt er.

Seine neue Rubrik im wöchentlich erscheinenden Amtsblatt - mit Foto - hat sicher auch gewissen Anteil an der Popularität. Horns Erfahrungen beim Einkaufen, auf Festen oder beim Bier in der Kneipe bestätigen das. „Die Leute kennen mich und kommen auf mich zu, auch junge Leute“, erzählt er. Und darüber freut er sich. „Der Einstieg als Neukelkheimer ist mir sehr leicht gemacht worden“. Aber Politik findet nicht nur im Rathaus und am Kneipentisch statt, sondern vor allem in Gremien, in Ausschüssen und im Parlament.

Dicke Gutachten, stapelweise Protokolle, Beschlüsse, Vorlagen, Informationen. Sich sachkundig zu machen, ist notwendige Voraussetzung, um mitzudiskutieren und selbst Position beziehen zu können. Etwa, dass „bei Bauvorhaben der Stadt künftig anders agiert werden muss“, damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Auch zum „Lärmexperten“ sei er schon fast geworden. Ob Musiklärm, Verkehrslärm oder Schwimmbadlärm, von der Lärmfrage werden immer mehr Entscheidungen beeinflusst.

All das kostet viel Zeit. Der Arbeitstag hat zwölf Stunden, mindestens. Dazu kommen noch die vielen Gremien-Sitzungen, Kommissionen und Ausschüsse. Davon gebe es eher zuviel, stellt Horn schon nach zwei Ausschusssitzungen fest. „Ein weniger wäre mehr. Die Ausschussarbeit könnte gestrafft werden.“

Die Meinungsvielfalt, die die Gruppierungen im Parlament repräsentieren, sieht er nicht nur positiv: „Sieben Parteien und Fraktionen, die im Stadtparlament vertreten sind, erleichtern nicht die Arbeit. Wir müssen aufpassen, dass wir keine Weimarer Verhältnisse bekommen“, warnt er. Andererseits, die Auseinandersetzung mit der Opposition sei auch „interessant und lebendig“. Auch wie es in den Ausschüssen manchmal zugeht, sei problematisch, wenn er an die Besucher denke: „Was die oft für'n Eindruck mitnehmen!“

In einer Hinsicht sind sich die Vertreter der politischen Parteien und Gruppierungen im Parlament einig: Thomas Horn hat sich viel Mühe gegeben und erstaunlich schnell eingearbeitet. Seine Offenheit ist allseits positiv angekommen. „Unsere Erwartungen an ihn haben sich bisher voll erfüllt. Wie er Probleme anpackt und löst, entspricht unserem Wunsch nach offenem Dialog“, lobt CDU-Fraktionschef Wolfgang Männer den Parteifreund.

Ähnlich sehen es die Koalitionsvertreter. Ortwin Kloß (FWG) betont die „sehr gute Informationspolitik“: Die Unterlagen für die Sitzungen seien jetzt immer komplett. Der Arbeitsaufwand, den Horn sich zumutet, sei unübersehbar: „Angesichts dessen, was vor ihm liegt, kann ich ihm nur eine gute Kondition wünschen.“

Willi Poths (FDP) hat ebenfalls positive Veränderungen bemerkt. Horn lasse einen größeren Spielraum zu, „den wir uns vorher immer erkämpfen mussten. Es sind Dinge möglich geworden, die ich gar nicht mehr für möglich hielt“, sagt er.

Einen kritischeren Ton schlägt SPD-Chef Horst Ackermann an. Eine „Tendenz zu gewissen Eigenmächtigkeiten“ sei zu erkennen, die an den Vorgänger erinnere. Auch sehe er den Versuch des Bürgermeisters, „auf vielen Hochzeiten zu tanzen“, er solle sich künftig vielleicht mehr auf das Wesentliche konzentrieren. Und einen Tipp zur Verkürzung der Ausschusssitzungen hat Ackermann parat: Horns Berichte müssten von ihm nicht „in epischer Länge“ vorgetragen werden, sondern könnten auch schriftlich erfolgen.

Die UKW konstatiert: „Noch einige Anfängerschwierigkeiten, aber er bemüht sich.“ In Zukunft könne das ja besser werden. Aber dank seiner Offenheit, sei die Arbeit in den Gremien besser geworden, stellt Wolfgang Coy fest. Ähnlich Rainer Tisch (Kelkheimer Forum): „Es gibt keine Tabus mehr und man kann jetzt seine

Meinung sagen, ohne dass sofort die Stimmung umschlägt." Horn versuche sich eher in der Rolle des Solisten als des Dirigenten.

09.09.1995: Grünes Licht für Golfplatz. Die Regionale Planungsversammlung beim Regierungspräsidenten in Darmstadt gab gestern grünes Licht für den geplanten Golfplatz am Rettershof. Der Haupt- und Planungsausschuss genehmigte die Abweichung vom Raumordnungsplan, der bisher dem umstrittenen Projekt entgegenstand. Laut Landratskandidat Albrecht Kündiger hätten die Grünen vergeblich versucht, den endgültigen Beschluss zu verhindern, seien jedoch am gemeinsamen Votum von CDU und SPD gescheitert.

Lärmgutachten Schwimmbad. Das mit dem Namen der Berliner Copla-Gruppe verbundene Konzept zur Modernisierung des Hallen- und Freibades kann ohne gravierende Änderungen nicht verwirklicht werden. Diesen Schluss hat Bürgermeister Thomas Horn aus einem Lärmschutzgutachten gezogen, das der TÜV Hessen im Auftrag der Stadt vorgelegt hat.

Um die geplante, viergeschossige Seniorenwohnanlage angemessen gegen den Krach abzuschotten, der von einem gutbesuchten Freibad an Sommertagen ausgehe, reiche noch nicht einmal eine 13 Meter hohe Schallschutzwand aus.

Der Gutachter hatte fünf „Immissionsorte“ über dem Grundstück untersucht, das für den Bau der Wohnanlage vorgesehen ist. Die Punkte lagen in Höhen zwischen 8,50 und 14 Metern. Die ermittelten Schallwerte, die einen halben Meter vor einem geöffneten Fenster spürbar wären, lagen zwischen 58 und 60 Dezibel und damit deutlich höher als die zulässigen Werte für Wohngebiete (zwischen 45 und 50 Dezibel). Eine Reduzierung sei nur mit einer Lärmschutzwand zu erreichen, die unangemessen hoch sein müsste.

Horn schlug deshalb vor, die Pläne für die Bebauung zu ändern. Der Trakt für den Schwimmbad- und Saunaneubau solle so auf das Grundstück gestellt werden, dass das Gebäude die dahinter liegende Wohnanlage vom Lärm der Schwimmbadbesucher abschirme, sagte Horn. Die Seniorenresidenz könne aber bei dieser Lösung auf keinen Fall viergeschossig gebaut werden. Die Zahl von 240 geplanten Wohnungen müsse reduziert werden. Er habe dem Investor das Schallschutzgutachten zugesandt und ihn um eine Stellungnahme gebeten. Horn ließ durchblicken, dass sich der Vertreter der Copla-Gruppe bislang nicht ausreichend um die Fragen des Immissionsschutzes gekümmert habe. Der Bürgermeister erinnerte daran, dass sich die Stadt noch nicht endgültig auf ein Sanierungskonzept für das Schwimmbad festgelegt habe.

10.09.1995: „Kelkheimer Modell“ rechtswidrig. Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Frankfurt muss die Stadt Kelkheim zwei Bauherren (Herr und Weinert) insgesamt rund 45.000 Mark zurückzahlen. Die Summe war - wie in ungezählt vielen Fällen in den vergangenen zwei Jahrzehnten - als zusätzlicher Beitrag zu den Kanal- und Wasserabgaben verlangt worden, als auf dem seit langem erschlossenen Grundstück mehrere neue Wohneinheiten gebaut wurden.

Der Spruch des Verwaltungsgerichts eröffnet nach Aussage des Rechtsanwalts der beiden Kläger, Rafael Wiegelmann, auch anderen Bauherren die Möglichkeit, bereits bezahlte Beiträge zurückzufordern.

Bürgermeister Thomas Horn will sich über die Konsequenzen aus der Entscheidung erst äußern, wenn die schriftliche Urteilsbegründung vorliegt. Horn hatte kurz vor der Entscheidung des Verwaltungsgerichts eine gesetzliche Regelung gefordert, die die in Kelkheim übliche Praxis besser absichere.

Die Einnahmen aus den Beiträgen seien zweckgebunden für den Kanalbau verwandt worden, sagte Horn. Ein Verzicht werde zu einer Erhöhung der Gebühren für alle Haushalte führen. Die Kosten für den Vorteil der Grundstücksbesitzer würden dann - „sozialisiert“, meinte der Bürgermeister.

Der Rechtsanwalt der Kläger warf der Stadtverwaltung vor, sie habe an einer rechtswidrigen Praxis festgehalten, obwohl seit 1976 eine höchstrichterliche Entscheidung vorliege. Der Verwaltungsgerichtshof in Kassel habe erklärt, dass eine höhere bauliche Ausnutzung eines Grundstückes nicht ausreiche, um ein zweites Mal Beiträge für das Kanal- und Wassernetz zu begründen. Um solche Nachforderungen zu rechtfertigen, müssten mindestens 50 Prozent des Leitungsnetzes verändert worden sein, sagte Wiegelmann.

Wenn Horn erkläre, die Wassergebühren stiegen wegen der zusätzlichen Nutzer, verkenne er die Systematik der kommunalen Abgabenordnung, meinte der Rechtsanwalt. Nicht die Bauherren hätten, wie der Bürgermeister angedeutet habe, eine Lücke im Gesetz entdeckt, um Kosten abzuwälzen. Die Verwaltung habe über zwei Jahrzehnte die gewachsene Rechtsprechung ignoriert, äußerte Wiegelmann. In anderen Kommunen sei diese Praxis längst eingestellt worden.

Er habe schon 1992 erfolgreich einen Kläger gegen die Stadt Hofheim vertreten. Für etwa zehn andere Mandanten habe er dort außergerichtlich eine Rückzahlung der Beiträge erreicht. Die Kelkheimer Kläger sagten jetzt, sie hätten nur wegen der Androhung, keine Baugenehmigung zu erhalten, der vertraglichen Vereinbarung mit der Stadt über die Beiträge zugestimmt. Ihr Interesse, eine rechtliche Prüfung durchzusetzen, sei auch dadurch verstärkt worden, dass sie von dem damaligen Bürgermeister Dr. Winfried Stephan feindselig und schlecht behandelt worden seien.

18.09.1995: Stadtverordnetensitzung. Die Stadtverordneten stimmten einstimmig dem Bebauungsplan-Entwurf zur Erweiterung des Fischbacher Friedhofs zu.

Der Erste Stadtrat Schirmmayer äußerte bei der Einbringung des **Nachtragshaushalts** die Befürchtung, dass das laufende Jahr mit einem Defizit abschließt. Bereits 1994 hatte die Stadt 900.000 Mark Minus gemacht. Die Unsicherheiten bei den Steuereinnahmen sind es unter anderem auch, die einen Nachtragshaushalt notwendig machen.

Bei der Gewerbesteuer setzt man jetzt mit neun Millionen knapp 300.000 Mark weniger an als im Vorjahr. Schirmmayer räumt aber selbst ein, dass dies immer noch eine „optimistische Prognose“ ist. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer lagen zur Jahresmitte zwar im Soll, aber immer noch kann sich herausstellen, dass am Jahresende eine Million fehlt.

Ein Unsicherheitsfaktor sind auch die Personalkosten - mehr als hoffen, dass die veranschlagten 13,1 Millionen Mark ausreichen, kann man nicht.

Hinzu kommen noch eine Reihe von kleineren Veränderungen bei verschiedenen Posten. Etwas mehr gibt es aus der Grundsteuer und vom Land Hessen, den Zuschuss für die Sozialstation kann man um 150.000 Mark niedriger ansetzen, 170.000 mehr werden für die Verwaltung ausgegeben werden müssen.

Ein richtig dicker Brocken ist noch einmal das Schwimmbad. Noch ist der Betriebskostenzuschuss für das Schwimmbad von rund einer Million Mark ungedeckt. „Äußerst angespannt“ - so charakterisierte der Kämmerer zusammenfassend die finanzielle Lage der Stadt.

Perspektiven für eine kurzfristige Entlastung kann Schirmmayer momentan nicht erblicken, erst recht gibt es keine Aussicht auf freie Gelder für neue Projekte und Initiativen. Vielmehr hat es im vergangenen Jahr ja ein Defizit von 900.000 Mark gegeben, das jetzt noch abzutragen ist.

Bei den Unsicherheiten des laufenden Jahres sei Anlass zu der Befürchtung gegeben, auch 1995 werde mit einem Minus in der Kasse abgeschlossen. Bei den Beratungen über den Nachtragshaushalt sollte dies berücksichtigt werden, mahnte der Erste Stadtrat das Parlament zur Sparsamkeit. Dies wäre auch eine gute Übung für 1996 - der nächste Etat nämlich wird seiner Einschätzung nach eher noch problematischer.

Das **Lärmschutzgutachten** zum Schwimmbadprojekt in Kelkheim liegt vor, und die Ergebnisse das mit dem geplanten Seniorenwohnheim sich das Bad kaum oder nicht vereinbaren lässt. Konsequenzen daraus will die FWG ziehen: Sie forderte im Parlament, Verhandlungen mit der Stadt Hofheim über ein gemeinsames Hallenbad aufzunehmen. Der Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen.

Der Magistrat will mit dem Kreis klären, wie die Bedingungen einer „eventuellen **Vor- und Mitfinanzierung**“ der Stadt am Bau der **Sporthalle für die Fischbacher** Staufenschule aussehen. Gleichzeitig beschloss das Parlament zu prüfen, ob die Staufen-Schüler die Ruppertshainer Schönwiesenhalle für den Sportunterricht nutzen können.

Weil der Kreis erst nach dem Jahr 2000 mit dem Bau der Sporthalle der Fischbacher Staufenschule beginnen will, wie es die bürgerliche Kreiskoalition vereinbart hat, hatte die SPD-Fraktion beantragt, die Vorfinanzierung der Halle aus der Stadtkasse zu zahlen. Doch nur SPD und UKW stimmten dem Papier zu; CDU, FDP und FWG lehnten es mehrheitlich ab.

Dafür ging der hasenfüßige FWG-Zusatzantrag leichtfüßig durch. Der Magistrat soll nun mit dem Kreis über die „Bedingungen einer eventuellen Vor- und Mitfinanzierung“ beraten. Für die SPD eine Formulierung, die ihn an ein „bisschen schwanger“ erinnert.

Die SPD wußte zu diesem Zeitpunkt noch nicht, welche Überraschung FWG-Stadtverordnete Erika Bänfer zu späterer Stunde in einem Dringlichkeitsantrag parat hielt. Die Prüfung der Frage nämlich, ob der Sportunterricht der Staufenschule nicht zum Teil in der Ruppertshainer Schönwiesenhalle über die Bühne gehen könne. Auf dem für den Hallenbau vorgesehenen Fischbacher Gelände solle gleichzeitig der Schulgarten erweitert werden. Plötzlich war auch von einem Teich die Rede, einem Biotop gar, das nach dem Jahr 2000 Wurzeln geschlagen haben könnte.

„Damit ist die Halle an diesem Standort endgültig gestorben“, war Ackermann überzeugt, habe die FWG die Grube gegraben, in der nicht nur die Halle, sondern auch die Glaubwürdigkeit des FWG-Antrags untergehe. Nur seine Fraktion stemmte sich gegen den FWG-Wunsch, die Mehrheit wertete ihn positiv. „Leere Hallen zu nützen, das ist doch vernünftig. Und dem Kreis nicht die Vorfinanzierung zu versprechen, sondern Bedingungen zu erfragen, das nenne ich vorsichtig; nicht hasenfüßig, gab Erika Bänfer der SPD mit auf den Weg.

„Das ist eine Situation, die sich das Parlament nicht bieten lassen kann!“ - Eckart Hohmann (SPD) traf die Mehrheitsstimmung in der Stadtverordnetensitzung haargenau. Eine Mehrausgabe von 93.000 Mark wegen der Schlampereien beim Ausbau des alten **Münsterer Bahnhofs** zum Kulturtreff wollte das Parlament dem Magistrat nicht genehmigen.

Dass die Stadtverordneten sauer sind, hat Gründe. Die Planer hatten die Schließenanlage vergessen, die Fenster stimmten nach Zahl und Größe nicht, und außerdem fehlte die Trennwand zwischen Herren- und Damentoilette. Dazu kommt, dass in dem vorgegebenen Kostenrahmen die Außenanlagen nicht enthalten sind. Und so summiert sich das Projekt wieder auf rund 1,1 Millionen Mark.

Nein, sagten da die Stadtverordneten, die Mehrausgabe von 93000 Mark - damit werden die Fehler im Innern ausgebügelt - wird nicht bewilligt. Die FWG brachte noch am meisten Verständnis für den Magistrat

auf. Ortwin Kloß erklärte, eine zehnprozentige Überschreitung der Ansätze läge im Rahmen des üblichen. „Wenn man das nicht akzeptiert, darf man größere Projekte gar nicht erst anfangen“, sagte Kloß. Der Beschluss der Mehrheit sei lächerlich und unangebracht. Ähnlich äußerte sich Stadtrat Schirmmacher: „Das Parlament will wohl die Muskeln spielen lassen.“ Doch verweigerte diesmal selbst die CDU dem Magistrat die Gefolgschaft. Wie die SPD verlangte auch CDU-Fraktionschef Wolfgang Männer, dass dafür gesorgt wird, dass derartiges künftig nicht mehr vorkommen kann. „Der Magistrat muss sich etwas einfallen lassen, wie er die Kurve kriegt“, erklärte Männer. Dafür erntete er dann auch das Lob der UKW. „Seit Dr. Stephan weg ist“, so Albrecht Kündiger spitz, „entwickelt sich Männer als ernst zu nehmender und interessanter Kommunalpolitiker.“ Beide ließen sich auch nicht von der einigermaßen nebulösen Warnung des Bürgermeisters von ihrer Position abbringen, er werde im Falle einer Ablehnung mit aller Schärfe jene Mittel, einsetzen, die die Hessische Gemeindeordnung biete. Tags darauf hörte sich das dann auch schon wieder viel gemäßiger an. Wenn der Magistrat dies unterstütze, werde er Widerspruch gegen die Entscheidung des Parlaments einlegen, so Horn. Dann kommt die Angelegenheit erneut in die Stadtverordnetenversammlung, und der Bürgermeister geht davon aus, dass es dann eine Mehrheit für die Ausgabe gibt.

23.09.1995: Heute verstarb der ehemalige Vorsitzende der Ruppertshainer Gemeindevertretung, Herr Alfred Steffens, im Alter von 70 Jahren. Er hat sich als toleranter und pflichtbewusster Kommunalpolitiker in seinen mehr als zwei Wahlperioden stets für die Bürgerschaft in Ruppertshain eingesetzt. Die Stadt Kelkheim wird ihm immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

24.09.1995: BIK-Fahrradrallye. Seit 15 Jahren veranstaltet die BIK, unter Federführung von Manfred Guder, die BIK-Fahrradrallye. Knapp 100 Teilnehmer hatten sich diesmal am Rathaus eingefunden. Rund 10 Kilometer über Hornau, Bad Soden und durch das Schmiehachtal ging die Strecke. Über 8 Kontrollpunkte konnte man das Lösungswort „Lärmschutz“ finden, was auch alle Teilnehmer richtig lösen konnten. Die Sieger wurden dann ausgelost.

Neuer Bürgermeister auch in Saint-Fons. Seit 1. Juni regiert in Kelkheim ein neuer Bürgermeister. In der französischen Partnerstadt Saint-Fons ist drei Wochen später ein neuer Bürgermeister gewählt worden. Er heißt Yves Mongenot und kandidierte auf der Liste mit dem Namen „Saint-Fons glaubt an die Linke“. Diese Gruppierung hat die absolute Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung und stellt 24 von insgesamt 33 Stadtverordneten. Auf die Liste mit dem Namen „Erneuerung für Saint-Fons“ entfielen sechs Sitze, auf „Saint-Fons macht Front“ drei Sitze.

Der neue Bürgermeister ist 53 Jahre alt und in Saint-Fons geboren. Er hat fünf Kinder und fünf Enkelkinder. Yves Mongenot ist seit mehr als 25 Jahren in der Politik aktiv, trat 1971 in die Sozialistische Partei ein und wurde bei den Kommunalwahlen im selben Jahr ins Parlament gewählt. Bei den drei folgenden Kommunalwahlen (1977, 1983 und 1989) wurde er jeweils wiedergewählt. Er übernahm nacheinander das Amt des Beigeordneten für Wohnungsfragen, soziale Fragen und Finanzen. Seit 1978 ist er als Abgeordneter im Umlandverband. Bürgermeister Thomas Horn und Erster Stadtrat Hans-Dieter Schirmmacher gratulierten dem Amtskollegen.

Wolfgang Knoll, der Fraktionsvorsitzende der FDP beim Umländverband Frankfurt und ehemalige Erste Kreisbeigeordnete des Main-Taunus-Kreises, ist von der Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitik (VLK) zum **Ehrevorsitzenden** gewählt worden.

Knoll, der von der Gründung an 15 Jahre lang an der Spitze der FDP-nahen Vereinigung gestanden hatte, hatte von sich aus auf eine Wiederwahl verzichtet. Er wolle die Verantwortung jüngeren Kollegen übergeben, sagte der Siebenundsechzigjährige bei der VLK-Delegiertenversammlung im sächsischen Coswig.

29.09.1995: 71. Kelkheimer Möbelmesse: Mehr als 70 Aussteller präsentieren noch bis zum 8. Oktober in der Möbelstadt Schränke und Stühle, Tische und Truhen, Betten und Barhocker, Kommoden und Kunsthandwerk. Die Möbelmesse wurde vom Hessischen Wirtschaftsminister Lothar Klemm im Beisein von Landrat Jochen Riebel, zahlreicher Stadtverordneter und Verbandsvertreter eröffnet.

Längst bevor der Minister unter Assistenz von Bürgermeister Thomas Horn das rot-weiße Band am Eingang zerschnitt und die 71. Kelkheimer Möbelmesse für offiziell eröffnet erklärte, hatten Neugierige ihre Köpfe in die sechs Hallen gesteckt, in denen mehr als 70 Aussteller aus Kelkheim und dem Rhein-Main-Gebiet ihre Handwerkskunst präsentieren.

Dabei war Kurt Müller, Geschäftsführer des 108 Jahre alten Handwerker- und Gewerbevereins, durchaus froh, dass die in den vergangenen Jahren abgekühlten Beziehungen zum Kelkheimer Rathaus nun wieder belebt werden. Der neue Bürgermeister Thomas Horn hatte zur Eröffnung der traditionellen Möbelmesse ins Rathaus geladen, um die Verbundenheit der Stadt mit ihren Handwerkern zu dokumentieren.

Dass es dann schließlich so viele und auch so lange Reden wurden, lag weder in der Verantwortung von Horn noch von Müller. Und auch Werner Bleker, langjähriger Geschäftsführer des Handwerker- und

Gewerbevereins, jetzt Erster Stadtrat in Usingen, fasste sich erfreulich kurz. Souverän moderierte er das Eröffnungsprogramm, traf auch später beim Rundgang ständig alte Bekannte, klopfte Schultern, drückte Hände.

Staatsminister und Schirmherr Lothar Klemm pries den nahen Frankfurter Flughafen als positiven Standortfaktor auch für das Kelkheimer Möbelhandwerk, das durch seine hohe Qualität bei angemessenen Preisen besteche. Die Produktion aufwendiger Güter rund um den Bankenplatz Frankfurt habe Tradition und böte der Handwerkerzunft auch für die Zukunft Perspektiven. Die Verbraucher seien bereit, für gute Qualität und zeitloses Design „Made in Hessen“ oder besser noch „Made in Kelkheim“ höhere Preise zu bezahlen. Dies wertete Klemm als Garant für eine Zukunft der Möbelstadt und als Gütesiegel für die gute Ausbildung junger Schreiner und Tischler.

Landrat Jochen Riebel, Kreishandwerksmeister Heinrich Henrich und Herbert Seidler von der Vereinigung Kelkheimer Selbständiger (VKS) sparten nicht an Lobeshymnen an die Adresse der Möbelschreiner. Trotz hessenweit gesunkener Umsatzzahlen - 1994 verzeichnete das Statistische Landesamt in der Holzmöbelherstellung einen Umsatzrückgang von neun Prozent auf 1,5 Milliarden Mark - stehe das Kelkheimer Möbelhandwerk noch auf solidem Grund. Längst aber ist es nicht nur Holz, auf das die Kelkheimer setzen. Viel Metall blitzte zwischen den hölzernen Schränken und Kommoden auf, vor allem der Küchenbereich präsentiert sich zunehmend im High-Tech-Edelstahl-Look. „Nichts bleibt wie es war. Der Wandel ist schon enorm“, stellte etwa der 88jährige Fischbacher Schreinermeister Gregor Wolf fest.

23 Jahre lang Obermeister der Schreinerinnung und ließ er zeitlebens keine einzige Möbelfest aus. Und sein persönlicher Favorit? Behende eilte Wolf zu „seinem“ Lieblingsstück, dem Frankfurter Schrank aus der Werkstatt von Erwin Pleines. Monumental und wie für die Ewigkeit gebaut, trotz aller Behäbigkeit auch filigran - laut Wolf „ein wahres Meisterstück“, das nach Auskunft von Pleines auch seinen Preis hat. Für die jungen Innenarchitektur-Studenten der Fachhochschule Darmstadt (FH) Preise, die ihnen die Ohren klingeln lassen. Sie stellen während der Möbelfest ständig wechselnde Miniaturmodelle von Küchen und Hoteltresen vor, die in Erstsemester-Jahrgängen entstanden sind. 1993 waren sie zum ersten Mal in Kelkheim vertreten, nachdem der Holunderhof den Kontakt hergestellt hatte.

Gerichtsurteil: Dr. Stephan hat Bauherren zu Zahlungen genötigt. Die Stadtverwaltung mit Ex-Bürgermeister Dr. Winfried Stephan an der Spitze hat Häuslebauer zu „**sittenwidrigen Koppelungsgeschäften**“ genötigt und dabei die „Zwangslage“ der Betroffenen ausgenutzt. So steht es knüppeldick in der Urteilsbegründung des Frankfurter Verwaltungsgerichts, das der Klage zweier Bauherren, Horst Herr und Peter Weinert, voll entsprach, das mehrfache Abkassieren auf schon erschlossenen Grundstücken als rechtswidrig verwarf und die Stadt zur Rückzahlung verdonnerte.

Das Urteil geht nun an die Staatsanwaltschaft. Die wollte die Entscheidung des Fachgerichts abwarten. Anhängig ist die Strafanzeige gegen Dr. Stephan wegen Nötigung, Erpressung und Betrug.

Wie berichtet war es unter Rathauschef Dr. Winfried Stephan gängige Praxis, bei Ausbauten, Erweiterungen oder Neubauten auf Grundstücken, für die bereits Erschließungskosten (Kanal, Wasser) bezahlt waren, erneut zur Kasse zu bitten. Bereits vorhandene Baugenehmigungen wurden nur ausgehändigt, sofern die Bauherren per Vertrag der zusätzlichen Zahlung zustimmten.

Dazu sagten die Verwaltungsrichter: „Die (...) Vereinbarung ist auch deshalb nichtig, weil sie ein sittenwidriges Koppelungsgeschäft darstellt.“ Und weiter: „Es gibt jedoch keinen sachlichen Zusammenhang zwischen der Zahlung von Wasser- und Abwasserbeiträgen und dem Einvernehmen der Gemeinde.“ Das Verwaltungsgericht stellt weiter fest, dass die Kläger den Vertrag nicht verweigern konnten, wollten sie nicht die Baufinanzierung gefährden.

Zum Kern: „Offenbar ging es der Beklagten darum, diese Zwangslage auszunützen, so dass der Vertragsabschluss auf einer Nötigung beruht.“ Mit der Koppelung habe die Stadt den Bauherren auch Rechtsmittel abschneiden wollen.

Rafael Wiegmann vertritt zurzeit zehn Geschädigte, rund 250.000 Mark hat er schon jetzt zurückgefordert. Für die Rückabwicklung in Millionenhöhe wird entscheidend sein, welche Verjährungsfrist greift, nämlich fünf Jahre oder die Regelverjährung von 30 Jahren. Der neue Bürgermeister Thomas Horn wollte diese Frage prüfen. Die finanziellen Auswirkungen sind gewaltig.

Horn hatte nach eigener Aussage die Praktiken seines Vorgängers mit seinem Amtsantritt Anfang Juni gestoppt. Dem widerspricht Wiegmann. Mit Schreiben vom 5. Juli seien in einem gleichgelagerten Fall in der Stadtmitte noch 37.000 Mark von der Stadt verlangt worden.

23.-24.10.1995: Stadtverordnetensitzung. Dass der **Nachtragshaushalt** der Stadt nichts Bewegendes enthält, das befanden übereinstimmend alle Parlamentarier in der heutigen Sitzung - egal, welcher Partei sie angehören. Horst Ackermann, der SPD-Fraktionsvorsitzende, nannte die Angleichung an das laufende Jahr „unproblematisch“. Sein CDU-Kollege Wolfgang Männer bezeichnete den Nachtragshaushalt als „den letzten ohne größere Veränderungen“.

Der Kämmerer hat zum ersten Mal einen **Haushaltsplan-Entwurf für 1996** vorlegen müssen, in dem die Ausgaben höher sind als die Einnahmen. Der Fehlbetrag ist mit 885.000 Mark veranschlagt worden. Erster Stadtrat Hans-Dieter Schirmmacher sprach in seiner Haushaltsrede von einer „schlimmen Entwicklung“. Man

sei nicht mehr in der Lage, „unsere laufenden konsumtiven Ausgaben aus den uns zufließenden laufenden Einnahmen zu finanzieren“.

Der Kämmerer wies darauf hin, dass die Stadt wegen Unwägbarkeiten beim Jahresabschluss 1995, noch ungeklärter Betriebsverluste beim kombinierten Hallen- und Freibad, eines Fehlbetrags aus dem Jahr 1994 und ungünstiger Steuerprognosen mit einem Defizit von vier bis fünf Millionen Mark rechnen müsse. „Die schwarzen Wolken am Finanzhimmel der Stadt Kelkheim haben sich zu schweren Gewittern entwickelt“, sagte Schirmmacher.

Um finanziellen Spielraum zurückzugewinnen, müsse sich die Kommune von kostenintensiven Einrichtungen entlasten. Die Diskussion über die Umgestaltung des Hallen- und Freibads müsse bald zu einem Ergebnis geführt werden, damit der städtische Haushalt von einer Dauerbelastung zwischen 1,5 Millionen und 1,8 Millionen Mark befreit werde, sagte Schirmmacher. Selbst eine Beibehaltung des Status quo für eine Übergangszeit von mehreren Jahren sei nicht mehr zu verkraften.

Eine weitere Verbesserung um rund 350.000 Mark könne erreicht werden, wenn die unrentable Landwirtschaft auf dem städtischen Hofgut Retters aufgegeben und das Areal als Golfplatz genutzt werde. In ihrer derzeitigen finanziellen Lage müsse die Stadt bei allen Forderungen äußerst strenge Maßstäbe anlegen, forderte der Kämmerer.

Im Entwurf des Verwaltungshaushaltes für 1996 stehen den Ausgaben in Höhe von 58 Millionen Mark (plus zwei Prozent) nur Einnahmen von rund 57,1 Millionen Mark gegenüber, so dass ein Fehlbedarf von knapp 900.000 Mark entsteht.

Der Vermögenshaushalt schließt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 8,5 Millionen Mark. Die Umschuldungen von knapp fünf Millionen Mark sind dabei nicht berücksichtigt.

Drei Viertel des Verwaltungshaushaltes werden in Kelkheim aus Steuern und Zuweisungen des Landes finanziert. Wichtigste Säule ist der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer, der 51 Prozent der Einnahmen sichern soll. Nach neuen Schätzungen könnten das Steueraufkommen und die Auswirkungen des Jahressteuergesetzes 1996 Einnahmeausfälle zur Folge haben, so dass selbst der bescheidene Anstieg gegenüber dem Haushalt 1995 um zwei Prozent nicht erreicht würde.

Bei den Gewerbesteuererinnahmen reduzierte Schirmmacher den Ansatz um eine Million auf acht Millionen Mark, von denen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage knapp sechs Millionen Mark bei der Stadt bleiben würden. Im laufenden Haushaltsjahr sind bislang erst sechs Millionen Mark an Gewerbesteuern veranlagt worden.

Der Personalkostenanteil im Verwaltungshaushalt liegt bei 24,4 Prozent. Im Stellenplan sollen „kw-Vermerke“ („künftig wegfallend“) für 8,5 der 178 Stellen angebracht werden. Größter Ausgabeposten der Stadt ist die Kreis- und Schulumlage, die mit 16,8 Millionen Mark fast 29 Prozent ausmacht.

- Der SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ackermann beantragte unmittelbar nach Schirmmachers Haushaltsrede eine Verschiebung der Debatte in die übernächste Sitzungsrunde, weil der Kreis erst im nächsten Jahr darüber entscheiden werde, ob die Kreisumlage weiter angehoben werde. Der SPD-Antrag wurde abgelehnt und der Haushaltsplan-Entwurf in die Ausschüsse verwiesen.

Dem Abschluss des vorliegenden Bauantrag-Entwurfs für den Kindergarten „Rosa Raupe“ im Block V der Pestalozzischule wurde mit 23 gegen 9 Stimmen bei 6 Enthaltungen zugestimmt.

- Eine weitere Entscheidung gab es auch über die **Tennisanlage Waldwiese**. Beschlossen wurde über die Frage einer Erweiterung des Tennisgeländes an der Waldwiese um ein Clubhaus und um einen fünften Tennisplatz. Dem Verein, den Kelkheimer Tennisfreunden, geht es in erster Linie um das Clubhaus, nicht zuletzt auch wegen der bislang unhaltbaren hygienischen Zustände.

Dagegen hat auch der Regierungspräsident nichts, der die erforderliche Änderung des Bebauungsplanes genehmigen muss. Wenn es keine Gaststättenlizenz und keinen Außenbetrieb nach 22 Uhr gibt und auch die Fenster nicht in Richtung der Wohnbebauung eingeplant werden, so die Bedingungen, gibt es grünes Licht.

Nichts wird jedoch aus dem fünften Tennisplatz. Denn dann würde eine 130 Meter lange und 3,5 Meter breite Lärmschutzwand erforderlich, die aber will keiner der Beteiligten. Auch die Idee von Bürgermeister Horn, lediglich das Baurecht zu schaffen, wurde nicht aufgegriffen. Der Bebauungsplan-Entwurf Nr. 137/12 „Waldwiese“ wurde mit den beschriebenen Ausnahmen mit 34 Stimmen bei 1 Enthaltung als Satzung beschlossen.

- Der Widerspruch des Magistrats gegen den letzten Stadtverordnetenbeschluss betreffend zusätzliche Mittel in Höhe von 93.000 Mark zur Fertigstellung des Kulturbahnhofs Münster wurde erneut mit 27 gegen 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgewiesen.

- Unterschiedliche Meinungen gibt es im Stadtparlament zu der Idee, ein **Bürgerbüro im Rathaus** einzurichten. Antragsteller Harry Tisch vom Kelkheimer Forum erinnerte an die Vorteile: Die Bürger hätten eine zentrale Anlaufstelle, und weite Bereiche des Rathauses seien frei von Publikumsverkehr.

Als „populistisch“ beurteilt dagegen die SPD diese Idee. Ohnehin werde im Rathaus außerhalb der Sprechzeiten niemand abgewiesen, und samstags gehe niemand zur Stadtverwaltung, spielte Hans Valentin auf die ins Auge gefassten längeren Öffnungszeiten an.

Schließlich einigte man sich darauf, dass der Magistrat zuerst einmal Erfahrungsberichte aus anderen Städten einholen soll, so etwa aus Hofheim, wo eine solche Einrichtung seit Monaten mit viel Erfolg läuft.

- Die Mehrheit der **Stadtverordneten** hält nach wie vor an dem Ziel fest, **alleine ein Hallenbad in Kelkheim zu betreiben**. Die Regierungskoalition aus CDU, FWG und FDP schmetterte einen Antrag der Sozialdemokraten ab, der darauf hinauslief, dass nur noch mit Hofheim und Kriftel über ein gemeinsames Schwimmbad verhandelt werden soll.

„Das Konzept der Copla ist gescheitert“, erklärte SPD-Fraktionschef Horst Ackermann zu den bisherigen Planungen der Stadt, durch dieses Unternehmen ein neues Hallenbad bauen zu lassen. Bekanntlich hat ein Gutachten des TÜV ergeben, dass dies aus Gründen des Lärmschutzes nicht mit dem angrenzend geplanten Seniorenwohnheim zu vereinbaren ist. Zwar wird jetzt über eine abgespeckte Version gesprochen, aber auch der räumen die Sozialdemokraten nicht viele Chancen ein. Es gehe um den Erhalt des Freibades in seiner jetzigen Lage und darum, dass es ausreichend Übungszeiten für Vereine und Schulen gibt, betonte Ackermann.

Die Koalition will sich aber noch nicht endgültig vom Copla-Konzept verabschieden. „Wir wollen in Kelkheim ein Hallenbad erhalten“, gab Wolfgang Männer (CDU) die Devise aus. Man hielt daher an einem FWG-Antrag fest, der zwar die Prüfung eines Zweckverbandes mit Hofheim und Kriftel vorsieht, aber auch den Alleingang nicht zu den Akten legt. Aus der Diskussion im Parlament ergab sich auch, dass die Mehrheit dem sogar Priorität einräumen will, sollte es realisierbar sein.

Ein streng paralleles Vorgehen, die FDP hatte dies als Kompromissantrag vorgetragen, fand deshalb auch keine Mehrheit. Freilich haben die Hofheimer und Kelkheimer Rathausspitzen in dieser Woche wieder über ein gemeinsames Hallenbad gesprochen, praktisch geht man offenbar doch zweigleisig vor. Und Eile ist auch geboten, nicht zuletzt deshalb, weil man auch in Hofheim auf eine Kelkheimer Entscheidung wartet.
- Die Stadt **Kelkheim geht** gegen das Urteil des Frankfurter Verwaltungsgerichts zum „**Kelkheimer Modell**“ in Berufung, um den Vorwurf der Nötigung zu entkräften. Bürgermeister Thomas Horn hat im Stadtparlament einen Sieben-Punkteplan vorgestellt, mit dem der Magistrat auf den Spruch der Juristen reagiert. Der Bürgermeister will die Bürger bei einer Versammlung am 23. November um 20 Uhr im Plenarsaal des Rathauses darüber informieren.

Die Stadt Kelkheim ist laut Richterspruch zur Rückzahlung der von ihr erhobenen Beiträge für Abwasser und Wasser verurteilt worden. Sie darf trotz zusätzlicher Nutzung neben dem Erschließungsbeitrag keine weiteren Forderungen in Form von Gebühren erheben. Im Urteil steht, dass eine Vereinbarung über die Zahlung öffentlicher Abgaben gesetzlich ausgeschlossen ist. Zudem widerspreche die Satzungsregelung der Stadt dem Grundsatz der Einmaligkeit der Beitragserhebung. Außerdem sei der Vertrag wegen eines sittenwidrigen Koppelungsgeschäfts null und nichtig.

Dass kein Zinsanspruch besteht, ist für Bürgermeister Horn „das einzig Erfreuliche an dem Richterspruch“. Das Geld aber muss laut Urteil zurückgezahlt werden. „Nach gegenwärtiger Rechtslage ist eine Rückzahlung nur für Beträge möglich, die in der Verjährungspflicht liegen“, so der Bürgermeister. Dazu liege ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg vom 13. November 1990 vor. Dennoch wolle die Stadt die Verjährungsfrage - ob fünf oder 30 Jahre - in einem Musterprozess klären lassen, um Rechtssicherheit zu erlangen.

Bürgermeister Horn drängt darauf, „dass Kelkheimer Modell zu legalisieren“. Das Parlament solle dieses Vorhaben durch einen Beschluss unterstützen. Außerdem sei beim Hessischen Städtetag eine Initiative zu starten. Das „Kelkheimer Modell“ lasse sich zwar aufgrund der Grundsatzentscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs von 1978 (Grundsatz der Einmaligkeit der Beitragserhebung) nicht durch einen zusätzlichen Beitrag finanzieren. Die Juristen hätten damals aber auch darauf aufmerksam gemacht, dass nach Schaffung einer Anlage der zusätzliche Aufwand durch Kanalbenutzungsgebühren zu decken ist. Das heiße, „die Gebührenhaushalte zu aktualisieren“. Außerdem seien die Satzungen für Abwasser und Wasser dem Muster des Hessischen Städtetages anzugleichen.

Wenn alle Bürger, die in den vergangenen fünf Jahren aufgrund des „Kelkheimer Modells“ zu hohe Abgaben gezahlt haben, nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts ihre Ansprüche geltend machen würden, müsste die Stadt 2,15 Millionen Mark zurückerstatten. Davon geht Bürgermeister Thomas Horn aus.

Bisher liegen ihm 62 Anträge vor, in denen die Bürger insgesamt 400.000 Mark einklagen. Davon würden aber nur 350.000 Mark zur Auszahlung kommen, weil die restlichen Fälle mehr als fünf Jahre zurückliegen.

Finanzieren will der Bürgermeister die Auszahlung über Kanalbenutzungsgebühren. „Es ist aber mit keinen übertriebenen Erhöhungen zu rechnen“, versichert Horn. Er habe nach der alten Praxis im Juni noch zwei Verträge unterzeichnet, bevor er das „Kelkheimer Modell“ etwa einen Monat später beendet habe. Die Betroffenen seien aber schon nicht mehr zur Zahlung der Abgaben verpflichtet worden. Es gebe wohl noch zehn bis zwölf Fälle, die bis zum 31. Mai abgewickelt, aber erst nach dem 1. Juni in Rechnung gestellt worden seien. „Das entzieht sich meiner Kenntnis“, sagt Horn. Sein Name stünde unter keinem dieser Verträge.

„**50 Jahre CDU-Kelkheim**“, dieses Jubiläum feierten die Christdemokraten mit einem Festakt im Saal des katholischen Pfarrzentrums Münster. Horst Max Schröter, Vorsitzender des Stadtverbandes, begrüßte die

Gäste. Roland Koch, CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag, hielt die Festansprache und heftete Ex-Bürgermeister Dr. Winfried Stephan die Goldene Ehrennadel der Bundes-CDU für besondere Verdienste an. Dr. Stephan, so Koch in seiner Laudatio, habe während seiner politischen Laufbahn, die 1964 begann, wie kaum ein anderer Stadt und Region entscheidend geprägt.

Den Geburtstagsgruß der CDU-Main-Taunus überbrachte der Kreisvorsitzende Horst Lutze. Er war es auch, der Jubilare für 50-, 40-, 30- und 25jährige Mitgliedschaft ehrte. Weitere Auszeichnungen gab es für die engagierten Kelkheimer CDU-Frauen Edelgard Günther und Ursula Zimmermann Bärbel Sothmann, Mitglied des Bundestages und Vorsitzende der Frauen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, lobte die beiden für ihre selbstlose Arbeit und übergab die Urkunden. Bürgermeister Thomas Horn schließlich würdigte die Verdienste von Gregor Wolf. Die Feier wurde vom Kammerorchester Kelkheim musikalisch umrahmt.

02.11.1995: Gabriele und **Horst Löw eröffneten** heute in der Bahnstraße ihr **Fischgeschäft** mit dem Namen „Seelöw“. Neben dem Verkauf von Räucher- und Frischfisch können die Kunden auch täglich in der Mittagszeit Fischspezialitäten an Ort und Stelle verzehren.

Noch etwa zwei Wochen wird die Taunusstraße in Fischbach für den Verkehr gesperrt sein. Zurzeit wird auf der Kreuzung Taunusstraße/Schwarzwaldstraße der „Sammler Fischbach“, fürs Abwasser gebaut. Der jetzige zweite Bauabschnitt ist eine Teilstrecke des Kanals, der von der Langstraße bis zur Hunsrückstraße verlegt wird. Er ist für eine verbesserte Vorflutung des östlichen Baugebiets, wie etwa für die Odenwald-, Altenhainer- und Spessartstraße notwendig. Die Kosten betragen über 1,5 Millionen Mark. Das Land Hessen wird später noch einen Zuschuss zahlen.

Rathaus-Fassade. Das Rathaus braucht eine neue Fassade. Das ist das Ergebnis von Untersuchungen der Landesgewerbeanstalt Bayern in Würzburg. Die Anstalt ist die bundesweit zuständige Prüfstelle für die Beurteilung von vorgehängten Naturwerksteinfassaden.

Bürgermeister Thomas Horn: „Die Expertenaussagen sind eindeutig, eine Teilsanierung der Marmorplatten kommt nicht in Frage. Der Grund dafür sind die Kristallstrukturen des Marmors, die sich sehr unterschiedlich verändern. Diese Unterschiede gehen soweit, dass sogar an einzelnen Platten verschiedene Festigkeiten festgestellt werden können.

Eine Sanierung mit Hilfe von Festigungssubstanzen kommt auch nicht in Frage, weil es schwierig ist, die Substanzen in den Stein hineinzubekommen. Außerdem müssten dazu alle Platten abgenommen werden.“ Bestätigt wird das Urteil der Landesgewerbeanstalt von einem amtlich anerkannten Sachverständigen.

Die latente Gefährdung, die durch abstürzende Fassadenteile besteht, hat den Magistrat zum Handeln veranlasst. Damit herunterfallende Platten keinen Schaden anrichten können, wurden Absperrungen und Sicherheitsvorkehrungen vorgenommen. So wurden die Fassadenelemente über dem Eingang aus Sicherheitsgründen demontiert. Die vordere und rückwärtige Rathausfront wurden mit Zäunen abgesperrt.

Bürgerbegehren zur Fischbacher Straße von Anliegern gefordert. Mit einer Sammlung von 333 Unterschriften hat sich jetzt eine Gruppe von Kelkheimern zu Wort gemeldet, die Bürgermeister Thomas Horn und den Parteien der Stadt die Forderung nach einem Bürgerbegehren übergab. Die Bürger fordern die Politiker umgehend dazu auf, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer erheblichen Verkehrsentslastung führt. Zurzeit wird die Straße von ca. 26.000 Autos pro Tag befahren.“

In dem Schreiben zum Bürgerbegehren heißt es, dass seit Jahren durch die Auswertung der Verkehrszählung faktisch dargestellt werde, dass die Verkehrsbelastung in der Fischbacher Straße in Kelkheim erheblich steige. „Seit Jahren steht fest, dass die Straße durch die Vielzahl der dort frequentierenden Fahrzeuge restlos überlastet ist. Seit Jahren beschäftigten sich die Politiker mit verkehrsberuhigten Zonen sowie dem Bau von Verkehrsinseln in der Stadt. Bezüglich der Fischbacher Straße hat man bisher nur einen kaum zu befahrenden Fahrradweg beidseitig gekennzeichnet, der für die Verkehrsteilnehmer ein mehr oder weniger großes Gefahrenpotential darstellt. Für die Verminderung der Verkehrsbelastung hat man bis heute keine entsprechende Maßnahme ergriffen. Die Bürger dieser Straße hätten es nun satt, als Menschen Zweiter Klasse behandelt zu werden.“

„Sie, die Politiker haben bisher nichts unternommen, diese Menschen vor dem anstehenden Lärm, der Luftbelastung durch Abgase sowie dem Gefahrenpotential durch die Vielzahl der Autos zu schützen. Wir fordern Sie nun nach jahrelanger Untätigkeit auf, umgehend entsprechende Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung auf dieser Straße zu ergreifen.“

Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ aus High Wycombe in Kelkheim. „Ein glänzendes Märchen“ mit finsternen Untertönen bescherte Kelkheims Partnerstadt High Wycombe den Kelkheimern und den Einwohnern der Orte Schwalbach, Dreieich und Hofheim. Sechs Aufführungen insgesamt brachten die Berufsschauspieler hinter sich.

Eine hervorragende Leistung, wenn man bedenkt, dass hier alles improvisiert werden musste - von der Garderobe bis zur veränderten Bühne. Denn in High Wycombe ist man das Swan-Theater gewöhnt mit weitausladenden Galerien an beiden Seiten. Hier gab es nur frontale Zuschauerräume.

Möglich wurde dieser Kunstgenuss durch die Initiative aus dem Kelkheimer Rathaus. Dr. Beate Matuschek und Regina Kuschka ermöglichten diesen Besuch der Künstler aus High Wycombe in der Rhein-Main-Region nur deshalb, weil die anderen Gemeinden mitzogen und auch private Sponsoren einsprangen, um die Wycombe Theatre-Company nach hier zu holen.

Der Erfolg gab dem Wagnis recht. Jede Menge Besucher sahen die Aufführungen, eine davon extra für die Schüler der Stadt, und waren begeistert. Immerhin, die Theatre-Company besteht erst seit 1994 und gilt heute als eine der hochqualifizierten Ensembles. Und wie der Kaufmann von Venedig zum Nachdenken herausfordert, fordert dieser Besuch weitergehendes Überdenken dieser neuen Partnerschaft heraus. Und die Antwort sollte lauten: Fortführen.

Die Hauptstraße ist zurzeit zwischen Töpferstraße und Mittelweg gesperrt. Ein neuer Kanal wird verlegt. Die Arbeiten in diesem Teil der Hauptstraße sollen bis Ende dieses Jahres beendet sein. Doch das war's noch nicht. 1996 wird zwischen Mittelweg und der Einmündung Bahnstraße/Mühlstraße weitergearbeitet.

Der Kanalbau wurde notwendig, weil spezielle Videoaufnahmen Deformierungen und Risse in den alten Kanalrohren zeigten. Die Kosten für die gesamte Maßnahme betragen rund 600.000 Mark. Beendet sein soll alles bis Ende März 1996. Ein kalter Winter könnte dieser Terminplanung allerdings einen Strich durch die Rechnung machen.

19.11.1995: 75 Jahre Kirchenchor St. Dionysius. Die Vorzüge des Chores sind mit wenigen Worten kaum zu beschreiben Rhythmisch klar. Vorzügliche Artikulation. Stimmlich enorm präsent. Vor allem aber sind die Damen und Herren emotional ungeheuerlich am Geschehen. Jeder dynamische Wechsel, jede Änderung in der Stimmung wird meisterlich bewältigt. Tja, und das alles ist das Werk des blutjungen Maestro Paulus Christmann.

Ein Blick auf die Anfänge. Lange hegte die Pfarrgemeinde den Wunsch, einen Chor ihr eigen nennen zu können. Es gelang dem damaligen Pfarrer Neep gemeinsam mit dem Bürgermeister, dass ein junger Mann die Hauptlehrerstelle bekam, der auch kirchenmusikalische Dienste übernehmen konnte. Martin Kocher hieß der Lehrer.

Die Gründungsmitglieder waren: Heinrich Scheib (Vorsitzender), Martin Kocher (Dirigent), Pfarrer Neep, Kaplan Scherer, Lehrer Bastian, Karl Griesand, Peter Josef Sachs, Greta Kilp, Gretel Kupfer, Lena Kraus, August Kessler, Adam Mark, Anna Niegemann, Käthi Kilp, Dina Westenberger, Dina Schmitt, Margarethe Hohmann, Lorenz Fritz, Philipp Niegemann, Emil Hees, Katharina Kircher, Dina Hauk, Käthi Engel, Anna Husenbeth, Greta Georg, Anna Schmidt, Anna Schürger, Georg Schnädter, Dina Husenbeth, Mina Seifert, Dina Henninger, Katharina Gottfried, Eise Weber, Elisabeth Kempf, Eva Klug, Anna Sachs, Jakob Herr, Heinrich Flick, Willi Mühlbach, Anna Mollath, Greta Schreiber, Margarethe Schnädter, Margarethe Planz, Anna Henninger, Dina Trier, Otto Kilp und Balthasar Mile.

Entweder hatte er eine charismatische Ausstrahlung, oder die Gemeindeglieder waren damals schon ein bisschen musikverrückt. Schon im ersten Jahr zählte der Chor 48 Sängerinnen und 12 Sänger, dazu gab's 12 passive Mitglieder. 1924 hatte der Chor dann einen Mitgliederstand, der bis heute nicht mehr erreicht wurde: 160 Menschen engagierten sich aktiv oder passiv für den Chor.

1927 übernahm Anton Häuser die Chorleitung. Zeittypisch war einer der Höhepunkte die Fahnenweihe am 8. August 1928. Wenig später wurden für den Chor - nicht nur für ihn - die Zeiten schwer. Die Nazis hatten die Macht übernommen. Der Chor siechte. Schließlich hätte es beinahe keinen Proberaum mehr gegeben, wären nicht Emil Hees und Jakob Herr eingesprungen. Sie stellten ihre Schreinerwerkstatt zur Verfügung.

1938 trat Josef Kimpel das Dirigentenamt an. 1939 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen. Das war für die katholische Chorarbeit das Aus. Kimpel kehrte 1945 aus dem Krieg zurück und begann, den Chor wieder aufzubauen. Noch einmal wurde Martin Kocher Chorleiter, doch altersbedingt legte er bald den Dirigentenstab zur Seite. Erwin Baldus stand dann fünf Jahre den Sängerinnen und Sängern vor.

Alfred Divisch folgte. Anschließend und für die nächsten 30 Jahre bestimmte Hans Anton Wittemann die musikalischen Geschicke des Chors. Mit hohen Auszeichnungen wurde er verabschiedet. Doch wer sollte Nachfolger werden? Manchmal liegt das Gute nah. Man stieß auf einen Musikstudenten, der schon mit 9 Jahren Chormitglied war und Sopran sang: Paulus Christmann. Mit Können und Geschick leitete er den Chor in kurzer Zeit zu einem erneuten künstlerischen Höhepunkt.

Die SPD will den Rettershof verkaufen. Er liegt wunderschön im Grünen, lockt an Wochenenden Besucherscharen an und kostet pro Jahr mehr als eine Million Mark Zuschuss: der Rettershof. Das landwirtschaftliche Gut soll nach den Vorstellungen der Kelkheimer SPD verkauft werden, um den Haushalt der Stadt zu konsolidieren - das beschlossen Vorstand und Fraktion der Partei in einer gemeinsamen Klausurtagung.

Die Stadt hatte das Hofgut 1979 für zehn Millionen Mark gekauft und steckte seither etwa 20 Millionen Mark in Umbau und Sanierung. Der jährliche Zuschuss der Stadt an das Hofgut wird mit 700.000 Mark angegeben; SPD-Fraktionschef Horst Ackermann nennt diese Summe eine „Verschleierung“. Nach Ansicht der Sozialdemokraten sind die tatsächlichen Aufwendungen erheblich höher, weil die Ausgaben für den Gutsverwalter und die Kapitalkosten für einen von der Stadt für den Rettershof übernommenen Kredit in

Höhe von etwa 3,2 Millionen Mark zusätzlich finanziert werden müssen. Allein der städtische Bauhof hat Leistungen in Millionenhöhe für den Gutshof erbracht, die weder im Haushaltsplan noch in der Rettershof-Bilanz auftauchen." Mit der geforderten Haushaltsklarheit und Wahrheit des Etats sei dieses verdeckte Abrechnen der tatsächlichen Kosten nicht mehr länger zu vereinbaren.

1987 war es jedoch die SPD, die den Rettershof bürgernah gestalten wollte. Doch fand sie dafür keine politische Mehrheit. Heute der Sinneswandel.

Es sei an der Zeit, sich wieder finanzielle Spielräume zu verschaffen, um auf notwendige Investitionen nicht ganz zu verzichten, argumentiert die SPD. Durch den Verkauf des Hofgutes würde Geld frei für das Schwimmbad, die Turnhalle in Fischbach, die städtische Jugendarbeit, das Kelkheimer Kino und für den Malteser Hilfsdienst. „Die Alternative sind Streichorchester, Mängelverwaltung und unsolide Haushaltsführung mit vager Hoffnung auf eine bessere Zukunft.“

Zeit eines eigenen Hallenbades ist vorbei. Die Konzeption einer Seniorenwohnanlage kombiniert mit Sauna, Hallenbad und Freibadgelände ist für Bürgermeister Horn erledigt. Angesichts des enormen Haushaltsdefizit sei die Zeit eines eigenen, selbstbewirtschafteten, kostenträchtigen Hallenbades vorbei, betonte der Rathauschef. Vielmehr sei die Zeit noch nie so reif gewesen, zusammen mit den Nachbarstädten nach „gemeinsamen Lösungen“ für ein gemeinsames Bad zu suchen.

Ideal wäre ein Standort, den Hofheimer und Kelkheimer, möglicherweise auch Liederbacher, gleich gut erreichen können. Denkbar wäre die Gemarkungsgrenze zwischen Kelkheim und Hofheim. Gespräche werden bereits geführt, planungsrechtliche Fragen geklärt.

An dem Beschluss, das Hallenbad Ende März 1996 dicht zu machen, will Horn offenbar nicht rütteln. Auch angesichts der Nöte, die das für Vereine und Schüler bringt, die das Bad nutzen, drängt der Bürgermeister auf eine schnelle Realisierung eines neuen Hallenbades.

Die Ankündigung von Bürgermeister Thomas Horn, das sogenannte Copla-Konzept für die Modernisierung des Schwimmbades aufzugeben, hat zwiespältige Reaktionen hervorgerufen. SPD-Sprecher Horst Ackermann sagte, seine Fraktion habe das Vorhaben „von Anfang an als Unsinn“ angesehen und als nicht realisierbar abgelehnt.

Der SPD-Planungsexperte Bernd Wellershaus - habe frühzeitig vorausgesagt, dass die Lärmschutzanforderungen mit den Plänen für den Bau einer viergeschossigen Seniorenwohnanlage auf der jetzigen Liegewiese des Freibades nicht vereinbar seien. Die SPD sei dagegen, dass dieses Objekt nun auf dem Parkplatz unterhalb des Schwimmbades realisiert werden könne. Auch dieser Standort sei für eine Seniorenwohnanlage ungeeignet, äußerte Ackermann. Die Ausnutzung, die Copla im Sinn habe, sei dort nicht vertretbar. Wegen aktueller Finanzprobleme dürfe man sich nicht von „einer langfristigen, vernünftigen Stadtplanung“ verabschieden. Es sei im Übrigen die SPD gewesen, die als erste die Verwertung des Parkplatzes ins Gespräch gebracht habe.

Dort müsse aber keineswegs eine Seniorenanlage entstehen, wenn Einnahmen für die Schwimmbaderneuerung gebraucht würden. Die Flächen könnten auch für den Wohnungsbau verkauft werden. Die SPD wundere sich darüber, dass die Stadt offenbar an dem Investor Copla festhalten wolle, äußerte Ackermann.

Auch Albrecht Kündiger, UKW, lehnte eine Festlegung auf eine Seniorenresidenz ab. Kündiger äußerte Zweifel daran, dass an diesem Standort am Waldrand Baurecht zu erreichen sei.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Männer widersprach der Vermutung, dass die „alten Liegewiesen-Pläne“ auf den Parkplatz übertragen werden sollten. Es würden auch andere Optionen diskutiert, sagte Männer. Denkbar seien mehrgeschossige Häuser mit Miet- und Eigentumswohnungen, altengerechte Wohnungen oder eine Siedlung mit Reihen- und Doppelhäusern für junge Familien.

Die Stadt werde zunächst mit dem bisherigen Verhandlungspartner Copla sprechen. Es gebe aber auch andere Investoren, die ihr Interesse gezeigt hätten, äußerte Männer.

Der CDU-Sprecher wies die Kritik an der Vorgehensweise des Magistrats in der Schwimmbad-Diskussion zurück. Ausgangspunkt für die Verhandlungen sei der einstimmige Beschluss der Stadtverordnetenversammlung gewesen, Hallen- und Freibad in Kelkheim zu erhalten. Auf dieser Basis habe der damalige Bürgermeister Dr. Winfried Stephan in Abstimmung mit CDU, FDP und Freier Wählergemeinschaft nach einem Konzept gesucht. Die Kombination von Seniorenwohnanlage, privater Sauna und mit städtischen Mitteln saniertem Schwimmbad hätte eine solche Lösung sein können, bei der die Stadt finanziell entlastet worden wäre.

Die Chance der Realisierung sei von dem Lärmgutachten abhängig gewesen. Weil die Schutzmaßnahmen unverhältnismäßig aufwendig gewesen wären, sei die Verwertung des Parkplatzes ins Gespräch gekommen, äußerte der CDU-Fraktionsvorsitzende. Die lange Diskussion habe immerhin die Erkenntnis gebracht, dass ein neues Hallenbad besser gemeinsam mit Hofheim und anderen Partnerstädten zu realisieren sei. Der alte Standort, an dem das Freibad bleiben soll, eigne sich noch für den Bau einer Sporthalle, die der Main-Taunus-Kreis finanzieren müsse.

24.11.1995: Bürgerversammlung zum Thema „Kelkheimer Modell“. „Es ist ein Fehler, wenn man glaubt, Bürger leicht für dumm verkaufen zu können.“ Peter Weinert, erfolgreicher Kläger gegen illegale Gebührenpraktiken der Stadt, listete während der Bürgerversammlung (70 Besucher waren gekommen) in

der Stadthalle die städtischen Sünden auf. Da der Verantwortliche der vom Frankfurter Verwaltungsgericht verworfenen doppelten Erhebung von Kanal- und Abwasserbeiträgen, der frühere Bürgermeister Dr. Winfried Stephan nicht greifbar war, richtete sich der Zorn Weinerts und anderer Geschädigter gegen Dr. Stephans Amtsnachfolger Thomas Horn.

Dies umso mehr, als Horn wegen der beabsichtigten Berufung gegen das aus städtischer Sicht missliche Urteil in den Verdacht gerät, seinen Vorgänger schützen zu wollen. Horns Einlassung, er müsse sich vor die Verwaltung stellen, insbesondere wegen des Vorwurfs der Nötigung, konterte Weinert: „Sind Sie nicht Bürgermeister? Müssten Sie sich nicht vor die geschädigten Bürger stellen?“ Weinerts Vorwurf an die Stadtverwaltung: „Sie haben bewusst gegen geltendes Recht verstoßen.“

Der Bürgermeister bestätigte erneut, dass die Stadt über zwei Millionen Mark zuviel erhobener Gebühren zurückzahlen wolle, allerdings unter dem Vorbehalt, dass man auch in zweiter Instanz verliere. Horn beharrte auch darauf, dass das „Kelkheimer Modell“ - bei Aus- und Erweiterungsbauten immer wieder neu zu kassieren - sinnvoll sei. Die Allgemeinheit dürfe nicht zur Abdeckung privater Vorteile herangezogen werden. Horn strapazierte sogar „wegfliegende Kanaldeckel wegen Überbeanspruchung durch zusätzliche Nutzung“.

CDU-Fraktionschef Wolfgang Männer gab zwar zu, dass in der Vergangenheit etwas nicht in Ordnung war, aber man habe „im Interesse der Stadt gehandelt“. Ähnlich argumentierte FWG-Chef Ortwin Kloß: „Es sind grobe Fehler gemacht worden, aber doch in der Absicht richtig zu handeln.“ Kloß weiter: „Das Kelkheimer Landrecht sollten wir ganz schnell vergessen, indem wir die Entschädigung zahlen. Die Stadt muss sich entschuldigen.“

Von mehreren Bauherren im Publikum wurden weitere Vorwürfe zusammengetragen. Auch der Verdacht wurde laut, dass die Aufsichtsbehörde, der Kreis, mitgespielt habe. Er habe Beschwerden über das Kelkheimer Vorgehen zurückgewiesen.

SPD-Fraktionschef Horst Ackermann kann keine zusätzliche Belastung des Kanals bei einem bloßen Anbau erkennen, wehrt sich im übrigen gegen die Berufung: „Ich kann das Urteil nachvollziehen.“ Bürgermeister Horn besteht weiter darauf, die Frage einer möglichen 30jährigen Verjährungsfrist zu prüfen. Bereits jetzt sind Forderungen bei der Stadt eingegangen von Geschädigten aus den Jahren vor 1990. Als „politischen Hochmut“ wertete Weinert die Bemerkung Horns, das einzig Gute am Urteil sei, dass man nicht auch noch Zinsen an die Geschädigten zahlen müsse.

12.12.1995: Stadtverordnetensitzung. In der letzten Stadtverordnetensitzung des Jahres wurde der **Haushaltsplan für das Jahr 1996 verabschiedet**. Dass in der Stadtkasse Ebbe herrscht, das ist die einzige Tatsache, über die sich die Kelkheimer Parteien einig sind. Schon zur Höhe des Defizits gibt es unterschiedliche Einschätzungen, und erst recht streitet man sich über den richtigen Umgang mit dieser Situation. Vorerst ist der Weg aber abgesteckt, denn das Stadtparlament verabschiedete mit den Stimmen von CDU, FWG und FDP den Haushaltsplan für 1996.

Dieser weist zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt ein Defizit von 2,3 Millionen Mark aus, und schon bei dieser Zahl setzt die Kritik der SPD an. In Wahrheit seien es drei Millionen, erklärte Fraktionschef Horst Ackermann; für ihn ist die Inbetriebnahme des neuen Kindergartens genauso sicher wie die Erhöhung der Kreisumlage, und beides wird die Stadt viel Geld kosten. Sozialdemokraten wie auch die UKW wollten die Verabschiedung deshalb verschieben, setzten sich damit aber nicht durch.

Es könne bis zum Sommer dauern, bis genauere Zahlen vorliegen, erteilte dem auch Kämmerer Hans Dieter Schirrmacher eine Absage.

Der hat nach Ansicht der SPD seine Aufgaben ohnehin nicht erledigt: „Ein unausgeglichener Haushalt ist eine Zumutung, „ so Ackermann. „Das ist seriöser weise aber nicht zu verlangen“, sprang aber selbst UKW-Sprecher Albrecht Kündiger dem Regierungsbündnis bei. Der vermisst dafür eine klare Konzeption zur Konsolidierung des Haushalts und - wie auch die SPD - die Handschrift des neuen Bürgermeisters im Etat.

Bürgermeister Thomas Horn widersprach dem, kündigte aber an, im nächsten Etat stärkere Akzente setzen zu wollen. Mit dem Verkauf des Parkplatzgeländes, dem gemeinsamen Schwimmbad mit Hofheim und anderem seien erste Schritte zum Umsteuern aber schon unternommen.

Eine Menge Veränderungen im Haushaltsplan hat aber auch das Parlament vorgenommen. An vielen Positionen wird gekürzt, eine ganze Liste von Organisationen und Einrichtungen sind betroffen. Und weiteres steht zur Disposition, für die CDU etwa auch die Bücherei und die Musikschule. „Wir müssen dem Bürger klarmachen, dass nicht mehr alles zu bezahlen ist,“ so Fraktionschef Wolfgang Männer.

SPD und UKW auf der anderen Seite halten nichts davon, bei einem Minus von zwei bis drei Millionen Mark hier und da ein paar Tausender zu streichen. Die SPD wollte das nicht mitmachen und musste sich dafür sagen lassen, sie sei nicht bereit, sich an den Einsparungsbemühungen zu beteiligen. Die Sozialdemokraten versprechen sich mehr von einer langfristigen Sanierung unter anderem durch den Verkauf des Rettershofes. Ein entsprechender Antrag wurde aber wegen der fortgerückten Zeit nicht mehr beraten.

19.12.1995: Häuslebauer bekommen Geld zurück. Für eine Reihe von Kelkheimer Häuslebauern gibt es in diesem Jahr ein ganz besonderes „Weihnachtsgeschenk“: Noch in dieser Woche, so erklärte Bürgermeister Thomas Horn, würden die in den letzten fünf Jahren unrechtmäßig erhobenen Beiträge für die

Kanalisation bei Erweiterungen bestehender Bauten zurückerstattet. Klar bleibt für den Rathauschef aber, dass die Betroffenen Glück haben: Sachlich sind für ihn die Beiträge gerechtfertigt, und nach einer Änderung der Landesgesetzgebung will man darauf auch wieder zurückkommen. „Die Verwaltung hat hier schnell gearbeitet, und die Leute erkennen das auch an“, so Bürgermeister Horn. Insgesamt stehen rund 2.2 Millionen Mark zur Rückzahlung an, die meisten der knapp 200 Antragsteller bekommen zwischen 5.000 und 10.000 Mark.

Um wie viel es aber geht, wenn die Fünf-Jahres-Regel nicht gilt, hat man sicherheitshalber noch nicht ausgerechnet, um nicht vor Schreck zu erblassen. Es bekommen nämlich nur die ihr Geld zurück, die in den letzten fünf Jahren erweitert oder aufgestockt haben. Auch von den anderen Bauherren haben einige die Rückzahlung beantragt, aber von der Stadt einen ablehnenden Bescheid erhalten.

Dass das für Unzufriedenheit sorgt, ist auch für den Bürgermeister klar. Ärgerlich ist das natürlich vor allem für jene, die nur knapp den richtigen Zeitpunkt verpasst haben. Auch wer 1990 gebaut und gezahlt, jetzt aber die Rückzahlung noch nicht beantragt hat, guckt ab Jahreswechsel in die Röhre. Aber im Rathaus geht man davon aus, dass alle Betroffenen ausreichend informiert wurden.

Überhaupt geht Bürgermeister Horn mit der ganzen Angelegenheit gelassen um: „Ich bin froh, dass es solche Probleme gleich am Anfang meiner Amtszeit gibt. Ich sehe das als Herausforderung an, und es ist die Aufgabe anderer, zu bewerten, wie ich sie bewältigt habe.“ Die Kelkheimer interessieren auch nicht, dass die unrechtmäßigen Beiträge zu Zeiten seines Amtsvorgängers erhoben wurden, er müsse das Problem lösen. Klar ist für Hörn auch, dass die Beiträge sachlich gerechtfertigt waren.

Euterpe-Sänger **Helmut Müller** wurde während der Weihnachtsfeier des Vereins durch Bürgermeister Thomas Horn für sein großes Engagement mit dem **Ehrenbrief** des Landes Hessen ausgezeichnet.